



ADLAS

Ausgabe 2/2010

4. Jahrgang

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

SCHWERPUNKT

Europas Verteidigung Ein' feste Burg?

EUROPAS VERTEIDIGUNGSGÜTERMARKT
Weniger als die Summe seiner Teile

ALEXANDER WEIS IM INTERVIEW
EVA's natürliches Interesse

AFGHANISTAN-OFFENSIVE
»Ein großes Fragezeichen«

SIPOL-COMMUNITY IM NETZ
Bloggen gegen das Desinteresse

AUSLAUFMODELL WEHRPFLICHT
Auf der Spur von W9 minus 3

Über mangelndes öffentliches Interesse an Europa lässt sich derzeit nicht klagen: Die Krise des Euro befördert das Thema beinahe täglich auf die Titelseiten. Mit dem Schwerpunkt »Europäische Sicherheit« will der ADLAS den Blick wieder auf ein anderes Feld europäischer Politik lenken. Denn eines zeigen die Analysen und Berichte in dieser Ausgabe: Trotz vieler Fortschritte und Hoffnungen – mehr als »bedingt abwehrbereit« ist Europa derzeit nicht. Dabei wäre eine leistungsfähige EU-Sicherheitspolitik besonders in Zeiten der Finanzkrise dringend vonnöten, denn Sparzwänge wirken sich auch auf die nationalen Militäretats aus. Gerade jetzt wären Kooperation und sich daraus ergebende Effizienzsteigerungen besonders wichtig.

Aber Diskussionen um Verteidigungs- und Sicherheitspolitik dürfen keine akademische Sophisterei sein, denn es geht um Leben und Tod. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeigt es wieder und wieder. Die Verluste am Karfreitag machten deutlich, wie gefährlich der ISAF-Einsatz tatsächlich ist. Endlich wurde dabei von der politischen Führung die Realität beim Namen genannt: In Afghanistan herrscht – wenigstens umgangssprachlich – Krieg. Jetzt muss ohne die Hysterie, die Horst Köhlers Äußerungen umgab, mit aller Offenheit erörtert werden, welchem Zwecke dieser Krieg dienen kann – und soll. Welcher Erfolg der Nato in diesem Konflikt langfristig winkt, erklärt SWP-Expertin Citha Maass im Interview (Seite 36). Währenddessen ist die ISAF-Mission in den öffentlichen Debatten Frankreichs und Australiens unterschiedlich umstritten (Seite 30 und 34).

Von großer Aktualität sind die Beiträge zur Wehrpflicht (Seite 67) – noch immer ist unklar, wie der erneut verkürzte Wehrdienst ausgestaltet werden soll – und zum Bericht des Wehrbeauftragten (Seite 63). Themen, die ebenso das deutsche sicherheitspolitische Netzgeschehen im »Bloggen gegen das Desinteresse« aufgreift (Seite 57). Nicht zuletzt decken Berichte zur amerikanisch-chinesischen maritimen Konkurrenz (Seite 41) und zur neuen saudischen Grenzanlage (Seite 45) geostrategische Räume – den Pazifik und den Nahen Osten – ab, die auch in Europa nicht aus den Augen verloren werden sollten. ◀◀

»Europa ist nur
bedingt abwehrbereit.«

»Endlich wird die Realität
beim Namen genannt:
In Afghanistan herrscht Krieg.«

Michael Seibold

Herausgeber

SCHWERPUNKT: EUROPÄISCHE SICHERHEIT



Fortschritt in Raten

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die »Europäische« zur »Gemeinsamen« Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Trotz einhergehender inhaltlicher Änderungen bleibt die Fortentwicklung hinter diesem Anspruch zurück. **Seite 5**

Ambivalente Avantgarde

Stärkt der Lissabonner Vertrag mit der »Ständigen Strukturierte Zusammenarbeit« die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder wird nationalstaatliche Fähigkeitsplanung fort dauern? **Seite 8**

»Das natürliche Interesse der Europäischen Verteidigungsagentur«

EVAs Exekutivdirektor Alexander Weis erklärt sein Verhältnis zur SSZ. **Seite 13**

Weniger als die Summe seiner Teile

Europas Markt für Verteidigungsgüter ist zersplittert und wenig leistungsfähig, einzelstaatliche Alleingänge nicht mehr bezahlbar. Auf welche Weise und wie erfolgreich begegnen Europas Staaten diesem Problem? **Seite 15**

Europa und die Bombe

Der alte Kontinent muss die Pause im Streit zwischen USA und Russland um die Raketenabwehr nutzen, um eine einheitliche Haltung zu finden. Auch muss er flexibler auf die Atomambitionen des Iran reagieren. **Seite 20**

Es muss nicht immer »Europaarmee« sein

Hans-Gert Pötterings Konzept von »SAFE – Synchronized Armed Forces Europe« wird seit kurzem breit diskutiert. Die praktische Umsetzung wird folgen, denn nicht alle Maßnahmen des Projektes kosten Geld. **Seite 23**

Wehrhaftes Europa?

Deutschland beteiligt sich 2010 an den EU-Battlegroups. Mit dieser schnellen Eingreiftruppe soll die Europäische Union sicherheitspolitisch handlungsfähig werden. Doch Probleme erschweren den praktischen Einsatz. **Seite 25**

REIHE: ENTSCHEIDUNGSJAHR IN AFGHANISTAN



Où va la France?

Obwohl Frankreich im August 2008 durch den Tod von zehn französischen Soldaten in Afghanistan erschüttert wurde, findet eine Debatte um die Beteiligung am internationalen Einsatz in Afghanistan bis heute kaum statt. **Seite 30**

Engagement im Kreuzfeuer

Wegen restriktiver Einsatzregeln steht auch Australien in der Kritik von ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal. Innenpolitisch ist der australische Afghaneinsatz ein umstrittenes Thema im Wahljahr 2010/2011. **Seite 34**

»Ein großes Fragezeichen über dem Erfolg«

Die Wende im Kampf gegen Taliban und Drogenhandel soll »Moshtarak« bringen. Doch einem langfristigen Erfolg der NATO-Offensive steht die korrupte Führung Afghanistans im Weg, meint SWP-Expertin Citha Maass. **Seite 36**

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte

Stanley McChrystal verliert die Geduld. **Seite 40**

DIE WELT UND DEUTSCHLAND



CHINA / USA: Auf Kollisionskurs im Pazifik

Die Volksrepublik China scheint sich nicht mit der militärischen Vormachtstellung der USA zufrieden zu geben. Beide pazifischen Mächte bewegen sich langsam auf eine maritime Konfrontation zu. **Seite 41**

SAUDI-ARABIEN / DEUTSCHLAND: Gute Zäune, schlechte Zäune

Die EADS Defense & Security baut Saudi-Arabien neue Grenzanlagen. Das Unternehmen wird dabei von der deutschen Bundespolizei unterstützt. Riad geht aus schlechter Erfahrung übervorsichtig mit dem Thema um. **Seite 45**

US NUCLEAR POSTURE REVIEW: Zwischen Proliferation und Hoffnung

Die neue Nuklearwaffendoktrin der Regierung Obama unterscheidet sich deutlich von den Vorstellungen ihren Vorgängern. Impulse für eine atomwaffenfreie Welt bleiben trotzdem abzuwarten. **Seite 48**

US NATIONAL SECURITY STRATEGY: Weniger Demokratie, mehr Entwicklung

Barack Obama setzt verbal neue Schwerpunkte. **Seite 52**

RUSSLANDS MILITÄRDOKTRIN: Neue rote Linien

Dimitrij Medwedew hebt die nukleare Schwelle an, bleibt aber undeutlich. **Seite 53**

TREND: Schonzeit für Flieger

Drohnen sind im Aufwind. Ihre Technologie verbreitet sich weltweit. Die unbemannten Flugmaschinen werden über lang bemannte Flugzeuge verdrängen – und die Domäne stolzer Luftwaffenpiloten übernehmen. **Seite 55**

SICHERHEITSPOLITIK IM NETZ: Bloggen gegen das Desinteresse

Die sicherheitspolitische Community im Internet ist aktiv, wenn auch nicht allzu groß. Nur eine Handvoll Blogger widmet sich im Netz ausdrücklich verteidigungspolitischen Themen oder der Bundeswehr im Speziellen. **Seite 57**

WEHRBEAUFTRAGTENBERICHT: Da war doch was

Das Medienecho war gewaltig – aber erst nachdem am Karfreitag drei deutsche Soldaten in Afghanistan gestorben waren. Zuvor war der kritische Jahresbericht des Wehrbeauftragten für 2009 in der Tagespresse kaum aufgefallen. **Seite 63**

WEHRBEAUFTRAGTER: Wachablösung für Sisyphos

Hellmut Königshaus übernimmt schwere Aufgaben. **Seite 66**

DEUTSCHLANDS INTERESSEN: Gewagte Worte oder alter Hut?

Horst Köhlers Aussagen auf der Waagschale. **Seite 67**

WEHRPFLICHT: Auf der Spur von W9 minus 3

Das »Ob« steht mittlerweile fest: Die Wehrpflicht wird von neun auf sechs Monate verkürzt. Allerdings ist das »Wie« weiterhin ungeklärt. Das erregt Besorgnis vor allem angesichts der jüngsten Ereignisse in Afghanistan. **Seite 68**

EDITORIAL

Seite 2

INHALT

Seite 3

NEUERSCHEINUNGEN

Seite 71

IMPRESSUM

Seite 73

AUSBLICK: ADLAS 3/2010

Seite 73

Fortschritt in Raten

von Wolfgang Alschner

Mit dem Lissabonner Vertrag wurde die »Europäische« zur »Gemeinsamen« Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Trotz der einhergehenden inhaltlichen Änderungen bleibt die Fortentwicklung hinter diesem Anspruch zurück.

Foto: Xavier Häpe/flickr/lizenziert
gemäß Creative Commons Attribution-
Noncommercial 2.0 Generic

►► Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gehört zu den jüngsten Arbeitsbereichen der Europäischen Union. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 fand der Begriff Sicherheitspolitik erstmals Erwähnung im Rahmen der zweiten, intergouvernementalen Säule der Union, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Bis Ende der 1990er Jahre blieb die verteidigungstechnische Komponente der GASP jedoch recht konturlos, nicht zuletzt da die zukünftige Rolle der EU in der Friedenssicherung und ihr Verhältnis zur WEU und Nato lange Zeit unter den Mitgliedern umstritten war.

Erst der Vertrag von Nizza 1999 gab der ESVP mit den Petersberg-Aufgaben ein klares Mandat. Dazu gehörten laut der damaligen Fassung des EU-Vertrages in Artikel 17, Satz 2 »humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen«.

»Auch wenn das Fernziel ein Stück weit näher gerückt ist, ...«

Allerdings konkretisierte der Vertrag nicht die Instrumente zur Umsetzung dieser Aufgaben. Daher oblag es in den Folgejahren den Mit-

gliedstaaten im Rahmen des Rates der EU die ESVP mit Leben zu erfüllen. Im Jahr 2003 verständigten sich die Mitgliedstaaten auf die Einrichtung von schnellen Einsatzkräften, den so genannten Battlegroups – über sie berichtet in dieser *ADLAS*-Ausgabe Juliane Ulbricht mit ihrem Beitrag »Wehrhaftes Europa?« (Seite 25). Im darauf folgenden Jahr wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) gegründet, die unter anderem auf die Schaffung eines gemeinsamen Rüstungsmarktes in Europa hinwirken sollte – Michael Seibold vermutet von ihm in seinem Artikel er wäre »weniger als die Summe seiner Teile« (Seite 15).

Überdies liefen seit 2003 über zwanzig ESVP-Missionen auf der ganzen Welt ab von der Friedenssicherungsmission »Operation Artemis« im Kongo bis zur »EULEX« zum Aufbau von Rechtsstaatlichkeit im Kosovo. Die Bandbreite der ESVP-Operationen ist Spiegelbild ihrer Philosophie, militärische und zivile Fähigkeiten zu verbinden. Die ersten zehn Jahre waren folglich eine sehr dynamische Periode für die ESVP, in deren Verlauf sich klare Instrumente herausbildeten. Der im Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon stellt in dieser Hinsicht einerseits eine Bestandsaufnahme dar. Neben der Einführung der Bezeichnung »Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (GSVP), die jetzt »ESVP« ersetzt, wurden aus der Praxis entstandene Institutionen wie die EVA vertraglich verankert.

Andererseits betrat Europa mit dem Lissaboner Vertrag auch Neuland. Zu den wichtigsten Innovationen gehört die Beistandsklausel in Artikel 42 des neuen Vertrags über die Europäische Union. Darin verpflichten sich die Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs, einander »alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung« zu leisten. Davon zu unterscheiden ist die Solidaritätsklausel in Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, die Hilfe angesichts einer terroristischen Bedrohung oder auch einer Naturkatastrophe zusagt. Darüber hinaus erweitert der EU-Vertrag die so genannten Petersberg-Aufgaben um gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen und militärische Beratungs- und Unterstützungsmissionen.

Schließlich eröffnet der Vertrag den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einer strukturierter Zusammenarbeit. Mitgliedstaaten, die willens und fähig sind in der Verteidigungspolitik enger zusammenzuarbeiten, können damit einen weiteren Schritt zur gemeinsamen Nutzung ihrer militärischen Kapazitäten eingehen. Im Interview mit *ADLAS*-Autorin Jesse Kalata definiert EVA-Chef Alexander Weis die Rolle seiner Agentur in der Rüstungs- und Verteidigungswirtschaft neben der neu zu institutionalisierenden SSZ und grenzt von seinem »natürlichen Interesse« ab (Seite 8).

Auch wenn das Fernziel, die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigung für Europa, mit dem Lissabon-Vertrag ein Stück weit näher ge-

rückt ist, bleibt die Fortentwicklung hinter dem neuen Namen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zurück. Anstelle einer echten Vergemeinschaftung bleibt die Zusammenarbeit auf die intergouvernementale Ebene beschränkt.

Ebenso ist das Europäische Parlament weitestgehend von den Entscheidungsprozessen der GSVP ausgeschlossen. Nur über die zivilen Komponenten der GSVP-Missionen, die aus dem Haushalt der EU finanziert werden, hat es indirekte, fiskalpolitische Kontrolle. Für den militärischen Teil solcher Operationen kommen die Mitgliedstaaten einzeln auf. Ohnehin werden die Entscheidungen über den Einsatz von Truppen im Rahmen der GSVP weiterhin im Rat der EU getroffen.

Nichtsdestotrotz markiert Lissabon auch für die Europäische Verteidigungspolitik eine Weichenstellung – es festigt bisher Erreichtes und ermöglicht engere Kooperation. Auf dieser Basis kann die neue GSVP ihre Entwicklung in ähnlich dynamischer Weise fortsetzen wie es ihre Vorgängerin ESVP tat. ◀◀

»... bleibt die Fortentwicklung hinter dem neuen Namen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zurück.«

Ambivalente Avantgarde

von Jesse Kalata



Foto: Europäisches Parlament

Der Lissabonner Vertrag schafft das Instrument der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit«. Hiermit sollte eine Gruppe »williger und fähiger« Mitgliedstaaten die europäischen militärischen Fähigkeiten durch enge Kooperation ausbauen. Allerdings ist es nicht sicher, wie eine SSZ in der Praxis aussehen sollte – oder ob sie überhaupt Realität wird. Die Fachwelt begrüßt das Vorhaben, die Politik bleibt uneinig.

▶▶ Der Name Lady Catherine Ashton mag seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages in Brüssel in aller Munde sein. Wie sieht es aber mit der europäischen Sicherheitspolitik aus? Die aufgewertete Position der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und der sich unter ihrer Verantwortung entwickelnde Europäische Auswärtige Dienst betreffen die Gestaltung der breiter angelegten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

weitaus mehr als nur spezifisch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) – die zuvor als »Europäisch« (ESVP) bekannt war. Angesichts dieser Aufmerksamkeit für Ashton und ihre Aufgaben stellt sich die Frage, ob der Vertrag von Lissabon zur Weiterentwicklung der GSVP überhaupt etwas beizutragen hat.

Zurzeit sehen europhile Verteidigungsexperten und -praktiker einen kleinen Hoffnungsschimmer in der einzigen nennenswerten GSVP-bezogenen Neuerung im Vertrag: die Möglichkeit einer »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (SSZ) im Bereich der europäischen militärischen Fähigkeiten. Die Mitgliedstaaten haben zwar schon Diskussionen zur SSZ eingeleitet, aber die Geister scheiden sich darüber, ob dieses Instrument eher als Chance oder als Sackgasse zu werten ist.

Das Konzept einer SSZ brachten zum ersten Mal Deutschland und Frankreich während der Verhandlungen zum Europäischen Verfassungsentwurf von 2004 ein. Übernommen wurde es nun in den Lissabonner Vertrag, wie auch der Großteil des Inhalts der gescheiterten Verfassung. Hintergrund für die Initiative war die Feststellung, dass die Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der GSVP ohne einen gemeinsam geplanten und durchgeführten Ausbau der europäischen militärischen Kapazitäten schnell an ihre Grenzen stoßen würde. So war in den letzten Jahren kaum zu übersehen, dass die national getrennten Rüstungsmärkte Euro-

pas zum Mangel an bestimmten unerlässlichen Rüstungsgütern während GSVP-Einsätzen geführt haben. So war die EU auf vermietete ukrainische Antonow-Transportflugzeuge für die Durchführung ihrer Einsätze im Kongo angewiesen – um nur ein Beispiel von vielen zu nennen.

Gemäß Protokoll über die SSZ verpflichten sich die teilnehmenden Mitgliedstaaten zu ...

»... einer möglichst weit gehenden Angleichung ihres Verteidigungsinstrumentariums, indem sie insbesondere die Ermittlung des militärischen Bedarfs harmonisieren, ihre Verteidigungsmittel und -fähigkeiten gemeinsam nutzen und gegebenenfalls spezialisieren sowie die Zusammenarbeit auf den Gebieten Ausbildung und Logistik stärken.«

Artikel 2, Absatz b des Protokolls über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit des Protokolls 10 des Konsolidierten Vertragswerkes der Europäischen Union in der »Lissabonner Fassung«.

Zudem werden die Anzahl und das Ausmaß durchgeführter Einsätze durch eine chronische Knappheit an entsendbarem Militärpersonal eingeschränkt, obwohl die Streitkräfte der Mitgliedstaaten zusammen mehr als zwei Millionen Soldaten zählen. Einige Ursachen für diesen Mangel sind kaum zu vermeiden: Bereits laufende Einsätze von UNO, Nato und EU for-

dern ihre Beiträge, dabei binden besonders der erhöhte Bedarf durch die Truppenrotation bei längeren Missionen, wie auch nationale Verpflichtungen für die verschiedenen multinationalen Verbände Kräfte. Diese Umstände erklären aber nicht das Fehlen unverzichtbarer Spezialisten bei gleichzeitigen überflüssigen Duplizierungen im Bereich des Unterstützungspersonals. Und in einigen europäischen Ländern sind Wehrpflichtige ausschließlich an die Landesverteidigung gebunden. Solche Probleme wären durch nähere Zusammenarbeit und Reformen durchaus lösbar.

Die bereits im Verfassungsentwurf vorgesehene SZZ sollte dazu beitragen, diese Probleme durch die Einführung eines auf Dauer angelegten, strukturierten zwischenstaatlichen Koordinationsinstrumentes in den Griff zu bekommen und die militärische Handlungsfähigkeit der EU zu erhöhen. Doch nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühsommer 2005 wurde die Initiative zunächst auf Eis gelegt. Statt im Rahmen einer SSZ zu verfahren, setzten manche Mitgliedstaaten durch die trotz Verfassungskrise ins Leben gerufene Europäische Verteidigungsagentur (EVA) erste freiwillige Rüstungskooperationsprojekte in Gang.

Seit Anfang 2010 ist die Möglichkeit einer SSZ wieder Realität geworden. Artikel 42, Absatz 6, und Artikel 46 der Lissabonner Fassung des »Vertrags über die Europäische Union« sowie Protokoll 10 des konsolidierten Ver-

tragswerkes regeln die Einrichtung und Umsetzung einer »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit«. Obwohl der Vertragstext allgemein bleibt, kann man einige erste Eindrücke über die mögliche zukünftige Gestalt dieser SSZ gewinnen. Das Protokoll sieht vor, dass teilnehmende Mitgliedstaaten gemeinsame Ziele bezüglich der Höhe ihrer nationalen Verteidigungsausgaben für Investitionen in Rüstungsgüter setzen. Außerdem können die Teilnehmer bestimmte nationale militärische Fähigkeiten in einem europäischen »Pool« zusammenführen, auf welchen dann für ESVP-Einsätze zurückgegriffen würde. Komplementär dazu besteht die Möglichkeit, dass die Teilnehmer auf bestimmte nationale Fähigkeiten verzichten und sich mit Blick auf Bedürfnisse der EU-Ebene auf bestimmte Bereiche spezialisieren. Schließlich erwähnt das Protokoll auch die Möglichkeit engerer Kooperationen in den Bereichen Ausbildung und Logistik.

Stolperstein militärische Fähigkeiten

Einige Verteidigungsexperten interpretieren das Dokument dahingehend, dass es sogar mehrere SSZen geben könnte, die sich aus unterschiedlichen oder überlappenden Kompetenzen der Teilnehmer zusammensetzen würden. Die schon bestehende EVA sollte die im Rahmen einer SSZ eingegangenen Verpflichtungen überwachen und darüber den Mitgliedstaaten im Rat berichten. Allerdings wird im Ver-

tragswerk der EVA keine Kompetenz zugeschrieben, um Abweichler zum Erfüllen ihrer Verpflichtungen zu zwingen, wie es zum Beispiel die Kommission über den Europäischen Gerichtshof vermag, um europäische Richtlinien national um- und durchzusetzen.

Papier bleibt geduldig

Des Weiteren beschreibt Artikel 46 die im Rahmen einer SSZ geltenden Beschlussverfahren: Die Einrichtung einer SSZ soll von einer qualifizierten Mehrheit aller Mitgliedstaaten im Ministerrat beschlossen werden, danach treffen ausschließlich die teilnehmenden Staaten Entscheidungen. Natürlich würde dies einen formalen Einfluss der nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten ausschließen. Theoretisch könnte auch ein Partner aus dem Kreis der SSZ-Teilnehmer wieder ausgeschlossen werden, wenn er seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Allerdings sollte betont werden, dass die SSZ nur militärische Fähigkeiten und nicht Einsätze an sich betrifft. Letztere würden nach wie vor von den 27 Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen und sich auf finanzielle, materielle und personelle Beiträge auch der Mitgliedstaaten stützen, die nicht an einer SSZ teilnehmen.

Wie sollten nun die gerade beschriebenen vertraglichen Grundlagen in der Praxis umgesetzt werden? Die zukünftige Gestalt der SSZ bedarf natürlich weiterer Präzisierung, bevor die praktische Arbeit beginnen kann. Die ge-

genwärtige spanische Ratspräsidentschaft hat bereits die konzeptuelle Weiterentwicklung der SSZ als eine Priorität im Bereich der GSVP festgelegt. Während eines informellen Treffens im Februar haben die Verteidigungsminister das Thema besprochen und an untere Ebenen weitergereicht. Ein Experten-Workshop in Brüssel stand im März auf der europäischen Tagesordnung. Konkrete Ergebnisse dieser Arbeitssitzung sind aber noch nicht bekannt geworden.

In der Zwischenzeit haben Fachleute von außen erste Meinungen zur Umsetzung der SSZ geäußert. Es wird allgemein daran gezweifelt, ob die im Vertrag vorgesehene Festsetzung von Zielen im Bereich der Rüstungsausgaben sinnvoll ist. Gerade dies war in den letzten Jahren schon ohne Erfolg ausprobiert worden. Sven Biscop vom Brüsseler »Royal Institute for International Relations« findet im Vergleich dazu, dass eine Untergrenze »pro Kopf«, also pro Soldat, für nationale Investitionen eher umsetzbar und nützlich wäre. Zur »Exklusivität« der SSZ gibt es unterschiedliche Meinungen. Einerseits bevorzugt Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik den Weg, eine kleine Gruppe von Mitgliedstaaten das Projekt beginnen zu lassen. Diese sollte durch naming and shaming Anreize für die noch ausgeschlossenen Mitglieder schaffen, ihre eigenen Fähigkeiten zu verbessern und sich der Führungsgruppe anzuschließen. Vorläufige Exklusivität hätte auch den Vorteil, dass die politischen Kosten minimal gehalten würden, »die

weniger leistungsbereite Partner durch Blockade von Kooperationen allen anderen verursachen.« Andererseits betont Biscop die Bedeutung einer von Anfang an inklusiven SSZ: »the more member states that participate, the greater the potential for the creation of synergies and effects of scale and the more added value.« Er sorgt sich auch darum, dass ein exklusiver Ansatz »negative political fallout« unter den Ausschlossenen zur Folge haben würde.

Einig sind sich beide Experten in einer Hinsicht: Sie betonen die Chance, die ein Pooling von Rüstungsgütern und Personal anbieten würde. Sie schlagen eine zusammengeführte Nutzung vor allem von Transporthubschraubern, Jagdflugzeugen und unbemannten Luftfahrzeugen vor, die auch allgemeiner im Bereich der Logistik und Unterstützung vorgenommen werden könnte.

Abkürzung oder Sackgasse?

Ob eine SZZ aber überhaupt mit Leben gefüllt wird, ist noch nicht klar. Man kann diesbezüglich völlig unterschiedliche Stimmen aus Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten vernehmen. Experten erwarten, dass sich Deutschland wegen seines vergleichbar niedrigen Verteidigungsetats und der ausschließlich multilateralen Orientierung seiner Sicherheitspolitik stark für die SZZ einsetzen wird. Außenminister Guido Westerwelle hat anfangs dieses Jahres die Möglichkeit zukünftiger Ko-

operation in Form der SSZ während der Münchner Sicherheitskonferenz ausdrücklich erwähnt, aber deutsche Vorstellungen nicht weiter präzisiert. Auch französische Regierungsvertreter bejahen immer noch das Projekt.

Zusätzlichen Druck übt die gegenwärtige Finanzkrise aus, die europaweit das Zusammenschumpfen der Verteidigungsetats zur Folge hatte. Man könnte sich vorstellen, dass selbst Großbritannien, dessen Militärhaushalt stark betroffen ist, die Notwendigkeit gemeinsamer Lösungen trotz seiner traditionellen Souveränitätsbedenken erkennen und die Entwicklung einer echten SSZ als Chance ergreifen wird. Immerhin hatte sich vor zwölf Jahren Premier Tony Blair in Saint Malo in einer gemeinsamen Erklärung mit Frankreichs Präsident Jacques Chirac schon hinreißen lassen: »The Union must have the capacity for autonomous action, backed up by credible military forces, the means to decide to use them, and a readiness to do so, in order to respond to international crises.«

Überflüssiges Instrument oder Quantensprung?

Dennoch wird auch Kritik gegenüber dem Instrument SSZ geäußert, die ein Scheitern erahnen lassen könnte. Alexander Weis, der Hauptgeschäftsführer der EVA, die vom Vertrag mit der Überwachung der SSZ beauftragt wurde, hat die praktische Sorge geäußert, diese sei ei-

gentlich schon seit Schaffung seiner Agentur »überholt«. In den sieben Jahren zwischen Verfassungskonvent und Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat sich die EVA bereits etabliert und vergleichbare freiwillige Projekte im Bereich der Rüstungskooperation eingeleitet – sie wären laut Weis sogar »das Herz der Arbeit« der Agentur. Allerdings sei die EVA als Einrichtung, die hauptsächlich bei der Ausführung der Entscheidungen der Mitgliedstaaten tätig ist, immer bereit, letztere bei der Entwicklung und Umsetzung einer SSZ zu beraten und unterstützen. Eigene Akzente setzt die EVA in der öffentlichen Debatte deswegen kaum. Allerdings befürwortet Weis stark eine inklusive anstelle einer exklusiven Umsetzung einer eventuellen SSZ, die dann auf existierende Projekte der EVA aufbauen würde.

Sollten die Mitgliedstaaten sich auf eine SSZ einigen, die nicht mehr als bisherige EVA-Verfahren anzubieten hat – was durchaus im Bereich des Möglichen liegt –, ist Weis' skeptische Einschätzung gerechtfertigt. Dann würde man aber auch zu Recht fragen können, ob die Mitgliedstaaten durch weiterhin rein freiwillige Programme, ohne zusätzliche Überwachung und Anreize, die europäischen Fähigkeiten überhaupt ausreichend und zügig werden ausbauen können.

Doch es könnte sich ebenfalls herausstellen, dass einige Mitgliedstaaten sich bereit zeigen, einen Schritt weiter zu gehen und eine so robuste SSZ einzurichten, dass sie tatsächlich eine

bedeutende Verbesserung im Vergleich zum jetzigen EVA-Programm darstellen würde. Diese robustere SSZ könnte sich durch präzise und erhebliche nationale Beitragsverpflichtungen, Verzicht auf bestimmte souveränitätswichtige Fähigkeiten auf nationaler Ebene, weitgehende nationale Spezialisierung und strenge Überwachungsverfahren auszeichnen.



Euro-Skeptiker im Amt: Der Brite Liam Fox, konservativer Verteidigungsminister, hält die SSZ für eine Bedrohung.

Eine zweite, nicht überhörbare, kritische Stimme erhebt sich in Großbritannien. Dort beschrieb Liam Fox, Verteidigungsminister der Konservativen, schon vor den jüngsten Unterhauswahlen die SSZ als »außerordentlich gefährlich« wegen ihrer negativen Folgen für die Nato. Ob dies nur Wahlkampfretorik war oder den Vorgesmack einer offiziellen konservativen Regierungspolitik bietet – trotz der

Foto: Steve Punter/Wikimedia Commons/lizenziert gemäß Creative Commons Attribution 2.0 Generic

britischen Budgetprobleme –, bleibt noch reine Vermutung. Die Einrichtung einer SZZ könnte zwar ohne Großbritannien zustande kommen, da diese nur einer qualifizierten Mehrheit im Ministerrat bedarf. Doch man darf bezweifeln, ob eine SSZ ohne eine Beteiligung Großbritanniens, neben Frankreich einer der beiden führenden Militärmächte und Rüstungshersteller Europas, überhaupt Erfolgchancen hätte. Wirklich überraschend wäre ein Aussteigen des »üblichen Verdächtigen« aus einem erneuten Anlauf zu engerer Kooperation kaum.

Noch lässt sich nicht einschätzen, inwieweit die SZZ eine echte Chance für eine verbesserte militärische Handlungsfähigkeit der EU in sich birgt. Ob die Mitgliedsnationen bereit sind, auf Kernbereiche ihrer Souveränität zu verzichten, damit Europa besser seine gemeinsamen Interessen in der Welt wahren kann, können allein ihre Regierungen entscheiden. Entgegen allen Bedenken wäre eine robuste SZZ, um die Worte Biscops zu benutzen, »ein Quantensprung« für die GSVP. Allein aus diesem Grunde empfiehlt es sich, die Weiterentwicklung des Themas im Rahmen der spanischen Ratspräsidentschaft über die nächste Monate unbedingt im Auge zu behalten. ◀◀

Quellen und Links:

[Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#)

[Christian Mölling: »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik.« SWP-Aktuell 13, Februar 2010. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.](#)

Sven Biscop: »Permanent Structured Cooperation and the Future of the ESDP: Transformation and Integration.« *European Foreign Affairs Review* 13 (2008), Seiten 431-448.



Europäer wartet auf Kooperation:
Alexander Weis sieht seine Behörde
in einer Schlüsselposition.

Foto: Michel Douffet/EVA

»Das natürliche Interesse der Europäischen Verteidigungsagentur«

Interview: Jesse Kalata

Der Hauptgeschäftsführer der EVA Alexander Weis erklärt das Verhältnis seiner Agentur zur SSZ.

▶▶ *ADLAS: Herr Weis, bedeutet Ihre Aussage, die Europäische Verteidigungsagentur hätte die SSZ überholt, Sie wären der Meinung, dass Europa die Entwicklung einer SSZ einstellen sollte?*

Alexander Weis: Die SSZ ins Leben zu rufen, ist das Vorrecht der EU-Mitgliedstaaten, wie es der Lissabonner Vertrag ganz klar definiert. EVA sitzt da nicht am »Lenker«. Wenn ich sagte, dass die SSZ von der Schaffung der EVA überholt worden sein könnte, hängt das damit zusammen, dass die SSZ in den Jahren 2002 und 2003 entwickelt wurde, also bevor die EVA 2004 ins Leben gerufen wurde und ihre Arbeit im folgenden Jahr aufnahm. Das Herz dieser

Arbeit liegt in der Kooperation mit kleineren Gruppen, die bereit sind, Kapazitäten zu verbessern und darin zu investieren. Die Agentur betreut mehr als 50 Projekte und Programme, alle mit verschiedenen Gruppen von teilnehmenden Mitgliedstaaten. Das meine ich mit dem »Überholen«.

Wie würde Ihrer Meinung nach eine wirklich innovative SSZ aussehen? Ist eine solche überhaupt politisch machbar?

Das müssen die Mitgliedstaaten entscheiden, auf der Basis des Lissabonner Vertrages und insbesondere des Protokolls 10. Aus Sicht der EVA sollte die SSZ erstens von Fähigkeiten bestimmt werden – es macht keinen Sinn, die SSZ auf die Entwicklung von Kapazitäten zu fokussieren, die für die Operation von Morgen nicht benötigt werden. Zweitens sollte sie so viele Mitgliedstaaten wie möglich umfassen, niemand darf von vornherein ausgeschlossen werden, denn alle können zur Verbesserung der europäischen Fähigkeiten beitragen, wenn auch mit vielen verschiedenen und manchmal echten Nischen-Fähigkeiten. Und drittens sollte die SSZ auf existierende Projekte und Aktivitäten aufbauen, die bereits unter dem Schirm der EVA laufen. Es wäre albern, Investitionen in andere Bereiche umzuleiten und gleichzeitig komplett zu vernachlässigen, was in den letzten fünf Jahren im Umfeld der EVA bereits getan worden ist. ▶▶

Welche Rolle spielt denn die EVA bereits heute in der Entwicklung der SSZ?

In der jetzigen Phase unterstützt die EVA die laufenden Diskussionen, die die Bestimmung im Lissabonner Vertrag, welche die SSZ betreffen, klarstellen wollen. In den vergangenen Monaten hat die spanische Ratspräsidentschaft mehrere Treffen organisiert: darunter ein Seminar im März, in dem die Mitgliedstaaten gemeinsam mit den meisten der involvierten EU-Institutionen, einschließlich der EVA, die Auslegung des Vertrags bezüglich der SSZ klären wollten. Diese Diskussionen waren sehr hilfreich, denn der Vertragstext ist recht unklar beziehungsweise es fehlt ihm an Details, zum Beispiel in Bezug auf die zu wählenden Kriterien. Die Agentur hat sich also angeboten, zu weiteren Erörterungen der Kriterienauswahl beizutragen. Die EVA verfügt über ein weites Spektrum von Daten – über die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten, über ihre Beteiligung an Projekten, Programmen und anderen Vorhaben, über ihre Investitionen in diese Aktivitäten und vieles mehr. Die sollten für solche Erörterungen ziemlich hilfreich sein. Natürlich wird die EVA bei der Umsetzung der SSZ eine wichtige Rolle spielen, denn sie soll ja die Leistung der SSZ-Beitragenden auswerten, wie es Artikel 3 des Protokolls vorsieht. Daher hat die Agentur ein natürliches Interesse daran, an der weiteren Diskussion unter den Mitgliedstaaten über die SSZ beteiligt zu bleiben. ◀◀



Alexander Weis

ist seit dem 1. November 2007 Exekutiv-Direktor der EVA; offiziell untersteht die Agentur EU-Außenkommissarin Catherine Ashton. Der Jurist Weis war zuvor unter anderem stellvertretender wehrtechnischer Attaché an der deutschen Botschaft in Paris und später Leiter der Hauptabteilung »Rüstung« im Bundesverteidigungsministerium.

Europas Rüstungsmarkt: Weniger als die Summe seiner Teile

von Michael Seibold



Foto: indiadinos/flickr/lizenziert gemäß
Creative Commons Attribution 2.0 Generic

Im Sinkflug? Trotz des versprochenen »neuen Ansatzes« bei der Entwicklung und Beschaffung hinkt der multinationale Transportflieger Airbus A400M den ehrgeizigen Zeitplänen hinterher.

Europas fehlender einheitlicher Markt für Verteidigungsgüter führt zu teuren, weniger wettbewerbsfähigen Produkten. Zusätzlich werden nur zwanzig Cent von jedem Euro, den die EU-Staaten für ihre Verteidigung aufbringen, in Neuanschaffungen, Forschung und Entwicklung investiert – das ist knapp die Hälfte der Investitionsquote der USA. Die Europäer bekommen »less bang for the buck« für ihre Investitionen – zum Leidwesen ihrer Bemühungen, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten. Institutionen wie OCCAR und EVA haben daran noch nicht viel geändert.

▶▶ Rüstungsgüter werden immer leistungsfähiger – aber auch immer teurer: Für Kampfflugzeuge beispielsweise lässt sich weltweit eine durchschnittliche jährliche Preissteigerung von 10 Prozent berechnen. Schon 1982 verdeutlichte daher der amerikanische Staatssekretär für Heeresangelegenheiten Norman Augustine die Auswirkung dieser Preissteigerung: Bei gleichbleibenden Verteidigungsausgaben, so seine Berechnung, könnten die europäischen Staaten im Jahr 2024 zusammen noch genau ein – zugegebenermaßen sehr leistungsfähiges – Flugzeug kaufen. Für die USA wäre dieser

Zeitpunkt 2032 erreicht. Dabei sind vor allem in Europa die Preise für Rüstungsgüter höher als notwendig. Der Grund dafür liegt im rüstungsindustriellen europäischen Flickenteppich: Anstelle eines EU-weiten Marktes für Verteidigungsgüter gibt es immer noch 27 nationale Einzelmärkte, die durch Einfuhrzölle und -Genehmigungen voneinander abgeschottet werden.

Diese Einzelmärkte sind zu klein, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren. Die betrifft sowohl die Preise für die Produkte als auch – zumindest mittelfristig –

deren Qualität. Forschungs- und Entwicklungsaufwand werden in den Einzelmärkten dupliziert, statt durch Bündelung Kostensparnisse bei Entwicklung und Qualitätssteigerungen zu erreichen. So wurden in Europa in der jüngsten Vergangenheit drei moderne Kampfflugzeuge mit ähnlichen Aufgabenprofilen entwickelt – der »Eurofighter«, die französische »Rafale« und die schwedische »Gripen«. Daneben kommen in den kleinen Einzelmärkten aber vor allem die sogenannten Skalenerträge nicht zum Tragen: Je größer die Anzahl zu erstellender Produkte, desto geringer wird deren Einzelpreis, da die Kosten für bestimmte einmalige Produktionsfaktoren – etwa besondere Maschinen oder Fertigungsstätten – auf mehr Produkte aufgeteilt werden können. Eine betriebswirtschaftliche Daumenregel geht etwa davon aus, dass eine Verdopplung der Produktionszahlen zu einer Kostenersparnis pro Produkt von 10 Prozent führt.

Konsequenz: weniger Sicherheit

Um beim Beispiel der Kampfflugzeuge zu bleiben, werden in Europa anstelle von 1.000 einheitlicher Maschinen 660 »Eurofighter«, 286 »Rafale« und 202 »Gripen« in drei verschiedenen Produktionslinien produziert – zu erhöhten Einzel- und Gesamtkosten, die wiederum die Exportchancen europäischer Produkte vermindern. Von diesen Problemen sind vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen betrof-

Verteidigungsausgaben im Vergleich:

| | EU | USA |
|---------------------------------|----------------------|-----------------------|
| Verteidigungsausgaben insgesamt | 200 Milliarden Euro | 466 Milliarden Euro |
| Anteil am BIP | 1,63 Prozent | 4,7 Prozent |
| Investitionsausgaben* insgesamt | 41,9 Milliarden Euro | 166,2 Milliarden Euro |
| davon Forschung und Entwicklung | 8,6 Milliarden Euro | 54,1 Milliarden Euro |
| Einwohner | 501.300.000 | 309.400.000 |
| Ausgaben pro Einwohner | 400 Euro | 1500 Euro |
| Soldaten | 1.801.000 | 1.402.000 |
| Ausgaben pro Soldaten | 111.200 Euro | 332.700 Euro |
| Investitionen pro Soldaten | 23.300 Euro | 127.300 Euro |

* Beschaffung, Forschung und Entwicklung Quelle: EVA

fen. Gerade ihnen fehlt die Möglichkeit, auch auf anderen Märkten aktiv zu werden, so dass sie nur in verhältnismäßig kleinen, dafür aber teuren Serien produzieren. Beschränkt auf die kleinen, nationalen Rüstungsmärkte ist Forschung und Entwicklung für diese Firmen darüber hinaus nicht nur schwieriger, weil ihnen das dafür notwendige Kapital fehlt, sondern auch weniger reizvoll, da die Forschungsrendite – der Gewinn für jeden in die Forschung investierten Euro – sehr gering ist.

Konsequenz des Ganzen: Obwohl die einzelnen europäischen Rüstungsmärkte insgesamt etwa 40 Milliarden Euro ausmachen – der amerikanische Markt hat im Vergleich eine Größe von circa 150 Milliarden Euro – bekommen die EU-Mitglieder weniger Sicherheit für

ihr Geld als möglich wäre. Keith Hartley von der York University schätzte im Jahr 2003, dass ein gemeinsamer Verteidigungsgütermarkt den EU-Staaten jährliche Ersparnisse von sechs Milliarden Euro bringen könnte, weit mehr als zehn Prozent des Marktvolumens.

Neben den erhöhten Kosten birgt die gegenwärtige Situation aber auch die Gefahr, technologisch global ins Hintertreffen zu geraten. Angesichts der geringen Forschungsausgaben – sie machen insgesamt nur 1,3 Prozent der Gesamtausgaben aus – wird mittelfristig auch die Leistungsfähigkeit europäischer Produkte leiden, vor allem wenn die Mittel ineffizient verwandt und Forschungsergebnisse dupliziert werden. Nick Whitney, damaliger Chief Executive der Europäischen Verteidigungsagentur

Nebulöse Beschaffungspolitik: Italienische Schützenpanzer vom Typ »Dardo« während eines Manövers. Ein Typ von vielen – in den EU-Staaten leisten derzeit sechs verschiedene Schützenpanzermodelle ihren Dienst.



Foto: Esercito Italiano

(EVA), warnte daher 2007: »Wenn wir eine europäische Verteidigungsindustrie wünschen, die nicht nur Zulieferer von Nischenprodukten wird, dann ist der [bisherige] Ansatz nicht mehr akzeptabel.« Sicherheit, Verteidigungspolitik und Rüstungsindustrie gehörten traditionell zur *domaine réservé* von Nationalstaaten. Das Fortbestehen der vielen kleinen Einzelmärkte dem »Gemeinsamen Markt« zum Trotz gründete folglich auf dem Interesse der europäischen Staaten, ihre Handlungsfähigkeit und

Selbständigkeit in diesem zentralen Bereich zu erhalten.

Im Artikel 296, ursprünglich Artikel 223, des EG-Vertrags von 1957 verankerten sie daher die Möglichkeit, von den Prinzipien des gemeinsamen Binnenmarktes abzuweichen, wenn dies für die Wahrung der wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sei. Und auch nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 besteht dieser Artikel unverändert fort: als Artikel 346 des Vertrags über die

Arbeitsweise der Europäischen Union. Fraglich ist aber, ob Artikel 346 wirklich ausschließlich der Wahrung nationaler Sicherheit dient. Etwa dann, wenn militärisch so brisante Güter wie Stiefel oder Büromobiliar unter ebendiesen Artikel 346 fallen können, oder wenn lieber zeitaufwendige Neuentwicklungen angestoßen werden, anstelle andernorts gleichwertige, und vor allem einsatzbereite, Produkte einzukaufen.

Industriepolitische Motive – allen voran der Schutz heimischer Arbeitsplätze – scheinen den sicherheitspolitischen Beweggründen kaum mehr nachzustehen. Im Gegenteil, wie sich auch angesichts der jüngsten Kontroverse um die US-Bevorzugung von Boeing-Tankflugzeugen anstelle leistungsfähigerer Airbus-Modelle zeigte. Darüber könnten sich die Europäer aber nicht beschweren, kommentierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: »Der EADS-Tanker fasst mehr Treibstoff, mehr Fracht und mehr Passagiere. Eine ähnlich Feststellung trifft allerdings auch auf das amerikanische Transportflugzeug C17-A und die russische Antonow An-70 zu, die man statt des aufwendig entwickelten Militärtransporters A400M für die Armeen Europas hätte anschaffen können, oder auf das Triebwerk, das für die A400M ursprünglich von Pratt & Whitney kommen sollte, dann aber doch in Europa entwickelt werden musste.«

Doch auch wenn einzelstaatliche Rüstungsmärkte Arbeitsplätze sichern sollten, so machen die mit ihnen verbundenen hohen Kos-

ten es den Einzelstaaten zunehmend schwer, ihre eigene Sicherheit bezahlbar zu halten. Rüstungsindustrielle Autarkie schafft schon lange nicht mehr Sicherheit, sondern eher weniger. Und auch aus wirtschaftlicher Sicht ist die gegenwärtige Situation kaum tragbar: Die Arbeitsplätze in den nationalen Rüstungsmärkten werden zu sehr hohen Kosten erhalten. Die hierfür aufgewandten Geldmittel könnten wirkungsvoller an anderen Stellen eingesetzt werden – Wirtschaftswissenschaftler sprechen hier von ineffizienter Ressourcenallokation. Insgesamt befriedigt der zersplitterte europäische Rüstungssektor daher gegenwärtig weder Wirtschafts- noch Verteidigungsinteressen. Oder, mit den Worten des FAZ-Kommentators: »Die heutige Praxis kostet den Steuerzahler Geld und sorgt dafür, dass Armeen selten das beste Produkt für ihr Budget bekommen – bis hin zum Klopapier.«

Managementfehler behindern Rüstungskooperation

Das begreifen auch die europäischen Staaten zunehmend. Sie begannen in den 1990er Jahren, ihre Ressourcen zu bündeln und setzten vermehrt auf gemeinsame Projekte, freilich ohne am damaligen Artikel 296 des EG-Vertrages, dem Bergfried rüstungspolitischer Autarkie, zu rütteln. In der Folge wurde eine Reihe von Institutionen geschaffen, die solche Kooperationen koordinieren sollten.

Mit OCCAR, der »Organisation Conjointe de Coopération en matière d'armement«, wurde bereits 1996 eine Organisation zur europäischen Rüstungszusammenarbeit gegründet. Neben den Gründerstaaten Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland sind mittlerweile auch Belgien und Spanien Mitglieder geworden. Die Niederlande, die Türkei und Luxemburg sind assoziierte Mitglieder. OCCAR soll die Kooperation bei gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten erleichtern. Derzeit betreut die Organisation daher eine Reihe multinationaler Rüstungsprojekte. Pikanterweise verzichtet die Organisation aber auf ihrer Homepage darauf, auf die Probleme hinzuweisen, die den einzelnen Projekten zu schaffen machen. Das A400M-Programm wird etwa als »bahnbrechende europäische Rüstungskooperation« beschrieben, da hier ein stark »kommerziell orientiertes Beschaffungsverfahren« umgesetzt werde.

Ein Blick auf die Realität des europäischen Transportflugzeuges könnte kaum einen größeren Widerspruch offenbaren: Der Erstflug des A400M verspätete sich um fast zwei Jahre und auch die Auslieferung der Serienflugzeuge wird sich erheblich verzögern. Dazu verteuert sich das Gesamtprojekt um mindestens 7,6 Milliarden Euro, eine Steigerung von über 30 Prozent gegenüber dem vertraglich festgelegten Preis von knapp 20 Milliarden Euro. Zu guter Letzt wird das Flugzeug auch nicht so leistungsfähig sein, wie gehofft – und wie vertrag-

Artikel 346:

- »(1) Die Vorschriften der Verträge stehen folgenden Bestimmungen nicht entgegen:
- a) Ein Mitgliedstaat ist nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, deren Preisgabe seines Erachtens seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;
 - b) jeder Mitgliedstaat kann die Maßnahmen ergreifen, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen; diese Maßnahmen dürfen auf dem Binnenmarkt die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen.
- (2) Der Rat kann die von ihm am 15. April 1958 festgelegte Liste der Waren, auf die Absatz 1 Buchstabe b Anwendung findet, einstimmig auf Vorschlag der Kommission ändern.«

[Artikel 346 der Konsolidierten Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.](#)

lich vereinbart. Die *Financial Times Deutschland* berichtete, dass die Nutzlast geringer als geplant ausfallen dürfte. Auch fortgeschrittene Avionik-Systeme wie der von Deutschland geforderte Tiefflugautopilot sind wohl vorerst

nicht zu verwirklichen. Dass gerade der »bahnbrechende« Ansatz zur Rüstungskooperation durch eine Reihe von Managementfehlern zu nichte gemacht wurde, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Das Sorgenkind A400M verdeutlicht aber auch ein anderes, tiefer liegendes Problem, das europäische Rüstungskooperation erschwert. So wurde das Flugzeug, das sowieso schon als ambitionierter Alleskönner geplant war, durch eine Reihe individueller Forderungen wie beispielsweise dem deutschen Wunsch nach dem Tiefflugautopiloten noch zusätzlich komplexer. Diese national unterschiedlichen Anforderungsprofile zeigen, dass die europäischen Partnerländer noch lange nicht am gleichen Strang ziehen: Der A400M wird ein gemeinsam entwickeltes Flugzeug für die jeweiligen Armeen der Partnerländer und kein europäisches Flugzeug für die europäischen Streitkräfte.

Gesucht wird die eierlegende Wollmilchsau

2004 gründeten die EU-Staaten dann die Europäische Verteidigungsagentur. Sie ist speziell darauf ausgerichtet, den gesamteuropäischen Markt für Rüstungsgüter »European Defence Equipment Market« (EDEM) zu stärken und die europäische Verteidigungsindustrie damit effizienter, leistungs- und wettbewerbsfähiger zu machen. Die EVA soll außerdem dazu beitragen, die Ausrüstung und Waffensysteme der

einzelnen Staaten weiter zu harmonisieren sowie Forschung und Entwicklung zu fördern. Im Gegensatz zu OCCAR, die multinationale Projekte koordinieren sollte, stellt EVA einen übergreifenden europäischen Gemeinschaftsansatz dar: EVA soll helfen, die rüstungstechnischen und industriellen Grundlagen zu verbessern, nicht aber einzelne Projekte verwalten. Im Augenblick werden ihre Bemühungen aber dadurch erschwert, dass sie keine bindenden Entschlüsse fassen kann: Absichtserklärungen der Mitgliedstaaten, ein Verhaltenskodex und die nichtbindende Zielvorgabe, mittelfristig 30 Prozent der Anschaffungen gemeinschaftlich zu tätigen, stellen die Grenze dar für die EVA derzeit Machbaren dar. Inwiefern sie ihren Zielen damit näherkommt ist aber fraglich.

Der nächste Schritt hin zum einheitlichen Rüstungsgütermarkt könnte die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ, siehe dazu **Seite 8 bis 14** dieser Ausgabe) darstellen. EVA-Hauptgeschäftsführer Alexander Weis begrüßte die Möglichkeit, dieses Instrument stärker einzusetzen. Aus seiner Sicht sollte die SSZ stets so inklusiv wie möglich und »capability-driven« sein.

Auch langfristig werden Rüstungsindustrie und der Markt für Verteidigungsgüter aber weiterhin Sonderfälle im Vergleich zum übrigen Wirtschaftsgeschehen darstellen. Die Verquickung von nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen sowie der EU-Bestrebungen der Gemeinsamen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik wird auch in Zukunft spürbar bleiben. OCCAR und EVA haben die GSVP noch nicht revolutioniert und auch der EDEM ist mehr Wunsch denn Realität. Gesucht wird weiter nach der EWMS – der eierlegenden Wollmilchsau, die Beschäftigung sichert und dabei bezahlbare und leistungsfähige Rüstungsgüter bereitstellt. Ob das erreicht werden kann, bleibt fraglich. ◀◀

Quellen und Links:

[»Towards a European Defence Market«](#) Chaillot Paper Nr. 113 des European Union Institute for Security Studies (EUISS) vom November 2008.

[Aerospace & Defense: Inventing and Selling the Next Generation.](#) Studie des Center for Strategic and International Studies vom 12. Mai 2009.

[Daten der EVA zu europäischen Verteidigungs- und Forschungsausgaben](#)

[Carsten Knop: »Politische Flugzeuge«.](#) *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2010.



Europa und die Bombe

von Joachim Globisch

Foto: Phil Schmitt/US DoD

Arbeitspferd der Abschreckung:

Von der US-Nuklearbombe des Typs B61 sind heute noch circa 1.000 Stück einsatzbereit. Unterschiedliche Varianten haben eine Sprengkraft von bis zu 340 Kilotonnen.

Im Rahmen der ESVP wurde die Frage der nuklearen Abschreckung und Bedrohung bisher kaum thematisiert. Die Bemühungen um nukleare Abrüstung und die Diskussion um den Abzug der letzten amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland bei gleichzeitigen atomaren Ambitionen Irans bringen die Frage aber auf die europäische Tagesordnung.

Gleichfalls ist der Raketenabwehr-Streit zwischen Washington und Moskau nur aufgeschoben, nicht aufgehoben.

►► Nach dem Ende des Kalten Kriegs ist das Gleichgewicht des Schreckens, das Europa einen jahrzehntelangen, spannungsreichen Frieden brachte, zunehmend in Vergessenheit

geraten. Durch die START-Verträge und das INF-Abkommen schien die nukleare Bedrohung soweit reduziert worden zu sein, dass man sich um diese keine großen Gedanken mehr zu machen brauchte. Das auf niedrigem Niveau eingependelte, neue nukleare Gleichgewicht zwischen Russland und den westlichen Atommächten ist durch die Ambitionen des nuklearen Noch-Habenicht Irans jedoch aus den Fugen geraten.

Auffällig ist, wie dennoch Nuklearfragen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beziehungsweise der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sehr selektiv behandelt werden. Zwar zählt die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu den fünf Hauptbedrohungen, die in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 identifiziert wurden. Die Mittel, um dieser Bedrohung zu begegnen, beschränken sich jedoch auf bi- und multilaterale diplomatische Initiativen gegenüber Staaten, die nach Atomwaffen streben. Ein blinder Fleck der ESVP bleibt daher die Frage, wie reagiert werden soll und kann, falls Verhandlungsbemühungen keine Erfolge zeitigen. Die Verhängung von Sanktionen gegen solche Staaten muss dabei ebenfalls dem Spektrum der präventiven Maßnahmen zugeordnet werden. Je länger der Konflikt um das iranische Atomprogramm ungelöst bleibt, desto dringender stellt sich die Frage, wie sich Europa in einer Welt mit einer steigenden

Anzahl von regionalen Atommächten positionieren sollte. Aus europäischer Sicht ergeben sich hier mehrere Herausforderungen, die grundsätzlich Teil der ESVP sein können und sollten: 1. Die Erhaltung der gegenwärtigen Situation einer niedrigen Nuklearwaffendichte in Europa. 2. Eine Strategie, wie mit einer nuklearen Bedrohung durch den Iran umgegangen werden kann, ohne das erste Ziel zu unterminieren. 3. Eine Antwort auf die Frage, wie sich die europäischen Staaten eine langfristige Nukleardoktrin vorstellen.

Bewahrung des Status Quo

Das erste Ziel stellt eine Bewahrung des Status Quo dar. Für Europa ist dabei vor allem der INF-Vertrag von Bedeutung, da er, durch die Verbannung von Mittelstreckenraketen, zu einer signifikanten Reduzierung der Anzahl der Nuklearwaffen in Europa führte. Die Konflikte zwischen Washington und Moskau um den Aufbau einer Raketenabwehr in Europa haben allerdings gezeigt, dass dieser Status Quo keineswegs selbstverständlich geworden ist. So drohte Russland mit der Stationierung von Kurzstreckenraketen vom Typ »Iskander«, falls der Aufbau von Raketen-silos in Polen und einer Radaranlage in Tschechien realisiert werden sollte. Ob die Iskander-Raketen nuklear bestückt gewesen wären, ließ Moskau offen. Dass diese Situation nicht eingetreten ist, ist dem Kurswechsel der

neuen US-amerikanischen Regierung in der Frage der Raketenabwehr geschuldet, während die europäischen Staaten in dieser Situation ein uneinheitliches Bild abgaben. Zwar wäre die Stationierung der Iskander-Raketen keine Verletzung des INF-Vertrags gewesen, da sie mit ihrer Reichweite von unter 500 Kilometern nicht in den Anwendungsbereich des Vertrags fallen und auch nicht klar ist, ob sie denn überhaupt nuklear bestückt gewesen wären. Jedoch drohte der damalige russische Präsident Wladimir Putin im Herbst 2007 während des Streits um die Raketenabwehr auch mit einer Aufkündigung des INF-Vertrags.

Durch den russisch-amerikanischen Streit wird das Dilemma der europäischen Staaten deutlich, das durch die nuklearen Ambitionen Irans entsteht. Mit den Fortschritten der iranischen Raketen- und Atomtechnologie werden die europäischen Länder zu einem potenziellen Ziel iranischer Nuklearwaffen, die Teheran politische Erpressung ermöglichen könnten. Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Andererseits können Vorhaben, die zum Schutz europäischer Staaten gegen Angriffe mit Massenvernichtungswaffen gedacht sind, grundsätzlich auch zu einem Konflikt mit Moskau führen, was wiederum zu einer Erhöhung der Zahl der Atomwaffen in Europa führen kann.

Als wirksame Maßnahme gegen eine iranische Bedrohung mit Atomwaffen bieten sich zwei Optionen an. Dabei handelt es sich

einerseits um nukleare Abschreckung und andererseits um Abwehrmöglichkeiten gegen einen Angriff mit ballistischen Raketen. Hinsichtlich eines europäischen Abschreckungspotenzials kämen zunächst die Nukleararsenale Frankreichs und Großbritanniens in Frage. Frankreichs ehemaliger Präsident, Jacques Chirac, hatte diese Möglichkeit bereits angedeutet, als er 2006 eine neue Nukleardoktrin verkündete.

Nötig wäre heute jedoch eine europäische Debatte, wie mit einem Angriff oder der Drohung eines Angriffs mit Massenvernichtungswaffen auf ein europäisches Land umgegangen werden würde. Da die Vereinigten Staaten ihren Nato-Partnern einen nuklearen Schild bieten, ist eine zusätzliche europäische Abschreckung zwar nicht verkehrt, jedoch auch nicht von herausragender Dringlichkeit. Eine Situation, in der eine iranische Aggression gegen einen europäischen Staat von Seiten der USA unbeantwortet bleiben würde, erscheint wenig wahrscheinlich.

Gefährdetes nukleares Gleichgewicht

In Sachen Raketenabwehr ist die Situation hinsichtlich der Vorbehalte Russlands fürs Erste entschärft. Jedoch hat auch US-Präsident Barack Obama die Pläne zur Abwehr iranischer Kurz- und Mittelstreckenwaffen nicht gänzlich auf Eis gelegt, sondern lediglich statt der

Aufstellung der Abfangraketen des National Missile Defense Program eine Stationierung von AEGIS-Kreuzern und Patriot-Batterien angekündigt. Langfristig sind bis zum Jahr 2020 Kampfwertsteigerungen des AEGIS-Radarsystems geplant und es ist ein neues Abwehrsystem angedacht, das auch die Bekämpfung von Langstreckenraketen ermöglichen würde, wie zum Beispiel das Schweizer Blog *offiziere.ch* im Herbst 2009 schon berichtete. Spätestens dann könnte das nukleare Gleichgewicht in Europa wieder aus den Fugen geraten. Von daher wäre eine europäische Diskussion im Rahmen der ESVP angebracht, die zu einer einheitlichen Position in der Frage der Raketenabwehr führen sollte.

Handlungsfreiheit gefordert

Langfristig besteht die Herausforderung der ESVP im Bereich der Nuklearwaffen also darin, den europäischen Staaten die Handlungsfreiheit gegenüber neuen Atommächten zu erhalten, ohne dabei das nukleare Gleichgewicht in Europa zu gefährden. Dazu ist eine diplomatische Einbindung Russlands unumgänglich.

Um diese Einbindung zu ermöglichen, ist eine intensive innereuropäische Diskussion um die Frage der nuklearen Sicherheit von Nöten, da sich Europa nur auf diesem Weg erfolgversprechend in die nötigen Verhandlungen zwischen Washington und Moskau einbringen

kann. Andernfalls besteht die Gefahr, dass in diesem Bereich Entscheidungen über die Köpfe der Mehrheit der europäischen Staaten hinweg getroffen werden. ◀◀

Unauffälligere Raketenabwehr: AEGIS-Lenkwaffenkreuzer der US Navy wie die »USS Lake Erie« sind mit der neuesten Variante der »Standard«-Luftabwehrrakete ausgerüstet. Die hochmobilen Plattformen können politisch brisante Stationierungen an Land umschiffen.



Foto: US Navy



Es muss nicht immer »Europaarmee« sein

von Frederik Just

Bevorzugt das Konzept »SAFE«:
Hans-Gert Pöttering.

Foto: Europäisches Parlament/Pietro Naj-Oleari

Wiederholt hat der Christdemokrat Hans-Gert Pöttering das Konzept von »synchronisierten« europäischen Streitkräften vorgestellt. Sein Appell an Ideale und Pragmatismus hat nun die erste Hürde vor der Umsetzung genommen: Er wird breit diskutiert. Die praktische Umsetzung wird als nächstes folgen, denn nicht alle Maßnahmen des Projektes kosten Geld. Eine EU-Militärdoktrin oder die Übertragung des deutschen Modells von einer Parlamentsarmee auf europäische Ebene sind nur Fragen des politischen Willens.

►► »SAFE – Synchronized Armed Forces Europe« soll den Weg bereiten für die Schaffung einheitlicher Europäischer Streitkräfte. So stellte Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlamentes, schon im Rahmen der siebten Berliner Sicherheitskonferenz des *Behörden spiegels* 2008 ein Konzept zur Weiterentwicklung der Europäischen Streitkräfte vor, die sich zu einem integrierten Verteidigungswesens entwickeln sollen: »SAFE kann uns dabei helfen, bei der Weiterentwicklung hin zu integrierten europäischen Strukturen voranzukommen. Diese sol-

len zivile und militärische Fähigkeiten verbinden und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz in den Mitgliedsländern erreichen.«

Mitnichten ist der Reformdruck für Europa geringer geworden, auch wenn zum 1. Dezember 2009 der Lissabon-Vertrag in Kraft trat und die Europäische Union einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einem noch engeren Bündnis vollzog. Das neue Regelwerk schuf einen klaren Handlungsrahmen für die Umsetzung auch des Konzeptes SAFE. Dessen Grundidee ist, auf dem Wege einer schrittweisen und freiwilligen Anpassung der Verteidigungsstrukturen der Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für einheitliche europäische Streitkräfte zu schaffen. Es soll daher wie bei der Einführung des Euros und des Schengen-Abkommens ein »Opt-in«-Modell verfolgt werden, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass der europäische Reformeifer mit seiner Ausweitung auf die Militärstrukturen der Mitglieder in den Kernbereich ihrer staatlichen Souveränität vordringt.

Diese ist allerdings nur insoweit direkt betroffen, als unmittelbar militärische Regelungsbereiche betroffen sind: etwa durch die Forderung einer einheitlichen Ausbildung und Militärdoktrin. Nach der Öffnung der Laufbahnen nationaler Streitkräfte für alle EU-Staatsangehörigen – etwa in Belgien – ist die weiterhin praktizierte Abschottung in anderen EU-Mitgliedstaaten bereits begründungsbedürftig und nicht mehr aus sich heraus nachvollziehbar. Augenscheinlich nicht mehr mit den Grundprinzipien des geltenden

Europarechts vereinbar ist hingegen die weit verbreitete Praxis der EU-Mitgliedstaaten, durch protektionistische Regelungen einen echten Wettbewerb im Bereich der Rüstungsindustrie auf europäischer Ebene zu verhindern.

Pöttering verlangt ein einheitliches »Europäisches Soldatenstatut« im Rahmen von SAFE. Gefördert werden sollen damit die Entstehung eines stärkeren Zusammenhalts der Angehörigen verschiedener nationaler Kontingente bei gemeinsamen Militäroperationen, wie auch die nicht überall gleichermaßen gewährten bürgerlichen Teilhaberechte von Soldaten. Nicht zuletzt sollen bestehende Ungerechtigkeiten durch unterschiedliche Standards in der sozialen Absicherung abgebaut werden. Während soziale Mindeststandards in den Militäretats der Mitgliedstaaten durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung bereits heute berücksichtigt und angeglichen werden können, ist dies im Bereich der Militärdoktrin nicht der Fall. Hier und bei der Ausgestaltung der Rechte- und Pflichtenstellung des Soldaten sowie der Führungsgrundsätze muss sich der politische Wille für einen Konsens über Grundsatzfragen des soldatischen Selbstverständnisses sowie des Verhältnisses zwischen Dienstherrn und Streitkräfteangehörigen noch deutlich herausbilden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der europäische Systempluralismus – den der Zwischenschritt SAFE mittel- und langfristig überwinden soll – nicht lediglich ein Makel des Status Quo ist, sondern auch als Schutzmechanismus gegen eine

vorschnelle Nivellierung nach unten verstanden werden kann. So wäre aus deutscher Sicht ein Verzicht auf die Errungenschaften der Inneren Führung nur schwerlich als Erfolg der Anpassung an europäische Standards zu werten. Insofern ist auch Pötterings Hinweis unbedingt zu befolgen, dass europäische Streitkräfte nur in der Form einer Parlamentsarmee politisch vertretbar und als Gemeinschaftsprojekt erstrebenswert seien. Der Reformvorschlag zeichnet sich durch klare Forderungen und ein greifbares Ziel aus: mehr Sicherheit für die Bürger Europas durch technologische, wirtschaftliche und militärische Synergieeffekte, organisatorische Vereinheitlichung und staatenübergreifende Kooperation.

»Klare Forderungen, greifbare Ziele«

Im politischen Prozess zur Umsetzung von SAFE müssen die europäischen Partner in einem komplizierten Geflecht aus mitgliedstaatlichen und unionseigenen Kompetenzen schrittweise über verschiedene Regelungsebenen hinweg Veränderungen in den Wirtschaftsregularien, Soldatengesetzen und Verfassungen anstoßen und begleiten. Zudem müssen sie auf Gemeinschaftsebene die Weiterentwicklung der Institutionen forcieren, damit diese der neu zu übernehmenden Aufgabe künftig gewachsen sein werden. Nur so können auch Gremien wie etwa der Unterausschuss des Europäischen Parlaments für Sicherheit und Verteidigung als zentraler dem von den Mitgliedstaaten entgegengebrachten Vertrauen und dem

eigenen Anspruch als Reformmotor und Forum für einen zukunftsweisenden sicherheitspolitischen Diskurs auf europäischer Ebene gerecht werden.

SAFE ist damit ein Oberbegriff für die bereits begonnene und weiter durch das Europäische Parlament geförderte Reform der europäischen Verteidigungsstrukturen. Die bietet einen sinnvollen Rahmen für die kontinuierliche Transformation der Streitkräfte und kann damit auch richtungsweisend für die Entwicklung der Bundeswehr sein – weg von einer reinen Verteidigungsarmee, hin zu einer Einsatzarmee im europäischen Verbund. Konkrete Umsetzungsschritte sind noch nicht getan worden, doch die Idee wird nicht spurlos an der politischen Debatte vorübergehen und hat das Potenzial, zu weitreichenden Umstrukturierungen in den Streitkräften der Mitgliedstaaten zu führen und ihre bessere Vernetzung voranzutreiben. Damit gebührt dem begrüßenswerten Reformansatz mehr als nur die im Anschluss an große Konferenzen gesteigerte Aufmerksamkeit der Fachpresse. ◀◀

Quelle und Link:

[Hans-Gert Pöttering: »Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der Verteidigung«. Rede anlässlich der Siebten Berliner Sicherheitskonferenz »A Roadmap to a Security and Defence Union – Political Initiatives and Procurement«, Berlin, 10. November 2008.](#)

EU-Battlegroups: Wehrhaftes Europa?

von Juliane Ulbricht

Deutschland beteiligt sich im ersten Halbjahr 2010 am schnellen Eingreifverband der Europäischen Union, der EU Battlegroup. Gemeinsam mit Soldaten aus Litauen, Lettland und der Slowakei und geführt von Polen soll dieser multinationale Verband der EU erlauben, in Krisensituationen schnell zu reagieren. Neben diesem Ziel dienen alle Kampfgruppen jedoch auch als politisches Signal für mehr Integrationswillen der EU-Mitgliedstaaten. Schließlich wird hier der Kernbereich staatlicher Souveränität, die Verteidigung, zusammengelegt und gemeinsam koordiniert. Das dies nur bei großem Vertrauen gelingt, liegt auf der Hand. Doch gerade die Multinationalität birgt auch Probleme.

►► 1999 beschlossen die EU-Mitgliedstaaten in Helsinki die Einrichtung einer EU-Eingreiftruppe, einer *rapid reaction force*, welche bis zu 60.000 Soldaten umfassen sollte. Nachdem 2003



klar wurde, dass dieser Verband nicht schnell genug einsatzfähig werden würde, man aber über entsprechende Kapazitäten dennoch verfügen wollte, kam die Idee der viel kleineren Battlegroups auf.

Im Januar 2003 beschloss der EU-Militärausschuss (EUMC), ein Konzept für den Aufbau der Kampfgruppen zu erarbeiten. Bereits im darauf folgenden Jahr stimmte der Rat der EU der Einrichtung der EU Battlegroups nach dem Vorbild der »Nato Response Force« zu. Ab Januar 2005 waren zunächst pro Halbjahr eine und seit 2007 dann zwei Gruppen für sechs Monate in Einsatzbereitschaft. Die Battlegroups dienen der schnellen Reaktion auf Krisen weltweit; abgedeckt werden die gesamten sogenannten Petersberg-Aufgaben, von humanitären Hilfsleistungen bis hin zu friedens erzwingenden, die Bundeswehr spricht von »friedensdurchsetzenden«, Operationen. Zudem sollen die Eingreifverbände die sichere Evakuierung von EU-Staatsbürgern aus Krisengebieten gewährleisten.

Als grobe Einordnung wurde ein Radius von 6.000 Kilometern um Brüssel als mögliches Einsatzgebiet festgelegt, welches vor allem Afrika und den Nahen Osten umfasst. Mögliche Truppensteller sind neben allen Mitgliedstaaten der EU, unter Ausnahme von Dänemark und Malta, auf Einladung auch Drittstaaten. So beteiligten sich bisher auch Norwegen und die Türkei. Die Truppensteller finanzieren ihre Beiträge selbst, was gerade unter den größeren Ländern, die sich entsprechend häufiger engagieren, umstritten ist.

Dauerhafte multinationale Streitkräfte für die EU sind derzeit nicht geplant.

Aufbau und Führung

Jede Battlegroup setzt sich unterschiedlich zusammen, je nach Vorgaben der jeweiligen Führungsnation. Grundsätzlich bildet ein Infanteriebataillon den Kern der Gruppe, der weiter durch Spezialkräfte ergänzt werden kann. Als Gesamtstärke sind 1.500 bis 2.500 Mann vorgesehen.

Die derzeitige Kampfgruppe unter deutscher Beteiligung umfasst einen etwa 1.500 Mann starken Infanteriegefechtsverband zuzüglich der nötigen Unterstützungskräfte. Da die EU kaum über eigene Ressourcen verfügt, müssen Transport sowie Sanitäts-, Luft- oder Seestreitkräfte auf anderen Wegen ermöglicht werden. Diese so genannten »strategic enabler« stellen teilweise die Mitgliedstaaten selbst, in den meisten Fällen werden sie jedoch im Rahmen des Berlin-Plus-Abkommens von der Nato »ausgeliehen«. Ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Unabhängigkeit stellte die Entscheidung der EU-Verteidigungsminister dar, der Gründung einer europäischen Lufttransportflotte auf Basis der A400M zuzustimmen. Die vorläufige Einsatzbereitschaft soll ab 2014 gegeben sein.

Während der Stand-by-Phase von sechs Monaten soll die EU Battlegroup innerhalb von zehn Tagen im EU-Raum und nach weiteren fünf Tagen in anderen Einsatzländern für mindestens 30 Tage ohne Außenversorgung einsatzbereit sein.

Mit Versorgung erhöht sich die Einsatzdauer auf 120 Tage. Die politische Kontrolle und strategische Führung der Battlegroups erfolgt durch das »Politische und Sicherheitspolitische Komitee« (PSK) der EU. Das PSK ist ein Gremium der EU, in dem sich monatlich hochrangige Beamte der Außenministerien oder Ständige Vertreter der Mitgliedstaaten treffen. Es verfolgt die internationale Lage im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik und unterrichtet bei Bedarf den Rat der EU. Wenn das PSK vom Rat ermächtigt wurde, obliegt ihm die strategische Leitung im Krisenfall.

Militärstrategisch kommt die Führung dem »Operation Commander«, einer so genannten Führungsnation, zu. Da einige EU-Mitglieder nicht über die nötigen Gegebenheiten verfügen, können andere als die Führungsnationen ihre Einrichtungen zur Verfügung stellen. Zusätzlich wird die Führungsnation vom EU »Operational Headquarters« (OHQ) unterstützt. In Ermangelung eigener Kapazitäten stützt sich die EU dabei auf die nationalen OHQs von Großbritannien, Frankreich, Italien, Griechenland oder Deutschland.

Deutsche Beteiligung an der EU BG I/2010

So sitzt auch das Kommando der derzeitigen Battlegroup I/2010 in Deutschland, dem Operation Headquarters des Kommandos Operative Führung Ulm. Von dort wird ebenfalls das mobile EU Force Headquarters gestellt, welches im Eingriffsfall in das jeweilige Einsatzland verlegt



Foto: Nato

Konkurrenz in Brüssel: Zwei Staatenbünde, zwei Eingreiftruppen.

wird und die Operationen vor Ort befehligt. Deutschland stellt nach Angaben des Verteidigungsministeriums momentan mehr als 30 Soldaten, dabei den stellvertretenden Befehlshaber, und hat die Federführung für die Aufstellung der Aufklärungskompanie, der Operativen Information und der ABC-Abwehr und ist Führungsnation für Logistik, Führungsunterstützung und die medizinische Versorgung. Parallel zur BG mit deutscher Beteiligung wird eine zweite Battlegroup von Großbritannien und den Niederlanden gestellt. Vor Beginn ihres »Bereitschaftsdienstes« müssen alle Battlegroups eine Zertifizierung durchlaufen, um die sich die Führungsnation zu kümmern hat. Für die EU BG I/2010 wurde zu diesem Zweck vom 12. bis 20. November 2009 in Warschau die Übung »Common Challenge 2009« durchgeführt. Dabei werden Szenarien für mögliche Einsätze – in diesem

Fall die Überwachung eines fiktiven Friedensvertrages bei bevorstehenden Parlamentswahlen im Lande »Alisa« – durchgespielt. Die »volle Einsatzbereitschaft« wurde festgestellt.

Ziel erreicht?

Seit ihrer Einführungen haben die EU Eingreifverbände mit dem Vorwurf der Doppelung von Natostrukturen zu kämpfen. Nicht nur sind ein großer Teil der EU Mitgliedstaaten auch Teil der Nato, sondern besitzen die schnelle Eingreiftruppen beider Organisationen, die Nato Response Force und die EU Battlegroups, einige Gemeinsamkeiten. Beide Verbände gehen auf die Erfahrungen und veränderte Konfliktwahrnehmung seit den 1990er Jahren zurück: Den Bedarf an robusten, schnell einsatzbereiten Eingreiftruppen zur Gewalteinämmung und -prävention, um Sicherheit weltweit zu wahren, führten vor allem die Kriege auf dem Balkan und der Genozid in Ruanda vor Augen.

Wenn beide Gruppierungen also aus ähnlichen Gründen entstanden, was rechtfertigt dann deren parallele Existenz? Ausgehend von dieser Frage, muss einerseits auf den unterschiedlichen Einsatzrahmen von Nato und EU BG eingegangen werden, der die Battlegroups vor allem als Ergänzung zur Nato sinnvoll erscheinen lässt. Daher spielen auch Überschneidungen der Belegschaft kaum mehr eine Rolle. Andererseits muss jedoch auch eine mögliche Konkurrenz zur Nato betrachtet werden.

Dass Nato und EU einander militärisch ergänzen können, zeigt insbesondere ein Blick auf den unterschiedlichen Aktionsrahmen beider Eingreiftruppen. Während die Nato mit Blick auf ihre historische Rolle mitunter als Instrument amerikanischer Politik wahrgenommen wird, hat die noch recht junge militärische Komponente der EU keine »Erblasten«.

Die neutraler erscheinenden EU Battlegroups können damit in einigen heiklen Situationen eingreifen, in denen die Nato ebenfalls intervenieren könnte, aufgrund von politischen oder kulturellen Sensibilitäten aber nicht sollte. Unterstrichen wird dies noch durch zivile Anschlussprojekte der EU, während die Nato rein militärische Aktionen führen kann. Die Kampfgruppen könnten damit ergänzend zur Nato stehen. Es wäre dann sinnvoll, den Zugriff auf Nato-Einrichtungen noch auszuweiten und Dopplungen vollständig zu vermeiden, da die EU dann eingreifen soll, wenn es die Nato nicht kann.

Europäisch-atlantische Überschneidungen

Diese Arbeitsteilung verhindert auch eine vielfach als Überschneidungsproblem bezeichnete Konstellation. Diese kann theoretisch eintreten, da die meisten Staaten nur einen geringen Teil ihrer Streitkräfte für Auslandseinsätze oder multinationale Einsätze ausstatten und dieser Teil von einem Einsatzrahmen zum nächsten »weitergereicht« wird. In Frankreich betrifft das etwa

die »Cellule Géphard«, die abwechselnd im Rahmen der Nato, UN oder der Battlegroups arbeitet. Da auch am letzten Bereitschaftstag der Einsatz eines Eingreifverbandes erfolgen kann, könnte es so zu einer Überschneidung von 120 Tagen kommen, in dem die Truppen noch bei den Battlegroups der Union gebunden sind, eigentlich aber schon der Nato zur Verfügung stehen müssten. Dieses Problem würde bei einer ergänzenden statt konkurrierenden Battlegroup entfallen – wenn beide Einsätze ohnehin selten parallel erfolgen sollen, sondern gewissermaßen in europäisch-atlantischer Arbeitsteilung, wäre eine solche Überschneidung nicht problematisch.

Weiterhin scheint eine Konkurrenz zur Nato schwierig umsetzbar, da die Kampfgruppen aufgrund ihrer deutlich geringeren Stärke – 1.500 Mann gegen 6.500 Mann der Response Force – in einem deutlich begrenzten Rahmen einsetzbar sind. Nur bei Konflikten geringer Intensität wäre der parallele Einsatz von Battlegroup und Nato Response Force überhaupt denkbar. Zudem sind die Kampfgruppen bisher auf die von der Nato ausgeliehenen Transport- und Hauptquartierskapazitäten angewiesen, ohne deren Unterstützung die EU-Truppen weder verlegt, noch befehligt werden könnten. Durch das Berlin-Plus-Abkommen wurde der freie Zugriff der EU auf diese Nato-Kapazitäten geregelt, allerdings auch eine Art Vorgriffsrecht der Nato. Die Battlegroups reagieren demnach erst nachrangig zur Nato. Als Fazit scheint das Ziel, durch die Battlegroups völlig unabhängig oder gegen den

Willen anderer Nato-Partner agieren zu können, nicht verwirklicht: da in beiden Organisationen das Einstimmigkeitsprinzip gilt. Sollten die USA in der Nato einer Nutzung ihrer Kapazitäten nicht zustimmen – und insbesondere für diesen Fall wünschen sich die EU-Staaten wohl ihre Unabhängigkeit –, dann scheint ein Einsatz der Battlegroups nur schwierig möglich. Wenn man jedoch beide Verbände nicht als konkurrierend sondern als einander ergänzend begreift, dann bringt Dopplung im Sinne von Arbeitsteilung durchaus einen Mehrwert.

Battlegroups als multinationaler Verband

Die Battlegroups sollen auch integrierend wirken. Dieses Ziel können sie durch die größere Einbindung insbesondere kleinerer Staaten und den Vereinheitlichungsdruck im militärischen Bereich auch erreichen. Allerdings birgt das Freiwilligkeitskonzept Probleme, sollte kein Staat Truppen stellen wollen.

Anders als für die Nato Response Force sind bei den Battlegroups keine Mindestbeteiligungen oder Standards vorgeschrieben. Dies kommt insbesondere dem Engagement kleinerer Staaten zu gute, die auch mit wenigen Nischenpositionen eingebunden werden können, ohne dass dies ihre Kapazitäten übersteigt. Damit kann das Ziel der Integration durch gemeinsame militärische Übungen besser verwirklicht werden. Um als multinationaler Verband befehligt werden zu können, kam es zudem zum Umbau und der

Anpassung bestehender militärischer Kräfte der nationalen Armeen, um sie miteinander kompatibel zu machen. Gemeinsame Trainings, sich einspielende Routine bei der Aufstellung führen so eindeutig zu einer steigenden Integration. Andererseits steigt mit der Anzahl der Teilnehmer auch die Komplexität der Gruppe. Damit wird die Koordinierung erschwert. Vielfach werden multinationale Verbände daher als weniger effektiv als rein nationalstaatliche beschrieben. Dieser Nachteil wird durch den positiven Eindruck, dass nicht nur ein Staat allein in der Krise eingreift, bevormundet oder gar okkupiert, sondern ein Verband mehrerer Staaten agiert, aufgewogen.

Weiterhin kann es durch das zunehmende Engagement der Mitgliedstaaten in anderen Krisengebieten, etwa Afghanistan, zur deutlichen Minderung des Bereitstellungswillens kommen. Da Europas Einsatzverbände auf rein freiwilliger Basis durch die Mitgliedstaaten gestellt werden, sind Engpässe dann wohl nicht auszuschließen. Beispielsweise blieb das erste Halbjahr bislang 2012 völlig unbesetzt. Je mehr die Mitgliedstaaten auch in Zukunft ihre Truppen in anderweitigen Operationen binden, umso schwieriger wird es werden, die Battlegroups zu füllen.

Das erklärte Ziel der Kampfgruppen ist das schnelle Eingreifen in Konfliktsituationen. Dabei kann es im politischen Abstimmungsprozess aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten, als auch der EU zu langwierigen Debatten kommen, die die

sem Ziel entgegenstehen. Bei aller logistischen Vorbereitung auf schnelle Einsatzbereitschaft bedarf es jedoch stets einer Genehmigung des militärischen Einsatzes. Diese muss oftmals sehr langwierig abgestimmt und in den nationalen Parlamenten beschlossen werden. Zwar fällt nach Artikel 42, Satz 4 des Vertrages über die Europäische Union (Fassung von Lissabon) der Rat (und somit die Außenminister) einstimmig das Urteil über den Einsatz einer Mission der Battlegroups. Nach nationalen Regeln müssen dennoch die nationalen Parlamente häufig mit einbezogen werden. Seit dem 2005 in Kraft getretenen Parlamentsbeteiligungsgesetz etwa obliegt es dem Bundestag, über einen Einsatz zu entscheiden. Dies kann unter Umständen lang dauern, aber auch innerhalb weniger Tage vonstatten gehen.

Minister beschließen ohne Zustimmung des Bundestages

Problematisch erscheint hierbei, dass die Minister bindende Beschlüsse im Rat erlassen können, ohne dabei an eine vorherige Zustimmung des Bundestages gebunden zu sein. Sollte dieser nachträglich den Einsatz verweigern, wäre eine schwierig aufzulösende Situation entstanden. Aus diesem Grunde sollte immer zuerst der Bundestag entscheiden. Um den schnellen Einsatz zu ermöglichen, waren kurz auch »Vorab-Zusagen« durch die nationalen Parlamente geplant. Beispielsweise sollten mögliche Szenarien für Einsätze vorgelegt werden um zu diskutieren,

ab wann ein Einsatz genehmigt werden würde, um so die Planung zu erleichtern. Dies wurde jedoch von vielen Parlamenten abgelehnt, da derartige »Blanko-Scheine« für den Militäreinsatz nicht vergeben werden könnten.

Zuletzt müssen die Missionen einstimmig zugelassen werden; nur bei Einigkeit aller Mitgliedstaaten der EU kann eingegriffen werden. Da die politischen Abstimmungen auf Ebene der EU und dann innerhalb der Mitgliedstaaten schwierig genug zu vereinbaren sind, erscheint es besonders sinnvoll, dass zumindest die Einheiten bereits fertig zusammengestellt sind, deren Einsatz in Übungen erprobt und die nötigen Kapazitäten in Bereitschaft sind. Falls eine Einigung erzielt werden kann, ermöglichen die Einsatzverbände so ein schnelles Eingreifen.

Als ergänzende Einheit zur Nato erscheinen die Battlegroups sehr sinnvoll, da sie durchaus in einigen heiklen Situationen entschärfend wirken können. Eine völlige Abkopplung von der Nato oder gar als Konkurrenzmodell sind sie jedoch aufgrund ihrer geringen Stärke und weiteren Abhängigkeit von geliehenen Transportmöglichkeiten nicht geeignet und sollten auch nicht in diese Richtung fortgedrängt werden. Diese Zusammengehörigkeit von Nato und EU aufgrund gleicher Ziele müsste insbesondere einigen EU-Staaten, die unbedingt unabhängig agieren wollen, noch stärker bewusst werden. ◀◀

Quellen und Links:

[Offizielle Seite der Bundeswehr zur BG I/2010](#)

[Allgemeine Informationen vom Österreichischen Bundesheer](#)

[Christian Mölling:» EU-Battlegroups – Stand und Probleme der Umsetzung in Deutschland und für die EU«. Diskussionspapier der SWP, Berlin, vom März 2007.](#)

[Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland \(Parlamentsbeteiligungsgesetz\) vom 18. März 2005](#)

Où va la France?

von Johanna Lange

Obwohl Frankreich mit über 3.700 Soldaten am Nato-Einsatz in Afghanistan teilnimmt und die Verluste dieses Engagements sogar zur ersten parlamentarischen Abstimmung über Auslandseinsätze im Herbst 2008 geführt hat, ist die Debatte über Sinn und Ziel dieses Einsatzes, so wie aus Großbritannien oder den Niederlanden bekannt, seither nahezu eingeschlafen. Denn trotz leichter Änderungen gibt die Verfassung der Fünften Republik dem Präsidenten immer noch Spielraum für alleiniges Handeln – solange er vorsichtig bleibt.

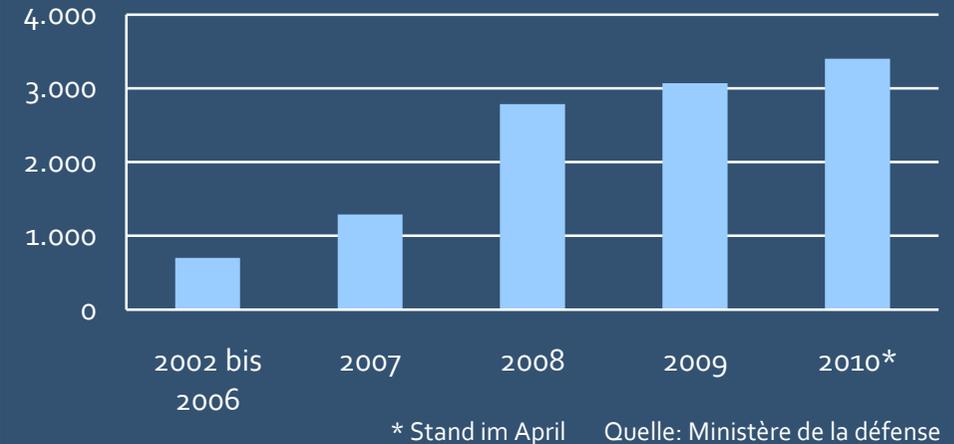
Foto: Teddy Wade/US Army

►► Der Begriff »Debatte« kommt aus dem Französischen und bedeutet unter anderem »sich sträuben«. Eine Debatte ist ein Streitgespräch, das in der Regel zur inhaltlichen Vorbereitung einer Abstimmung dient. Gibt es ein solches Streitgespräch in Frankreich? Wird der Einsatz der französischen Armee in Afghanistan in den Medien diskutiert? Um es auf den Punkt zu bringen: Nein. Frankreich sträubt sich davor. Um dieses »Nein« etwas einzuschränken – zumindest wird bei weitem nicht so heftig debattiert wie in anderen europäischen Ländern. Die Entsendung von Truppen aus Frankreich an den Hindukusch ist zu Hause kein Thema. Am 27. Februar 2010 stellte die überregionale *Le Monde* fest, dass trotz Kritik an der Präsenz des französischen Militärs in der französischen Öffentlichkeit eine politische Debatte in Frankreich nicht stattfindet – im Gegensatz zu Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden. Ländern, in denen der Einsatz in Afghanistan ein höchst sensibles Thema ist und die Seiten der Massenmedien seit Jahren füllt. Dabei ist Frankreich in Afghanistan mit 3.750 Soldaten vertreten und stellt somit nach den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland das viertgrößte Truppenkontingent.

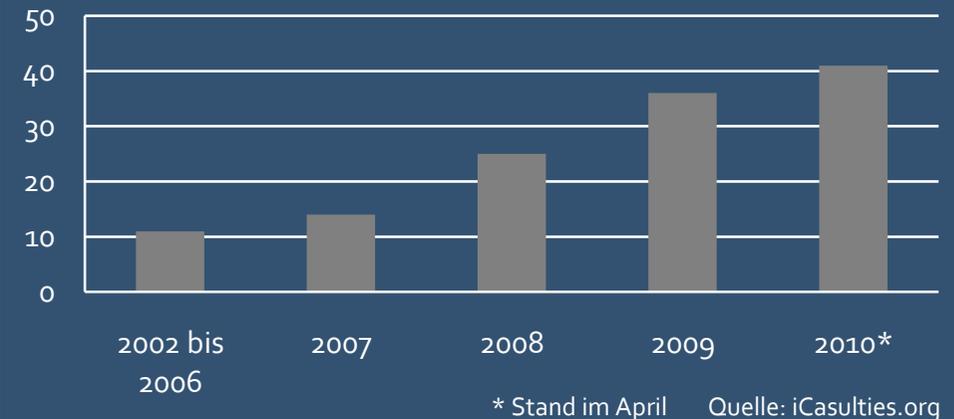
Doch die Franzosen halten die Mission in Afghanistan – anders als etwa den Irakkrieg – für legitim. Laut Umfragen wird das bisherige französische Engagement von einer Mehrheit gebilligt oder zumindest mit Desinteresse toleriert, denn im Unterschied zu Deutschland haben Außeneinsätze in Frankreich eine lange Tradition. Die Bevölkerung kennt, dass französische Soldaten überall in der Welt stationiert sind und sich im Rahmen internationaler Aktionen an der Beilegung von Konflikten beteiligen.

Dabei hat die Beteiligung französischer Truppen an dem seit 2003 unter der Ägide der Nato stehende Einsatz im Herbst 2008 zur ersten Anwendung der Verfassungsänderung aus dem Sommer desselben Jahres geführt: Nach dem Tod von zehn Marinefallschirmjägern am 18. August 2008 im »Surobi-Hinterhalt« und der damit einhergehenden Zuspitzung der damaligen Diskussion über den Sinn des Afghanistan-Einsatzes musste Staatspräsident Nicolas Sarkozy erstmals das Parlament zur Mis-

Truppenstärke der französischen Armee in Afghanistan



Gefallene der französischen Armee in Afghanistan



sion in Zentralasien befragen: Die Nationalversammlung stimmte am 22. September 2008 der Verlängerung des Einsatzes mit deutlicher Mehrheit zu. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte Frankreich, denn die Außen- und Sicherheitspolitik war lange ausschließliche Domäne des Präsidenten gewesen.

Aber die jüngste Verfassungsänderung der Fünften Republik vom 23. Juli 2008 hatte unter anderem den Artikel 35 geändert. Seitdem liegt die Frage nach der Verlängerung eines Auslandseinsatzes nicht mehr alleine bei dem Staatspräsidenten, dem Oberbefehlshaber der französischen Armee. Bei Einsätzen von mehr als vier Monaten, muss nun das Parlament zwingend zustimmen.

Einmalige Parlamentsaufsicht

In einem Interview mit *Le Monde* im Januar betonte Hervé Morin, französischer Verteidigungsminister, dass die Lösung in Afghanistan nicht eine militärische, sondern eine politische sei. Er vertritt die Auffassung, dass dabei diejenigen, die ernsthaft an einem »politischen Wiederaufbau« in Afghanistan interessiert seien, unbedingt in den Verhandlungsprozess miteinbezogen werden müssten. Es ginge außerdem nicht mehr darum, mehr Kombattanten nach Afghanistan zu schicken, sondern stattdessen »formateurs«, also Berater und Ausbilder, deren Präsenz es erlaube, die afghanischen Institutionen zu stärken. In dem Gespräch gibt Morin zu, dass Frankreich offensichtlich militärische Operationen durchführt, betont aber, dass es sich nicht in einem Krieg befinde – denn Frankreich sei in Afghanistan, um für Stabilität, Sicherheit und Souveränität zu sorgen. Mit diesem Interview einhergehend kündigte Präsident Nicolas Sarkozy drei Tage vor der Londoner Afghanistankonferenz an, dass er trotz des Drängens der USA anstatt weiterer Kampftruppen lieber 80 zusätzliche Militärberater nach Afghanistan schicken werde.

Nachdem Sarkozy 2007 das französische Kontingent fast verdoppelt hatte, setzt er nun auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Was aber nicht bedeuten soll, dass sich die Grande Nation aus Afghanis-



Brigade La Fayette

Seit dem 1. November 2009 ist die Mehrzahl der französischen Kräfte in Afghanistan in der »Brigade La Fayette« organisiert: Die Truppen wurden östlich von Kabul zusammengezogen und einem neuen Brigadekommando unterstellt, das bislang in der afghanischen Hauptstadt stationiert war. Der Infanterieverband hat eine Stärke von etwa 2.500 Soldaten und ist in zwei Kampfataillone, ein Unterstützungs- und Hauptquartierataillon sowie eine gemischte Hubschrauberabteilung gegliedert. Die beiden Kampfataillone des Verbandes sind zurzeit das 2. Fallschirmjägerregiment der Fremdenlegion und das 13. Alpenjäger-Bataillon, sein Chef ist Brigadegeneral Marcel Druart. Zur Ausrüstung der Brigade gehören 155mm-Feldhaubitzen vom Typ »CAESAR« und Radpanzer AMX-10RC. Der Verband ist dem Regionalkommando Ost der ISAF unterstellt und kooperiert mit dem 201. Korps der afghanischen Armee.

tan in absehbarer Zeit zurückziehen möchte, denn »Frankreich wird das Feld nicht dem Terrorismus und der barbarischen Gewalt der Fanatiker überlassen«, erklärte der Staatschef. »Deshalb bleibt Frankreich mit seinen Verbündeten so lange wie nötig an der Seite des afghanischen Volkes.« Doch ob Soldaten oder Militärberater, eine politische Debatte will sich an Sarkozys »so lange wie nötig« zum aktuellen Zeitpunkt nicht entfachen. Mit der parlamentarischen Billigung des Einsatzes vor anderthalb Jahren hat der Präsident Carte Blanche. Und bislang auch Fortune. ◀◀

Quellen und Links:

[Le Monde vom 29. Januar 2010](#)

[Le Monde vom 27. Februar 2010](#)

[Sitzung des Verteidigungsausschusses der französischen Nationalversammlung und Anhörung des Generalstabschefs Jean-Louis Georgelin am 10. September 2008](#)

Artikel 35

der Verfassung der Französischen Republik vom 4. Oktober 1958 (Verfassung der Fünften Republik) in der Fassung vom 23. Juli 2008, Bestandteil des Titels V der Verfassung »Die Beziehungen zwischen Parlament und Regierung«:

»La déclaration de guerre est autorisée par le Parlement.

Le Gouvernement informe le Parlement de sa décision de faire intervenir les forces armées à l'étranger, au plus tard trois jours après le début de l'intervention. Il précise les objectifs poursuivis. Cette information peut donner lieu à un débat qui n'est suivi d'aucun vote.

Lorsque la durée de l'intervention excède quatre mois, le Gouvernement soumet sa prolongation à l'autorisation du Parlement. Il peut demander à l'Assemblée nationale de décider en dernier ressort.

Si le Parlement n'est pas en session à l'expiration du délai de quatre mois, il se prononce à l'ouverture de la session suivante.«

»Die Kriegserklärung bedarf der Zustimmung des Parlaments.

Trifft die Regierung die Entscheidung, die Streitkräfte im Ausland einzusetzen, so informiert sie das Parlament spätestens drei Tage nach Beginn des Einsatzes darüber. Sie erläutert die verfolgten Ziele. Nach dieser Unterrichtung kann eine Aussprache ohne anschließende Abstimmung erfolgen.

Überschreitet die Dauer des Einsatzes vier Monate, legt die Regierung diese Verlängerung dem Parlament zur Genehmigung vor. Sie kann die Nationalversammlung auffordern, abschließend zu entscheiden.

Befindet sich das Parlament nach Ablauf der Frist von vier Monaten nicht in einer Sitzungsperiode, entscheidet es nach Eröffnung der folgenden Sitzungsperiode.«

Eine australische Patrouille der »Special Operations Task Group« rastet in den Bergen von Oruzgan im Zentrum Afghanistans.

Engagement im Kreuzfeuer

von Thilo Schroeter

Foto: Australian Department of Defence

Wie auch viele Nato-Partner wird Australien vom Verbündeten USA wegen restriktiver Einsatzregeln für seine Truppen in Afghanistan kritisiert. Im Vorfeld der kommenden Wahlen haben auch Regierung und Opposition in Canberra unterschiedliche Vorstellungen zur Zukunft des militärischen Engagements.

►► Im zehnten Jahr des Einsatzes australischer Truppen in Afghanistan mehrten sich auch in Australien die Zeichen von Kriegsmüdigkeit. Australien ist mit 1.550 Soldaten in Afghanistan der größte Truppensteller der ISAF außerhalb der Nato und hat im Laufe seines Engagements bisher elf Gefallene zu beklagen. Die Labor-Regierung von Premierminister Kevin Rudd hatte den Einsatz in Afghanistan nach ihrem Wahlsieg im November 2007 fortge-

setzt und die Truppen zuletzt im April 2009 um 450 Soldaten verstärkt. Einem Wahlversprechen folgend wurde das australische Kontingent im Irak hingegen im Juli 2009 abgezogen.

Trotz des Umfangs der australischen Beteiligung haben amerikanische Vertreter deutliche Kritik an den restriktiven Einsatzregeln, der »Caveats«, des australischen Kontingents geäußert, die einen Einsatz jenseits der Grenzen der Provinz Oruzgan behindern. Zuletzt hatte ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal gegenüber dem Befehlshaber der australischen Streitkräfte Allan Grant Houston geäußert, dass die Weigerung der Regierung Rudd, die Offensive in Marja im Februar 2010 mit australischen Truppen und Mentoren zu unterstützen, die gemeinsamen Anstrengungen behindere und möglicherweise »bleibende Schäden für das Ansehen Australiens in den USA«

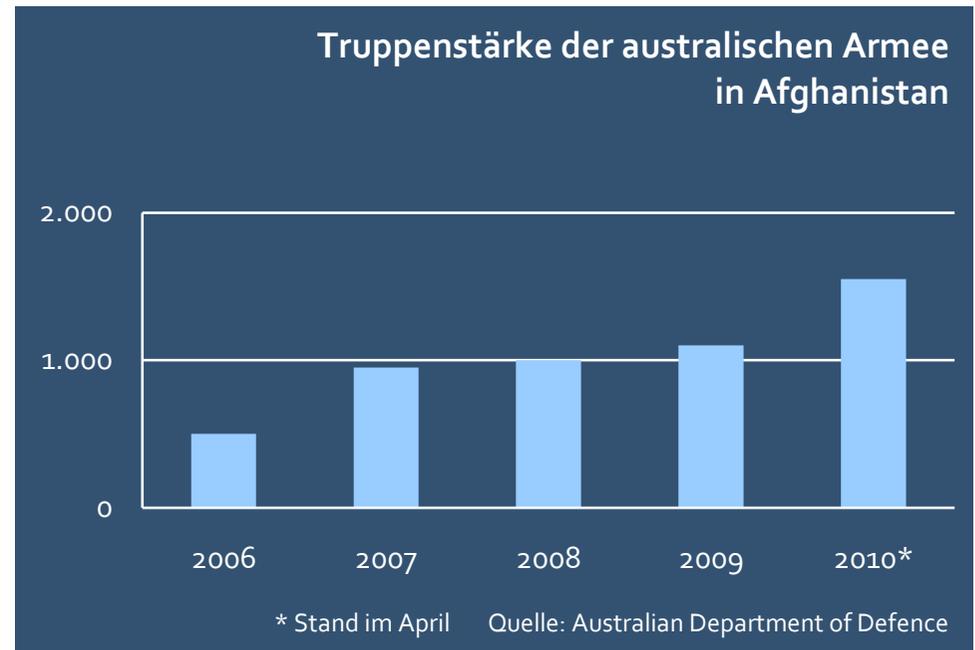
nach sich ziehen könne. Oppositionsführer Tony Abbott machte deutlich, dass eine von ihm geleitete Regierung das militärische Engagement Australiens in Afghanistan voraussichtlich verstärken würde. Insbesondere sprach er sich dafür aus, nach Abzug der niederländischen Truppen aus Afghanistan im August 2010 das militärische Kommando in der Provinz Oruzgan zu übernehmen, was von der derzeitigen Regierung abgelehnt wird.

Premierminister Rudd verteidigte die ablehnende Haltung der Regierung in dieser Frage mit dem Hinweis darauf, dass die Übernahme des Kommandos in der Provinz Oruzgan mit der Entsendung von über 1.000 Soldaten und Kosten von einer Milliarde Australischer Dollar (circa 700 Millionen Euro) pro Jahr verbunden wäre. Er kündigte stattdessen die Entsendung von 50 weiteren Diplomaten, Polizisten und Entwicklungshelfern an, die den Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte und Verwaltungsstrukturen unterstützen sollen. Er verband diese Ankündigung mit der Mahnung dass auch die afghanische Seite ihren Verpflichtungen nachkommen müsse und die australischen Soldaten »keinen Tag länger als nötig« in Afghanistan bleiben würden.

Die zögerliche Haltung der Regierung Rudd gegenüber einem größeren militärischen Engagement in Zentralasien ist eng mit der innenpolitischen Lage in Downunder verbunden. Im Jahr 2010 stehen Wahlen in drei von sechs Bundesstaaten an und auch die Legislaturperiode des australischen Parlaments endet spätestens im Februar 2011. Spätestens im April 2011, wahrscheinlich aber bereits früher wird sich die Regierung Rudd daher Parlamentswahlen stellen müssen. Einer Umfrage des Instituts Newspoll vom 30. April bis 2. Mai 2010 zufolge zieht eine knappe Mehrheit der Australier erstmals seit den Wahlen im November 2007 eine konservative Regierung der regierenden sozialdemokratischen Regierung unter Kevin Rudd vor.

Unter der Bevölkerung ist der Afghanistaneinsatz ebenfalls umstritten, wie eine Umfrage vom September 2009 belegt, in der sich 51 Prozent der Befragten gegen eine Fortsetzung der australischen Beteiligung aussprachen. Unter diesen Bedingungen könnte laut Marcus Strom vom *Sydney Morning Herald* der Druck auf Premierminister Rudd aus dem linken Flügel der Labor Party zunehmen, der sich bisher nicht öffentlich gegen die Beteiligung

Australiens an der ISAF-Mission ausgesprochen hat. Die Chancen, dass US-Präsident Barack Obama bei seinem Besuch in Canberra im Juni eine weitere Verstärkung der australischen Truppen erreichen wird, dürften daher gering sein. ◀◀



Quellen und Links:

[*Sydney Morning Herald* vom 6. April 2010](#)

[Informationen des australischen Verteidigungsministeriums zum Einsatz in Afghanistan](#)

»Ein großes Fragezeichen über dem Erfolg«

Interview: Robert Chatterjee

Die Wende soll »Moshtarak« bringen: Mit der großangelegten Offensive in Südafghanistan zielt die Nato auf die Taliban und ihre Drogenhochburgen. Die deutsche Südasien-Expertin Citha Maass zweifelt an den offiziellen Erfolgsmeldungen, sondern wartet lieber das Ergebnis der langfristigen wirtschaftlichen Stabilisierung ab. Der steht aber nicht zuletzt die korrupte Führung Afghanistans im Weg, erklärt sie im Gespräch mit ADLAS.

►► *ADLAS: Frau Maass, seit Anfang Februar läuft die größte militärische Operation innerhalb des Nato-Einsatzes seit 2001. Kann man noch vor Ende des Feldzugs schon sagen, ob die Operation die große Wende ist oder ist sie, wie so viele Ansätze in diesem Krieg, versandet?*

Citha Maass: Bezogen auf die Militäroperation der Nato in der südafghanischen Provinz Helmand müssen wir sogar noch mehrere Monate warten. Denn es geht ja nicht nur darum, militärisch Distrikte von Aufständischen



Im Hintergrund: Bei der Offensive südlich des Hindukusch stehen die Soldaten der afghanischen Armee häufig hinter westlichen Truppen zurück. Hier eine kanadisch-afghanische Patrouille.

Foto: Efrenz Lopez/US Air Force

zu befreien, sondern es geht ja vor allem auch darum, eine Regierung hinterher aufzubauen, also staatliche Institutionen, und auch das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. Und da gerade der Distrikt Marjah ein Drogenschwerpunkt ist, stellt sich die Frage, welche alternativen Einkommensquellen man dieser doch wahrscheinlich wohlhabenden Bevölkerung anbieten will. Also ein großes Fragezeichen über dem Erfolg.

Sind denn die von ihnen angesprochenen Aspekte einberechnet worden? Gibt es eine Strategie für die Zeit nach der Pazifizierung des Gebiets?

Die Nato-Operation ist Teil einer größeren Strategie, die nach den systematisch gefälschten Wahlen und der Vereidigung von Präsident Karzai, also der Vereidigung eines sehr schwach legitimierten Präsidenten, jetzt von amerikanischer und Nato-Seite verfolgt wird. Der erste Schritt dazu war die Vereidigungsrede von Präsident Karzai am 19. November 2009, in der er bestimmte Punkte ansprach, die dann auch am 28. Januar 2010 bei der Lon-

doner Konferenz wieder genannt wurden. Dazwischen lag die Rede von US-Präsident Obama am 1. Dezember 2009. Und wenn ich das alles zusammen nehme, dann besteht die amerikanische Strategie darin, in diesem Kalenderjahr die amerikanischen Truppen um 30.000 Personen zu erhöhen, damit man die Aufständischen schwächen kann, um sie zu politischen Verhandlungen zu zwingen, und es müssen Ende dieses Jahres Erfolge vorgezeigt werden, damit Präsident Obama den Beginn des US-Truppenanzugs im Sommer nächsten Jahres rechtfertigen kann. Das heißt, wir werden in diesem Jahr sehr viele Erfolgsmeldungen hören und meine große Sorge besteht darin, dass man aufgrund dieses Erfolgsdrucks kurzfristige Erfolge vorweist, die aber auf Lasten einer nachhaltigen Stabilisierung gehen.

»Wir werden sehr viele Erfolgsmeldungen hören.«

Wie würde denn ein Erfolg aussehen? Besiegte Taliban oder Taliban am Verhandlungstisch?

Das übergeordnete Ziel sind politische Verhandlungen mit Aufständischen, also auch mit Kriegsfürsten Gulbuddin Hekmatyar und dem Haqqani-Netzwerk. Da müssen wir jetzt natürlich parallel die Verhaftungen in Pakistan sehen, die in jedem Fall die Gruppe der Taliban um Mullah Omar deutlich geschwächt haben. Vorläufig würde ich das immer noch als komplementäre Maßnahme zur militärischen Schwächung sehen – Zerschlagung ist zuviel gesagt – Ob das jetzt zu konstruktiven politischen Gesprächen führen wird, lässt sich im Moment noch nicht sagen, weil wir die Auswirkungen der politischen Verhaftungen noch nicht wirklich einschätzen können.

Die Operation Moshtarak wendet sich ja bewusst auch gegen den Drogenanbau und -handel. Indes sieht sich Präsident Hamid Karzai dem Vorwurf ausgesetzt, in diese Netzwerke involviert zu sein. Wie wird der Kampf gegen die Drogen weitergehen?

Das ist eine ganz wichtige Frage, auf die ich im Moment noch keine klare Antwort habe. Es fiel erstmal auf, dass Präsident Karzai seine Zustimmung zu den Militäroperationen der Nato erst kurz vor Beginn der Offensive gab. Vor allem in den US-Medien ist berichtet worden, dass ein Bruder von Präsident Karzai in Kandahar, der dort der faktische Machthaber ist, im Verdacht steht, in das Drogengeschäft involviert zu sein. Es ist bekannt, dass Kandahar und Helmand ein zusammenhängender Drogenmarkt sind. Und da fragt man sich natürlich: Wer profitiert von der Militäroffensive und wer wird geschwächt? Reichen die Kontakte, die Ahmed Wali Karzai nachgesagt werden, genau in diesen Distrikt oder wird er möglicherweise von Konkurrenten kontrolliert, so dass dadurch im Endeffekt die Position von Karzais Bruder gestärkt wird?

Umfasst das Mandat der Moshtarak-Operation auch die Verfolgung der Hintermänner im Drogenanbau oder werden lediglich Opium-Felder abgebrannt?

Da müssen wir uns aus unserem deutschen Diskussionszusammenhang lösen. Es geht hier nicht mehr um den ISAF-Auftrag an sich. Es geht um eine Nato-Operation, die bestimmt auch US-Spezialkräfte einschließt, die eben nicht an das internationale Mandat gebunden sind. Aufgrund der bisherigen Erfahrung nehme ich an, dass die reine Vernichtung von Mohnfeldern eher kontraproduktiv ist. Ich denke, dass vor allem Transportnetzwerke von Händlern zerstört werden sollen. Natürlich auch die Felder, aber dafür müsste ja irgendeine Art von Entschädigung angeboten werden.

»Moshtarak« bedeutet übersetzt »gemeinsam«. Das heißt, dass die Operation auch erstmals den großflächigen Einsatz der afghanischen Armee einschließt, wie eine Art Generalprobe. Ist die afghanische Armee eigentlich für diesen Einsatz gerüstet?

In den ersten Tagen nach Beginn der Offensive, haben wir das, was ich als Nato-Propaganda bezeichnen möchte, gehört. Überspitzt wurde gesagt: Das ist eine Operation der afghanischen Armee zusammen mit internationalen Kräften. Das »Zusammen« drehen wir jetzt erst mal um: Von den 15.000 ein-

gesetzten Soldaten ist der überwiegende Prozentsatz international. Und soweit ich das im Verlauf der Operation aus den Nachrichten entnehmen konnte, ist die Planung besonders von amerikanischen und britischen Truppen durchgeführt worden. Man stellt vermutlich bei Hausdurchsuchungen dann afghanische Soldaten an die vorderste Front, was absolut sinnvoll ist. Aber für mich ist es insgesamt eine Operation von amerikanischen, britischen und internationalen Truppen, in die dann geringfügig auch afghanische Soldaten involviert sind. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre die afghanische Armee auch nicht dazu in der Lage, eine vergleichbare Operation selbst durchzuführen. Ob sie in fünf oder in sieben Jahren dazu in der Lage ist, muss man abwarten. Zumindest wird daran zunehmend gearbeitet. Bei einigen Teiloperationen im Süden gab es Berichte, dass die afghanischen Soldaten in manchen Militäreinheiten schon besser befähigt gewesen seien, Verantwortung übernommen haben. Auf lokaler Ebene sind durchaus kleine Fortschritte zu verzeichnen, aber auf der strategischen Ebene muss noch sehr viel Aufbauarbeit geleistet werden.

Insgesamt stellen die Deutschen nicht mal zehn Prozent der Nato-Truppen in Afghanistan. Wird der deutsche Einsatz am Hindukusch in unserer Wahrnehmung überbewertet?

Wir haben in Deutschland natürlich das Problem, das mit der deutschen Geschichte und auch der deutschen Verfassung zu tun hat. Deutschland war bis 1990 kein souveräner Staat und konnte deswegen auch nicht an internationalen Friedensmissionen teilnehmen. Deswegen haben wir diesen Verfassungszusatz bekommen, dass deutsche Militärmissionen vom Bundestag genehmigt werden müssen. Durch diese alljährliche Verlängerung ist die deutsche Debatte natürlich sehr stark auf das Militärische ausgerichtet und das führt auch zu einer verzerrten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Wir sollten viel mehr über zivile Aufbaumaßnahmen sprechen. Aber noch einmal zurück: Deutschland stellt innerhalb der ISAF das drittgrößte Kontingent. Meine Kritik ist vor allem, dass dieser hohe militärische Einsatz von der Bundesregierung nicht ausreichend genutzt wird, um Einfluss auf die

Nato-Strategie zu nehmen. Zum Beispiel: Wie sinnvoll ist *targeting*? Inwieweit muss man Druck auf den afghanischen Partner ausüben? Denn wenn, wie es in Kunduz der Fall der Fall war, Aufständische den afghanischen Behörden bekannt sind, die aber gegen bekannte Aufstandsführer nicht vorgehen, da fragt man sich: Warum ist da nicht ausreichend Kooperation vorhanden gewesen? Das müsste stärker eingefordert werden.

»Auf der strategischen Ebene muss noch sehr viel Aufbauarbeit geleistet werden.«

Noch einmal zurück zu den Verhaftungen in Pakistan. Seit einiger Zeit kooperiert der pakistanische Geheimdienst anscheinend immer enger mit der CIA. Ist diese Kursänderung auf amerikanischen Druck oder ein existenzielles Bedrohungsgefühl durch die Taliban zurückzuführen?

Ich gehe davon aus, dass es massiven amerikanischen Druck gegeben hat. Und zwar sowohl auf die pakistanische, als auch die afghanische Seite, etwa auf den Militärführer General Ashfaq Kayani, sowie die in den entsprechenden Gebieten arbeitenden pakistanischen Geheimdienststellen. Ich vermute aber, dass es Absprachen zwischen der amerikanischen Regierung und der pakistanischen Militärführung gegeben hat, und die pakistanische Seite möglicherweise dafür Militärausrüstung eingefordert hat. Auch wichtige Flugsysteme wurden vor einigen Wochen geliefert. Es scheint für mich Teil einer größeren Absprache zu sein.

Bei der pakistanischen Bevölkerung ist der Militäreinsatz aber wegen der Drohnenangriffe, bei denen etliche Zivilisten ums Leben kommen, äußerst unpopulär (ver-

gleiche auch Seite 48). Hat sich diese Strategie aus amerikanischer Sicht bewährt oder braucht es eine Umkehr, um die pakistanische Bevölkerung zu gewinnen?

Die Drohnenangriffe dürften sehr kontrovers diskutiert werden. Wir können in der pakistanischen Bevölkerung sehen, dass sie in den letzten Monaten die anti-amerikanische Stimmung massiv angeheizt haben. Es wird zu einem immer größeren innenpolitischen Problem in Pakistan. Wenn man nach dem Nutzen fragt, muss man unterscheiden zwischen militärischem und dem übergeordneten politischen Nutzen. Militärisch hat man einige wichtige Aufstandsführer auf pakistanischer Seite getötet, analog zum *targeting* auf afghanischer Seite. Es ist noch zu früh, um zu beurteilen, ob die politischen Kosten im Endeffekt längerfristig so hoch sind, dass der militärische Nutzen das nicht aufwiegt. Wenn damit die schwache pakistanische Regierung noch weiter geschwächt wird, muss man sich wirklich fragen: War es die Sache wert? Sollte es wirklich konstruktive politische Gespräche mit aufständischen Führern geben, dann könnte man im Rückblick sagen: Es war die politischen Kosten wert.

In welche Richtung steuert Afghanistan in Zukunft?

Einen Bürgerkrieg sehe ich nicht als Gefahr. Aber eine hochkorrupte, schwach legitimierte Regierung im Zuge der Afghanisierung, die auf der Londoner Konferenz noch einmal bestätigt wurde, von der internationalen Gemeinschaft mit aufgebaut wird. Eine Regierung, die zwar bessere Regierungsführung verspricht, für die ich aber nicht die Voraussetzungen sehe. Das heißt, wir haben es in Zukunft mit einer korrupten Regierung zu tun, mit einer heterogenen Führungsschicht, die sich weiterhin auf die Drogenökonomie stützt und damit eine nachhaltige Stabilisierung deutlich erschwert. Kein rosiges Bild, aber wahrscheinlich ein realistisches.

Gibt es bei so vielen schlechten Aussichten trotzdem etwas Positives, das Sie hoffen lässt?

Ja, denn es ist gelungen, Reformkräfte innerhalb der afghanischen Zivilgesellschaft aufzubauen. Manche kenne ich schon seit 1996. Es gibt Kräfte – noch vereinzelt, aber immer mehr –, die die Gesellschaft von innen verändern wollen. An dieser Stelle möchte ich auch auf die Polizei hinweisen. Die afghanische Polizei wird sich in dem langsamen Tempo positiv verändern, wie sich die afghanische Gesellschaft von innen heraus reformiert. Das wird ein Prozess sein, der sich über Generationen hinzieht. Aber ich habe diese starken Afghaninnen und Afghanen kennengelernt; auf sie setze ich. ◀◀



Citha Maass

arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Zurzeit beschäftigt sich die promovierte Südasien-Expertin in ihrem Forschungsschwerpunkt mit Perspektiven für eine Konsolidierung Afghanistans.

Auf Kollisionskurs im Pazifik

von Dieter Imme

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama befasst sich die Welt mit Abrüstung wie schon lange nicht mehr. Außer China. Mit der militärischen Vormachtstellung der USA scheint sich das Reich der Mitte nicht zufrieden zu geben. Trotz der noch großen Disparität der beiden Verteidigungshaushalte bewegen sich beide pazifischen Mächte langsam, aber stetig auf eine maritime Konfrontation zu.

Foto: Tiffini M. Jones/US Navy

►► Anfang der 1990er Jahre schien das Ende der Geschichte gekommen, so zumindest der berühmte Politologe Francis Fukuyama, am Ende eines langen Ringens zwischen liberaler Demokratie und dem Kommunismus befand sich der Globus. Neben dem Fall der Sowjetunion zeigt sich dies vor allem an der militärischen Vorherrschaft der USA, die bis heute anhält. So entfielen laut dem schwedischen SIPRI Institut 2008 rund 41 Prozent aller Militärausgaben weltweit auf die Vereinigten Staaten. Als Betrag sind dies 607 Milliarden US-Dollar und damit nochmals 130 Milliarden Dollar mehr als die nächsten zehn größten Rüstungsetats zusammengenommen. Mit geschätzten 85 Milliarden Dollar liegt China zwar auf Platz Zwei, doch sein monetärer Verteidigungsaufwand wirkt gegenüber den USA wie ein Zwerg. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint ein neuer Kalter Krieg – diesmal zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik – geradezu absurd. Aber ist dem wirklich so?

Bereits der 26. Oktober 2006 könnte ein bedeutendes Ereignis einer ganz neuen Epoche der Geschichte markieren. Laut verschiedensten Medienberichten war es einem chinesischen U-Boot der Song-Klasse im Pazifik gelungen, unbemerkt in Schussweite des US-Flugzeugträgers USS »Kitty Hawk« zu gelangen, und wurde dabei erst entdeckt, als es bereits eine Weile aufgetaucht fuhr. Dies erstaunt umso mehr, wenn man bedenkt, dass ein US-Träger immer in einem großen Verband ope-



Foto: Christopher Stephens/US Navy

Ende der Überheblichkeit: Die Sicherheitszone von US-Flugzeugträgergruppen ist nicht mehr unüberwindbar für chinesische U-Boote. Heimathafen der USS »George Washington« (oben) ist das japanische Yokosuka. Sie ist damit der einzige Träger, der außerhalb der USA stationiert

riert, der unter anderem speziell auf die U-Boot-Abwehr spezialisiert ist.

Lautlose Boote gefährden Flugzeugträger

Dass dieser Vorfall dabei keine Aneinanderreihung von unglücklichen Umständen war, beweisen die Reaktionen beider Seiten. Während

die USA es lange Zeit ablehnten, die Berichte zu kommentieren, nutzten die Chinesen den Vorfall, um klarzustellen, dass sie keine aggressiven Absichten hegen, sich jedoch das Recht vorbehalten, sich in internationalen Gewässern frei zu bewegen. Und räumten somit indirekt einen alten Scherz der US Navy aus der Welt: »Chinesische U-Boote hört man beim Auslau-

fen sogar bis nach San Francisco.« Der genannte Vorfall zeigt deutlich: China drängt schon längst auch militärisch auf die Weltbühne.

Da verwundert es kaum, dass sich Beijing in seinen letzten Weißbüchern besorgt über die US-Aufrüstung im Pazifik zeigt. Denn genau dort kollidieren amerikanische mit chinesischen Interessen. Für die Volksrepublik ist die maritime Absicherung ihrer Küstengewässer von essentieller Bedeutung, liegen doch alle bedeutenden Wirtschaftszentren, wie Shanghai, Hongkong oder Beijing an oder in der Nähe der Küste.

Grafik: Marcus Mohr



Dementsprechend hat die People's Liberation Army Navy (PLAN) zwei Verteidigungslinien, die »First and Second Island Chains«, festge-

legt. Die erste Linie verläuft von Kyushu, dem südlichen Ende Japans, aus entlang der Ryukyu Inseln über Taiwan bis zu den Philippinen und beschreibt dann einen Bogen nach Vietnam, um das gesamte Südchinesische Meer mit einzubeziehen. Die zweite Linie verläuft von der Bucht von Tokyo über Guam bis hinunter nach Neu Guinea. Während die erste Linie bereits durch japanisches, taiwanesisches und philippinisches Gewässer – allesamt Verbündete der USA – verläuft, betrifft die zweite Linie schon amerikanisches Hoheitsgebiet. Dies wird unweigerlich in der Zukunft zu Spannungen im sino-amerikanischen Verhältnis führen, gerade da die neue Regierung in Washington deutlich gemacht hat, wie wichtig Asien für die USA ist. So sagte Außenministerin Hillary Clinton Anfang dieses Jahres auf einer Konferenz des East-West Center in Honolulu: »So I don't think there is any doubt, if there were when this Administration began, that the United States is back in Asia. But I want to underscore that we are back to stay.«

Dass Clintons Aussage dabei kein reines Lippenbekenntnis für die Alliierten in der Region bleibt, zeigen Amerikas Anstrengungen, seine ostasiatischen Bündnispartner wieder enger an sich zu binden. Dementsprechend nahm Washington eine wesentlich freundlichere Haltung gegenüber Japan ein, dass der 2006 vereinbarte Fahrplan zum Abzug amerikanischer Truppen aus Okinawa neu verhandeln wollte. Während unter Präsident George W.



USS »George Washington« läuft in Yokosuka ein.



Hubschrauberträger USS »Essex« in Sasebo.



Die Pazifikinsel Guam ist US-U-Boot-Basis.

Foto: Clifford L. H. Davis/US Navy

Foto: Joshua J. Wahl/US Navy

Foto: Alan D. Momyelle/US Navy

Bush eine Revision strikt abgelehnt wurde, hatte Barack Obama Ministerpräsident Yukio Hatoyama vorerst freie Hand gewährt, um das innenpolitisch heikle Thema der Verlegung des Heliports Futenma innerhalb Okinawas neu zu diskutieren. Auffällig dabei bleibt, dass die politische Elite die weitere Etablierung von gemeinsam betriebenen Kommandozentralen und Radarstationen zum Ausbau der Interoperabilität beider Streitkräfte kaum in Frage stellt.

Bedrohlich aber nicht existenzgefährdend

Die Reaktion der USA auf Chinas Aufrüstung lässt sich auch an dem seit 2000 erscheinenden »Annual Report to Congress: Military Power of the People's Republic of China« erkennen. In diesem Papier äußert das Pentagon sehr deutlich Bedenken hinsichtlich Chinas wachsenden Militärpotenzials. Brisantestes Beispiel sind dabei chinesische Anti-Schiff-Raketen, denen durchaus zugetraut wird, US-Flugzeugträger versenken zu können. Und diese Raketen können inzwischen auch von chinesischen U-Booten eingesetzt werden. Eben jenen, die bewiesen haben, dass sie in einen Flugzeugträgerverband der Navy eindringen können.

In diesem Kontext fällt es besonders auf, dass der Fokus der chinesischen maritimen Rüstung auf dem Ausbau der U-Boot-Flotte liegt. Dabei muss man jedoch die Relationen im Kopf behalten: Zwar mögen die Chinesen mit

der Erweiterung ihrer Unterwasser-Streitkräfte auf mittlerweile 26 neue Boote nach 1998 für die USA ein Risiko darstellen, ihre Vorherrschaft auf den Weltmeeren wird dadurch, zumindest auf mittlere Frist, nicht bedroht. Allein der Haushalt der US Navy ist größer als der Haushalt des gesamten chinesischen Militärs. Zudem besitzt die Siebte US-Flotte, zuständig für den Westpazifik und stationiert in Yokosuka, Japan, mit bis zu 60 Schiffen, 300 Flugzeugen und 40.000 Soldaten mehr Schlagkraft als die gesamte chinesische Marine. Daran wird auch die mögliche Indienstellung von bis zu drei mittleren chinesischen Flugzeugträgern bis zum Ende dieses Jahrzehnts wenig ändern.

Nichtsdestotrotz wäre es von Washington fährlässig, die maritime Aufrüstung Chinas zu ignorieren. Die chinesische Wirtschaft wächst enorm; selbst im letzten Krisenjahr stieg das Bruttoinlandsprodukt um 8,7 Prozent. Und damit wächst auch Chinas Potenzial, sich langfristig ein modernes Militär anzuschaffen, selbst wenn es seine Verteidigungsausgaben gemessen am BIP nicht massiv erhöht. Sollten also das chinesische Wachstum und seine Ambitionen nicht nachlassen, müssen sich die USA in ihrem »pazifischen Hinterhof« auf eine militärisch starke Volksrepublik einstellen, die den Westpazifik als ihren Vorhof betrachtet. China bleibt eine aufsteigende Macht mit dem Potenzial, der große Rivale Amerikas zu werden – auch wenn es momentan schlicht und ergrei-

fend noch nicht in der Lage dazu. Dass eine Konfrontation aber kommen wird, ist fast sicher. ◀◀

Quellen und Links:

[Stockholm International Peace Research Institute: Military Expenditure Database](#)

[Weißbuch 2008 der Volksrepublik China zur Nationalen Verteidigung](#)

[US Department of Defense: 2009 Annual Report to Congress: Military Power of the People's Republic of China](#)

[Hillary R. Clinton, Rede am East-West Center in Honolulu, Hawaii, »Remarks on Regional Architecture in Asia: Principles and Priorities« vom 12. Januar 2010](#)

[The Washington Times vom 13. November 2006](#)

[Homepage der Siebten US-Flotte](#)

Gute Zäune, schlechte Zäune

von Marcus Mohr

Ungeliebtes Beispiel:
Israels Grenze zu Jordanien
ist die ruhigste und sicherste
beider Länder.

Foto: Marcus Mohr

Im Sommer 2009 erhielt die EADS Defense & Security einen Milliardenauftrag aus Saudi-Arabien: Sie soll die gesamte Außengrenze des Königreichs elektronisch aufrüsten. Das Unternehmen wird dabei durch Ausbildungsmaßnahmen der deutschen Bundespolizei für saudische Grenzer unterstützt. Saudi-Arabien geht indes übervorsichtig mit dem Thema um. Ähnliche Maßnahmen hatten Riad in der Vergangenheit schlechte Publicity in der arabischen Welt verschafft.

▶▶ Grenzzäune haben nicht den besten Ruf. Aber sie erfüllen ihren Zweck: »Gute Zäune sorgen für gute Nachbarn«, spottete schon Robert Frost. Das trifft auf die israelische Sperranlage zu wie auf die Große Chinesische Mauer: In Konfliktzonen sorgen Zäune, wenn nicht für Frieden, zumindest für Waffenruhe und machen den Erbauer zum Herrn im eigenen Haus – zumindest für eine Weile. Solche pragmatischen Gründe bewegen auch Saudi-Arabien, und so hatte am 30. Juni 2009 die EADS einen der größeren Coups ihrer Firmengeschichte landen können: Das Königreich vergab an den Unternehmensbereich »Defense & Security« des deutsch-französischen Konzerns den Auftrag, die gesamte Außengrenze des Landes mit Überwachungsanlagen zu versehen und das ganze System zentral zu vernetzen.

Wie dringend notwendig die Aufrüstung des saudischen Grenzschutzes ist, zeigte vergangenes Jahr ein Zwischenfall an der jemeniti-

schen Grenze, mit dem Saudi-Arabien erneut in die bürgerkriegsähnliche Zustände seines südlichen Nachbarn verwickelt wurde. Im November 2009 überfielen die Huthi-Rebellen einen Grenzposten, töteten einen Saudi und verletzten elf. Seit die Huthis im Februar dieses Jahres einen Waffenstillstand mit der Regierung in Sana'a abgeschlossen haben, herrscht im saudisch-jemenitischen Grenzgebiet eine trügerische Ruhe. Dabei war der Bedarf Saudi-Arabiens nach effektiven Grenzsicherungen schon wegen terroristischer Gefahren aus dem Irak nach dem Krieg 2003 gestiegen. Und vor zwei Jahren bereits hatte die EADS einen kleineren Auftrag für die saudische Nordostgrenze gewonnen.

Smarte Esel aus dem Jemen

Die Wege aus Saudi-Arabien in den Jemen hatten bereits 2004 gesichert werden sollen. Aber erste Maßnahmen Riads hatten Zorn erregt: Der Bau der Grenzmarkierungen wurde von den Jemeniten mit dem israelischen Sicherheitszaun in der Westbank verglichen. Diese Anlage hat in der arabischen Welt gewiss einen schlechten Ruf, doch sie erfüllt ihren Zweck: Sie hat effektiv zum Schutz vor Terrorangriffen in Israel beigetragen. Für die Regierung Saudi-Arabiens eigentlich ein unschlagbares Argument, den eigenen Plan umzusetzen. Doch ist es ein böser Vorwurf für einen arabischen Staat, ausgerechnet so zu handeln wie Israel. Ande-

rerseits spotteten Offizielle aus Sana'a, die Schmuggler besäßen sogar »smarte Esel«, die ganz allein in der Lage wären, saudische Grenzen zu erkennen und zu umschleichen. Und es wird im großen Stil geschmuggelt: Drogen, Alkohol, Waffen, Frauen – die Waren gelangen auch aus Ostafrika auf die Arabische Halbinsel. Doch die saudischen Sorgen kreisen nicht nur darum. Nicht zuletzt soll die Infiltration von Stammeskriegern aus dem Nordjemen wie schon von Dschihadisten aus dem Zweistromland unterbunden werden.

Radar contra Sandsturm

Sicherheitsbedenken der Saudis richten sich an Fragen aus wie: Woher kommen die Gefahren für den Staat? Wie gut ist die Kontrollierbarkeit der Grenze? Als größte Bedrohung wird zwar der Iran wahrgenommen – dementsprechend hat Riad deutliches Interesse an der Seegrenze im Arabischen beziehungsweise Persischen Golf. Dieses Gebiet ist aber leichter zu überwachen als andere. Die Jemen-Grenze bedeute für Saudi-Arabien hingegen eine akute Gefährdung der innenpolitischen Lage im Königreich, erläutert Guido Steinberg, Nahostexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik. »Von dort kommen alle möglichen Gegenentwürfe zum saudischen Staat.« So äußern sich die saudischen Sorgen auch in der Dislozierung der Streitkräfte in den »Militärstädten«. Zwei von fünf liegen an der Grenze zum Jemen. Doch



Feind der Technik: Hier überfällt ein Sandsturm aus der saudischen Wüste einen US-Stützpunkt im Irak. Solche Naturgewalten treten auch im »Leeren Viertel« auf, der größten Sandwüste der Welt. Sie werden die in trockenen Zonen unerprobte Elektronik der EADS vor eine Herausforderung stellen.

Foto: Alicia M. Garcia/US Marine Corps

»die Grenze ist gar nicht zu kontrollieren«, gibt Steinberg zu bedenken. Deren genaue Lage ist im Übrigen erst im Jahr 2000 vertraglich festgelegt worden.

Eine Lösung des Problem soll Technik bringen: Die neue Grenzanlage des saudischen Wüstenreiches wird aus Zaun, Infrarotkameras und Bodenradars bestehen, ergänzt durch Luftüberwachung und Landpatrouillen. Überwacht werden die Anlage durch Lage- und

Führungszentren, in denen sämtliche Daten der Sensoren und Patrouillen zusammenlaufen. Die größte Herausforderung für das Vorhaben: Gut 1.800 Kilometer der Grenze verlaufen quer durch die »Rub al Khali – das leere Viertel«, die größte Sandwüste der Welt. In einem Sandsturm in dieser wegelosen Gegend sind Kameras nutzlos und die Funktionsfähigkeit des Bodenradars fraglich. Mit solchem Terrain waren die Ingenieure der EADS bislang nicht vertraut.

Das Unternehmen wirbt ausdrücklich mit Erfahrung in Feld, Wald und Bergen – Wüste fehlt noch.

Das Vorhaben betrifft 4.900 Kilometer Küstenlinie und 4.100 Kilometer über Land. Bislang kaum mehr als eine Linie im Sand, die nur stellenweise vom saudischen Grenzschutz wirklich kontrolliert werden kann: Im Norden, an der Grenze zum Irak war zu Zeiten des Golfkrieges ein Sandwall aufgetürmt worden. An der Südgrenze zum Jemen versuchte man schon 2004, die Grenze mit einem elektrischen Stolperdraht zu sichern, bis die Regierung in Sana'a und die Stämme in der Grenzregion sich über die einseitige Maßnahme Riads beschwerten. Die Bauarbeiten wurden darauf zunächst eingestellt.

Enorm sind nicht nur die geographischen Ausmaße des Vorhabens. Über den Wert des Auftrags wahren beide Seiten Stillschweigen, es wird jedoch von einem Umfang von etwa zwei Milliarden Euro gesprochen. Zum Vergleich: Die EADS Defense & Security hatte 2008 weltweit einen Umsatz von 5,5 Milliarden Euro erzielt, der Konzern EADS insgesamt 34,4 Milliarden Euro. Mitgeboten hatte unter anderem die amerikanische Raytheon. Ausgerechnet der traditionelle Verbündete Saudi-Arabiens war unterlegen.

Der erfolgreiche Abschluss ist nicht der erste Schritt der Defense & Security mit Grenzanlagen nach Arabien. Verträge mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar bestehen ebenfalls.

Der Hauptgeschäftsführer der EADS Defense & Security Stefan Zoller lobte bei Bekanntgabe des Deals »die starke Unterstützung durch die Bundesregierung«. Er spielte auf ein Regierungsabkommen an, mit dem die Hilfe der Bundespolizei für den saudischen Grenzschutz vereinbart worden war. Während die Defense & Security ihren Mitarbeiterstab in der Region von 100 auf 1.000 erhöhen wird und die Systemausbildung an den neuen Geräten übernimmt, führen deutschen Beamte eine Grundausbildung für die saudischen Grenzpolizisten aus.

Sensibler Kunde, schweigsame EADS

Jörg Gradeck, im Vorstand der Gewerkschaft der Polizei und selber Bundespolizist, meint, bezeichnend für diese Auslandsverwendung sei die Zurückhaltung, mit der mit dem Projekt umgegangen wird. Über die Versetzung ihrer Kollegen nach Saudi-Arabien erführen deren Heimat-Dienststellen meist erst »in letzter Minute«. Eine Konkurrenz für den politisch noch wesentlich sensibleren, aber öffentlich weitaus bekannteren Einsatz in Afghanistan ist die Verwendung von Bundespolizisten auch in Saudi-Arabien kaum: Nur 15 Stellen sind hier vorgesehen. Die sind allerdings relativ begehrt, denn das Arbeitsumfeld ist im Königreich deutlich sicherer als am Hindukusch.

Mit besser ausgebildetem Personal und modernster Technik soll nun in circa vier Jah-

ren die Grenzsicherung des Königreichs auf ganz neuer, elektronischer, Basis stehen. Wird aber der Waffenstillstand zwischen Jemens Regierung und Huthi-Rebellen im Laufe der Zeit zu einem echten Ausgleich führen, kann der Grenzanlagenbau der Saudis schwerer zu begründen sein. Eine Kontrolle der Region wäre dann in grenzübergreifender Kooperation einfacher zu bewerkstelligen. Traditionell hatten in dieser Region die Stämme ohnehin ihre Angelegenheiten untereinander geregelt, ohne die Überwachung durch eine Zentralregierung.

Für das Königreich indes bleibt die Angelegenheit, sowohl aus Sicherheitserwägungen als auch aufgrund außenpolitischer Empfindlichkeiten, hochsensibel. Auf detaillierte Anfragen zum Projekt kann die EADS Defense & Security keine Auskunft erteilen – der Kunde wünscht es so. ◀◀

Quellen und Links:

[Handelsblatt vom 1. Juli 2009](#)

[Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik \(SWP\): »Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahost-Politik«, Berlin, Dezember 2008.](#)

[Informationen der EADS Defense & Security zur Grenzsicherung](#)



Zwischen Hoffnung und Proliferation

von Jens Heinrich

Foto: Chad McNeeley/US DoD

Die von Generalstabschef Mike Mullen, Verteidigungsminister Robert Gates, Energieminister Steven Chu und Außenministerin Hillary Clinton am 6. April vorgestellte »Nuclear Posture Review« für die Streitkräfte der USA unterscheidet sich in wichtigen Punkten von den Kernwaffendoktrinen der Vorgängeradministrationen. Doch ihre Impulse für Obamas »Vision« einer Zukunft ohne Atomwaffen bleiben abzuwarten.

▶▶ Die neue Nuclear Posture Review (NPR) der USA nennt zwei wesentliche Herausforderungen, denen sich nicht nur Amerika, sondern die internationale Gemeinschaft im Ganzen stellen müssen: Nuklearterrorismus und die Weiterverbreitung von Kernwaffen. Der Erwerb von spaltbarem Material durch Terroristen wird in dem Dokument als »the most immediate and extreme threat«, als »unmittelbare und extreme Bedrohung« bezeichnet. Dabei steht der Diebstahl oder

der Kauf von spaltbarem Material auf dem internationalen Schwarzmarkt im Vordergrund. Die zweite Herausforderung ist die Proliferation von Kernwaffen auf staatlicher Ebene. Die Doktrin nennt hier besonders Nordkorea und Iran, die durch ihr Verhalten zur Destabilisierung in ihren Regionen beitragen. Der Erwerb von Kernwaffen durch beide Staaten könnte dazu führen, dass ihre Nachbarn nach Kernwaffen streben. Den Sicherheitsgarantien der USA kommt dabei eine zentrale Rolle zu, diese Proliferationskette zu unterbinden. Sollten diese Garantien nicht gegeben werden, könnte das laut NPR zu einer Weiterverbreitung von Kernwaffen führen. Damit würde auch der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag, der Nuclear Nonproliferation Treaty (NPT) geschwächt werden. »A failure of reassurance could lead to a decision by one or more non-nuclear states to seek nuclear deterrents of their own, an outcome which could contribute to an unraveling of the NPT regime and to a greater likelihood of nuclear weapon use.«

Der NPT wird als ein Eckpfeiler des Nichtverbreitungsregimes betrachtet. Die USA gehen davon aus, dass der bisherige Tauschhandel weiterbestehen wird: Hierbei verzichten Nichtkernwaffenstaaten auf den Erwerb von Kernwaffen. Im Gegenzug gehen Kernwaffenstaaten Abrüstungsverpflichtungen ohne genaue zeitliche Vorgaben ein und gewähren den Zugang zur Nukleartechnologie für die zivile Nutzung. Dennoch geht die NPR von einem dringenden Stärkungsbedarf, besonders bei der Vertragseinhaltung,

aus. Hier sehen sich die USA in der Pflicht. Sie wollen den bereits erwähnten Tauschhandel, den »grand bargain«, der dem NPT zugrunde liegt, stärken. In der NPR heißt es dazu, dass Amerika durch die Reduzierung von Anzahl und Bedeutung der US-Kernwaffen eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber anderen Vertragsunterzeichnern des NPT einnehmen will. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu der Doktrin, die noch von der US-Regierung unter George W. Bush 2002 vorgelegt worden war. Diese hatte die Rolle von Kernwaffen noch ausgeweitet.

Mit Blick auf die im Mai 2010 anstehende Überprüfungskonferenz ist das eine wichtige Entscheidung Obamas, weil hier die Möglichkeit besteht, weiter Druck auf Iran aufzubauen. Die USA streben zudem eine bessere Durchsetzung von Vertragsbrüchen an. Kein Staat soll sich durch einen Austritt aus dem NPT vor den Folgen einer Vertragsverletzung schützen können.

Die strategischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Russland und China werden in ihrer Bedeutung in der Doktrin etwas zurückgestellt. Das Verhältnis zu Russland habe sich seit dem Ende des Kalten Krieges »fundamental gewandelt«, heißt es in der NPR. Beide Staaten sind durch gemeinsame Interessen, wie der Bekämpfung von Proliferation und Nuklearterrorismus enger zusammen gerückt. Für eine stabile Abschreckung – die trotz der verbesserten Beziehungen zwischen Washington und Moskau zentral bleibt – seien laut NPR weniger als die derzeit verfügbaren Kernwaffen ausreichend. Die Dokt-

trin schlägt so eine Brücke zu weiteren Reduzierungen der strategischen Arsenale beider Länder.

Auch das Verhältnis zu China wird weiterhin einen wichtigen Einfluss auf das amerikanische Kernwaffenarsenal haben. Zwar haben sich die Beziehungen zu Peking leicht verbessert, aber eine grundsätzliche Annäherung ist bisher ausgeblieben. Bisher waren die Positionen beider Staaten im Konflikt um das iranische Atomprogramm, bei der Frage von Menschenrechten und dem Verhältnis der USA zu Taiwan nicht vereinbar. Als die größten Probleme für eine weitere Annäherung werden Chinas Modernisierung auch seiner nuklearen Streitkräfte und die mangelnde Transparenz bei den Militärausgaben genannt.

Der Einsatz von Kernwaffen

Solange Atomwaffen noch existieren, ist die »fundamentale Rolle von Kernwaffen die Abschreckung eines atomaren Angriffs auf die USA, ihre Alliierten und Partner«, erklärt die NPR. Die USA definieren mit dieser Nukleardoktrin die Einsatzszenarien ihrer Kernwaffen enger als bisher. Anders als im Kalten Krieg und unter den Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush sollen Kernwaffen keine konventionellen, biologischen oder chemischen Angriffe abschrecken. Damit verfolgt Washington eine Politik der »negativen Sicherheitsgarantie«.

Allerdings werden diese Garantien an bestimmte Bedingungen geknüpft. Der Verzicht auf



Sorge bereitet den USA die Modernisierung der chinesischen Nuklearraketen: Hier die dritte Stufe einer »Dong Feng 31«.

einen Kernwaffeneinsatz beziehungsweise die Drohung eines Einsatzes soll nur für solche Staaten gelten, die »dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten sind und sich an ihre Vertragsverpflichtungen halten.« Darüber hinaus behalten die USA sich das Recht vor, die Sicherheitsgarantien den Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie anzupassen. Sollte die Bedrohung durch biologische Waffen steigen, werden die USA wegen fehlender eigener biologischer Kampfstoffe auf Kernwaffen als Abschreckungsinstrument zurückgreifen. In der NPR wird hervorgehoben, dass die USA bereit sind, eine Politik mit ihren Partnern zu verfolgen, die die Voraussetzungen dafür schafft, dass der alleinige Zweck für die amerikanischen Kernwaffen die Abschreckung eines atomaren Angriffs wird. Daneben wird in dem Dokument betont, dass die USA »den Einsatz von Kernwaffen nur in extremen Situationen erwägen würden, um die vitalen Interessen der USA und ihrer Alliierten zu verteidigen.« ▶▶

»SBX1«, eine schwimmende Radarstation der US Missile Defense Agency: Die Anlage ist seit 2006 im Pazifik stationiert, weitere sollen gebaut werden. Die Plattform wurde in einer russischen Werft konstruiert und in Texas mit der Radartechnik ergänzt.



Foto: US Missile Defense Agency

Daraus lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen: Erstens werden Staaten wie der Iran explizit von den Sicherheitsgarantien ausgeschlossen, was durchaus die Bestrebungen Teherans verstärken könnte, so schnell wie möglich ein nukleares Abschreckungspotential gegenüber den USA aufzubauen. Zweitens wird die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte und der Raketenabwehr im Gesamtrahmen der US-Sicherheitspolitik steigen.

Keine neuen Sprengköpfe

Die USA wollen nach der neuen Doktrin keine neuen Atomsprengköpfe entwickeln und verzichten auf die Durchführung weiterer Atomtests. Dazu strebt die Regierung unter Barack Obama die Ratifizierung und das Inkrafttreten des umfassenden Atomteststoppvertrages (CTBT) an. Allerdings bleibt abzuwarten, inwieweit der Kongress diesen Entschluss mittragen

wird. Die Funktionstüchtigkeit der existierenden Sprengköpfe soll durch das Stockpile Management Program beziehungsweise das Life Extension Program (LEP) gewährleistet werden. Dieser Aspekt ist von großer Bedeutung, wenn es um die Zustimmung des Senats geht. Sollte die Funktionsfähigkeit der Sprengköpfe durch Programme wie LEP nicht gewährleistet sein, wäre eine Zustimmung der Senatoren zum CTBT schwierig zu bekommen. Diese Programme werden, so die Doktrin, nur auf bereits getestete Sprengkopfdesigns zurückgreifen und keine neuen nuklearen Missionen oder Kapazitäten unterstützen.

Als Konsequenz mehr Raketenabwehr

Die verringerte Rolle von Kernwaffen in der Sicherheitspolitik der USA wird durch eine gesteigerte Rolle konventioneller Waffen und vor allem der Raketenabwehr begleitet. Aufgrund amerikanischer Sicherheitsgarantien gegenüber Alliierten und Partnern wird diesen beiden Komponenten auch im Verhältnis zu anderen Staaten große Bedeutung zukommen. Besonders die Raketenabwehr soll nukleare Ambitionen befreundeter Staaten verhindern. Wie erfolgreich diese Politik ist, hängt nicht zuletzt von technischen Fortschritten in diesem Bereich ab.

Besonders viel Gewicht kommt der Raketenabwehr aber auch in der Beziehung zu Russland und China zu. Die NPR erkennt die Bedenken Moskaus und Pekings an und eröffnet die Möglichkeit für Konsultationen. Die Vereinigten Staa-

ten versichern jedoch, dass sich ihre Raketenabwehr ausschließlich gegen neu entstehende regionale Bedrohungen richtet – wobei Iran und Nordkorea nicht explizit genannt werden.

Eine Zukunft mit unbeutenderen Atomwaffen

Die neue Nuklearwaffendoktrin der USA spiegelt die reduzierte Bedeutung von Kernwaffen in der US-amerikanischen Sicherheitspolitik wider. Erstmals haben die USA »negative Sicherheitsgarantien« ausgesprochen und auf das Testen und Entwickeln neuer Sprengköpfe verzichtet. Auf der anderen Seite stehen aber weiterhin die »fundamentale Rolle« von Kernwaffen bei der Abschreckung eines nuklearen Angriffs und der Ausbau konventioneller Fähigkeiten und Raketenabwehr.

Die erste Bewährungsprobe für die Doktrin kommt schon im Mai in New York: Welchen Einfluss die NPR auf andere Staaten, Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten gleichermaßen, haben könnte, wird sich auf der Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages zeigen. ◀◀

Quellen und Links:

[Nuclear Posture Review Report vom 6. April 2010](#)

[David E. Sanger und Thom Shanker: »Obama's Nuclear Strategy Intended as a Message«. *New York Times* vom 6. April 2010](#)

[Kommentar des *Bulletin of the Atomic Scientists* vom 7. April 2010](#)

[Bulletin of the Atomic Scientists vom 8. Dezember 2009 zur Modernisierung von Atomwaffen](#)

Weniger Demokratie, mehr Entwicklung: Amerikas neue strategischer Ansatz

Am 27. Mai veröffentlichte US-Präsident Barack Obama die neue Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der USA. Das Dokument ersetzt die NSS von 2006, die von Obamas Vorgänger George W. Bush erlassen worden war.

Barack Obama bespricht sich mit den *Joint Chiefs of Staff* im Lageraum des Weißen Hauses.

Was sind amerikanische Interessen?

- ▶ Sicherheit: die der USA, seiner Bürger und die seiner Verbündeten
- ▶ Prosperität: eine starke, innovative und wachsende Wirtschaft
- ▶ Werte: Respekt universaler Werte und Normen
- ▶ Internationale Ordnung: eine Ordnung unter US-Führung, die Frieden, Sicherheit bietet und es erlaubt, globalen Herausforderungen gemeinsam entgegenzutreten

Was muss Amerika tun?

- ▶ Konventionelle Überlegenheit wahren
- ▶ Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung beibehalten, solange es Atomwaffen gibt
- ▶ In Diplomatie und Entwicklungsarbeit investieren, um gemeinsam mit globalen Partnern zu agieren
- ▶ Nachrichtendienstliche Fähigkeiten ausbauen

[United States National Security Strategy vom Mai 2010](#)

Unterschiede zur vorigen NSS:

- ▶ Multilaterale Ansätze werden stark betont: Die Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern soll verbessert werden.
- ▶ Der Begriff »Präventivkrieg« taucht nicht mehr auf.
- ▶ Aus dem allgemeinen »Global War on Terror« wird der konkrete Kampf gegen das Netzwerk al Qaida.

Wort für Wort:

Wie oft tauchen diese Begriffe in der NSS 2006 und der NSS 2010 auf?

| | 2006 | 2010 |
|-----------------|------|------|
| »Schurkenstaat« | 9 x | - |
| »Demokratie« | 52 x | 24 x |
| »Klima« | 1 x | 28 x |
| »Cybergefahren« | 1 x | 24 x |
| »Krise« | 3 x | 5 x |
| »Krieg« | 44 x | 66 x |
| »Entwicklung« | 46 x | 74 x |

Foto: Pete Souza/The White House

Neue rote Linien

von Jens Heinrich

Alter Stolz mit weniger Waffen: Parade auf dem Roten Platz.

Foto: Antonis SHEN/flickr/lizenziert gemäß [Creative Commons Attribution-Noncommercial-Share Alike 2.0 Generic](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/)

Am 5. Februar 2010 zeichnete Dmitrij Medwedew Russlands neue Militärdoktrin ab. Sie soll Teil einer größeren und umfassenderen Bewertung russischer Nuklearpolitik unter dem Titel »Grundlagen der staatlichen Politik im Bereich der nuklearen Abschreckung bis 2020« sein. Moskau hebt die nukleare Schwelle damit an, bleibt im Wortlaut aber undeutlich.

►► Russlands Kernwaffenpolitik war in den letzten Jahren von mehreren Faktoren geprägt. Erstens geriet das nukleare Arsenal unter enormen Modernisierungsdruck. Einige der älteren Waffensysteme mussten ausgesondert werden, ohne dass eine gleiche Anzahl neuer Waffensysteme nachrückte. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen. Russland hat auf diesem Gebiet längst und vor allem nicht alle technischen Probleme gelöst, wie die 2008 und 2009 wiederholt gescheiterten Testflüge der U-Boot-Langstreckenrakete »Bulawa« zeigten.

Zweitens spiegelt die Kernwaffenpolitik des Landes auch den Stand der konventionellen Bewaffnung wider. Besonders taktische Kernwaffen wurden immer wieder zum Bestandteil einer Debatte, besonders dann, wenn es um die Nato Erweiterung ging. Margerete Klein von der Stiftung Wissenschaft und Politik kommt in einer Studie zum dem Urteil, dass der Georgien-Krieg vom Sommer 2008 belegt hat, in welchem schlechten Zustand Russlands Heer ist, und das der »Übergang von der Ar-

mee des Industrie- zu der des Informationszeitalters Moskau noch nicht gelungen ist.« Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die Kernwaffenpolitik immer auch durch das Verhältnis zur Nato und besonders zu den USA beeinflusst wird.

Die Doktrin sieht den Einsatz von Kernwaffen eng mit regionalen und größeren Kriegen verbunden, die sie von bewaffneten Konflikten und lokalen Kriegen konzeptionell trennt. Damit unterscheidet sie sich nicht von ihrer Vorgängerversion. Auch wird die Eskalation eines konventionellen Krieges in einen Nuklearkrieg nicht ausgeschlossen. Aber es gibt dennoch eine Verschiebung bei der Frage, wann Russland Kernwaffen einsetzen würde. Wurde die Schwelle von der Doktrin aus dem Jahr 2000 noch bei der Bedrohung der Sicherheit Russlands verortet, ist nun, jedenfalls im Wortlaut, die Bedrohung der Existenz Russlands das Kriterium für den Einsatz.

Kein Verzicht auf den Ersteinsatz

Eine wichtige Frage bleibt allerdings, wann von einer Bedrohung der Existenz gesprochen werden kann. Es bleibt unklar, ob und wie sich eine Trennung zwischen Sicherheitsbedrohung und der existenzieller Gefahr vollziehen lässt und ob Russland eine »rote Linie« nach außen kommunizieren kann.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist der Ersteinsatz von Kernwaffen. Russland behält sich

weiterhin das Recht vor, Kernwaffen auch bei einem konventionellen Einsatz gegen sich oder seine Verbündeten einzusetzen. Damit ist Russland in einer Linie mit den Nato-Staaten zu nennen, die noch nicht auf den Erstschatz mit Kernwaffen verzichtet haben. Welche Rolle aber Russland der Abrüstung und Rüstungskontrolle beimisst und wie Moskau die Raketenabwehr der USA in seine eigene Kernwaffendoktrin einfließen lässt, lässt sich erst sagen, wenn die offizielle Version vorliegt. ◀◀

Quellen und Links:

[Feature des James Martin Center for Non-Proliferation Studies vom 5. Februar 2010 zur neuen russischen Militärdoktrin](#)

[Margarete Klein: »Russlands Militärpotential zwischen Großmachtanspruch und Wirklichkeit: Zustand, Reformen und Entwicklungsperspektiven der russischen Streitkräfte«. Studie der SWP, Berlin, vom Oktober 2009.](#)

[Michael Schwartz: »Russian Weapon is in Need of Rescue.« *New York Times* vom 15. Juli 2009.](#)

TREND

»Sensenmann«: Seit Ende 2007 werden Kampfdrohnen MQ-9 »Reaper« von den USA in Afghanistan eingesetzt. Die Maschinen können über 30 Stunden im Einsatzgebiet kreisen und anderthalb Tonnen Munition tragen. Gesteuert werden die Drohnen vom Luftwaffenstützpunkt Creech in Nevada aus. Zwischen Pilot und Flugzeug liegen über 10.000 Kilometer.

Schonzeit für Flieger

von Michael Seibold

Foto: US Air Force

Drohnen sind im Aufwind. Ihre Technologie verbreitet sich weltweit. Die unbemannten Flugmaschinen werden über lang bemannte Flugzeuge verdrängen – und die Domäne stolzer Luftwaffenpiloten übernehmen.

►► Unbemannte Luftfahrzeuge, im Englischen »Unmanned Aerial Vehicles« (UAVs), oder ganz einfach und kurz »Drohnen« werden von Streitkräften in allen Ecken des Globus immer häufiger und immer vielfältiger eingesetzt. Erfüllten sie ursprünglich nur Aufklärungsaufgaben, so werden sie heute vor allem von der US Air Force mit Präzisionswaffen bestückt und auch immer mehr für gezielte Luftschläge benutzt. Neben den Kriegsschauplätzen Irak und Afghanistan werden Drohnen auch seit 2007 über den paschtunischen Stammesgebieten in

Pakistan eingesetzt. Dort gehören Angriffe auf die Führungsriegen der Taliban zu ihren Aufgaben. Solcher Einsatz sorgt aber immer wieder für Schlagzeilen – etwa als bekannt wurde, dass der amerikanische Geheimdienst CIA Drohnen zur gezielten Tötung einsetzte und dabei auch zivile Opfer mit in Kauf nahm. »Drones kill kids – Drohnen töten Kinder«, so das Motto einer Kampagne gegen den Einsatz von UAVs.

Rolle und Verbreitung der Drohnen werden aber dessen ungeachtet weiter zunehmen. Neben der immer größeren Einsatzdauer von UAVs bieten sie nämlich vor allem den Vorteil, dass die Piloten das Geschehen aus sicherer Entfernung lenken können und nicht abgeschossen, getötet oder gefangen genommen werden können. Dank ihrer langsamen Flugeschwindigkeit und der modernen Optiken sol-

len sie zudem besser zwischen Freund und Feind unterscheiden helfen, und so zivile Verluste auf lange Sicht reduzieren.

Besonders die amerikanische Luftwaffe setzt in Zukunft zunehmend auf die ferngelenkten Maschinen. Schon jetzt, so berichtete der britische *Guardian*, werden mehr Drohnen-Bediener/Lenker ausgebildet als Kampfpiloten. Der Entscheidungsfaktor Mensch solle aber auf jeden Fall erhalten bleiben, betonen Luftwaffengeneräle immer wieder – und machen nebenbei geltend, dass die Bedienung der Drohnen Sache der Luftwaffe und nicht etwa des Heeres wäre. Für sie stehen nebenbei Prestige und Pilotendienstposten auf dem Spiel.

Indes reichen die Planungen der US-Luftwaffenführung bis ins Jahr 2047. Darin sind neben den bekannten Drohrentypen auch Na-

no-UAVs zur Aufklärung und Kommunikation innerhalb von Gebäuden oder Großdrohnen, beispielsweise als Tankflugzeuge, vorgesehen. Billig sind die Luftgefährte keineswegs: Von 2007 bis 2010 gaben die USA insgesamt über 20 Milliarden Dollar für Entwicklung und Beschaffung der fliegenden Roboter aus. Nach Schätzungen des amerikanischen Rechnungshofes, liegen die Kosten für solche UAVs durchschnittlich 37 Prozent über den Planungen, im Falle der Hochleistungs-Aufklärungsdrohne »Global Hawk« sogar um über 280 Prozent über den ursprünglichen Veranschlagungen.

Sorgen bereitet den USA derzeit das iranische Drohnenprogramm. So erklärte US-Verteidigungsminister Robert Gates gegenüber dem Senat: Sollte der Iran Drohnen im Irak oder in Afghanistan zum Einsatz bringen, so könnte er »uns einige Schwierigkeiten bereiten.« Zwar sei die US-Luftwaffe in der Lage, amerikanische Truppen in der Kampfzone relativ gut zu schützen, womöglich könnten die Drohnen aber in die Hände von Terroristen gelangen. Immerhin: Irakische Aufständische sollen die Codes der Video-Übertragung unbekannter US-Aufklärer bereits entschlüsselt haben. Uns so gilt der Zuverlässigkeit der Datenverbindung zwischen Bodenstation und Fluggerät die größte Aufmerksamkeit der Entwickler. Auch in Deutschland befinden sich Drohnen im Aufwind. Der Einsatz in Afghanistan machte es dringend nötig, dass die Bun-

deswehr noch vor der angekündigten EADS-Entwicklung »Talarion« drei israelische Drohnen vom Typ »Heron 1« leaste. Insgesamt 110 Millionen Euro kostet das den Verteidigungsetat. Doch schon Mitte März wurde eine Aufklärungsdrohne so schwer beschädigt, dass sie nicht mehr eingesetzt werden kann – ein Pilotenfehler wird vermutet. ◀◀

Quellen und Links:

[BBC-Meldung vom 21. April 2008, inklusive Video des vermuteten Abschusses einer georgischen Drohne durch einen russischen Kampfjet.](#)

[The Guardian vom 23. August 2009](#)

[The Wall Street Journal vom 17. Dezember 2009](#)

[AFP-Meldung vom 25. März 2010](#)

[Überblick der Federation of American Scientists \(FAS\)](#)

[»Unmanned Aircraft Systems Flight Plan 2009-2047« der USAF vom 18. Mai 2009](#)



Illustration: Stefan Stahlberg

Bloggen gegen das Desinteresse

**Text und Interviews:
Stefan Stahlberg**

Die deutsche sicherheitspolitische Blogosphäre, also die Gemeinschaft der sicherheitspolitisch Interessierten im Internet, mausert sich – langsam aber stetig. Einige Blogger, die zum Teil jahrelang die Szene dominiert hatten, stellten oder schränkten ihre Arbeit ein, andere wiederum nahmen die Herausforderung an und versuchen, dem von Bundespräsident Horst Köhler formulierten »freundlichen Desinteresse« gerade über das World Wide Web entgegenzuwirken. Die Qualität der Beiträge der Blogger bleibt bislang hoch, Konkurrenzverhalten stellt sich in der kleinen Gemeinde noch nicht ein.

▶▶ Es war ein kleiner Schock für die sicherheitspolitische Blogosphäre: Um den Jahreswechsel herum haben drei der größten Blogs ihre Arbeit eingestellt beziehungsweise führen sie nur noch in stark reduzierter Weise fort. Durch den plötzlichen Tod von Michael Forster

im Dezember letzten Jahres konnte seine erst spät auf Blog-Format umgestellte Seite *Geopowers* nicht weitergeführt werden. Das bei Focus Online angedockte Blog *Augen geradeaus!* des Journalisten Thomas Wiegold wurde eingestellt. Zu guter Letzt hatte sich das *Weblog Sicherheitspolitik* im Januar 2010 verabschiedet.

Jedes Blog steht und fällt mit seinem Autor. Das ist Vor- und Nachteil zugleich. Einerseits werden so die Verluste der Blogosphäre verständlich, die in den letzten Monaten für Diskussionsstoff gesorgt haben. Anders als bei den Online-Ablegern der Tageszeitungen und Zeitschriften, die auf einen größeren Pool von Autoren zurückgreifen können, hängt die Blog-Gemeinschaft an jedem Einzelnen und besitzt damit eine gewisse Fragilität. Andererseits bietet jedes Blog eine persönliche Note und gewinnt so an Attraktivität.

Die Zahl der sicherheitspolitischen Blogger konnte man bis Ende 2009 an zwei Händen abzählen. Diese ganz bewusst aus der Ich-Perspektive schreibenden Autoren, die zu sicherheitspolitischen Themen publizieren und über eine Kommentarfunktion ein Diskussionsforum auf ihrer Seite bieten, hatten sich jedoch relativ gut vernetzt, indem sich die einzelnen Blogs untereinander verlinkten. Sei es in der so genannten Blogroll, einer Liste von Internetseiten, die vom Autor empfohlen werden, oder durch Kommentare zu Beiträgen auf den Seiten der Blogger-Kollegen. Möglicherweise hat diese Vernetzung die Blogosphäre gerettet. Denn

Ende letzten Jahres sind auch einige Blogs an den Start gegangen, die vermutlich ohne die etablierten Seiten einen schwierigeren Anfang gehabt hätten. Alte wie neue Blogger treiben dieselben Motive an: Das Interesse an sicherheitspolitischen Themen und die Möglichkeit einer selbst geschaffenen Diskussionsgrundlage. Während die Möglichkeiten des Internets mit seinen Nutzungsstatistiken dem Blogger unmittelbar die Anzahl seiner Leser verraten kann – somit auch Ehrgeiz und etwas Eitelkeit motivieren – lebt die kleine deutsche sicherheitspolitische Blog-Gemeinschaft auch von dem Wunsch, dem Desinteresse gegenüber der Bundeswehr und verteidigungspolitischen Themen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Doch wie stellt sich diese Community zusammen und was macht sie so besonders?

Abseits der Quote

Der Großteil der Blog-Autoren besteht aus Journalisten, die mit ihrer Reporter-Erfahrung, die sie bereits auch in Afghanistan sammelten, ein kompetentes Diskussionsnetzwerk über die Bundeswehr und den ISAF-Einsatz bieten, abseits der großen Netzzeitungen. Zu nennen wäre zunächst die Seite *Rang und Namen* – Sicherheitspolitik in einer verunsicherten Welt von Peter Lausmann, Nachrichtenredakteur für Politik und Wirtschaft, die seit Oktober 2009 bei der *Rhein-Zeitung-Online* untergebracht ist. In derselben Kategorie schreibt der verteidigungspolitische

Korrespondent von *FAZ.NET*, der Online-Version der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Stephan Löwenstein. Er ging bereits im April 2009 mit seinem Blog *Zur Sicherheit* an den Start. So decken beide Journalisten in ihren Beiträgen nahezu das gesamte sicherheitspolitische Spektrum ab, von rüstungs- und innenpolitischen Fragestellungen über transatlantische Problematiken bis hin zur Militärgeschichte. Während sich die beiden zwar auch, aber nur als eines von vielen Themen, der deutschen ISAF-Beteiligung und sämtlichen politischen wie militärischen Diskussionen zu Afghanistan widmen, richtet Boris Barschow, Redakteur beim Dokumentationskanal *Phoenix* und Reservist, den Fokus seit Mai 2009 mit seinem *Afghanistan-Blog* auf das Geschehen am Hindukusch. Das Blog ist aus dem 2007 entstandenen *Phoenix-Afghanistan-Blog* hervorgegangen und hat den Anspruch, abseits der quotenträchtigen Medien ernsthaft mit dem Thema Afghanistan umzugehen und dem ISAF-Einsatz der Bundeswehr zu mehr Transparenz zu verhelfen. Die offizielle Berichterstattung ist in diesem Bezug durchaus verbesserungswürdig.

Der Einfluss von persönlichem Hintergrund, Perspektive und Fokus, mit denen der Blogger schreibt, wird insbesondere deutlich, wenn man sich weitere Seiten der Gemeinschaft anschaut. Seit Mai 2007 beispielsweise schreibt der Kommunikationsberater Sascha Stoltenow im *Bendler-Blog* über die Öffentlich-

keitsarbeit des Verteidigungsministeriums mit dem passenden Untertitel Anmerkungen zur sicherheitspolitischen Kommunikation. Dessen spartanisches Design fällt bei der präzise formulierten Kritik an den kommunikativen Schwachstellen in der offiziellen Berichterstattung gar nicht auf und macht deutlich, dass es auf den Inhalt der Blog-Beiträge ankommt. Das Bundeswehr-Watchblog *Soldatenglück* von Dirk Hamel mit dem Titelzusatz *Der Streitkräfte-Blog* mit dem robusten Mandat zeigt die Ausrichtung der im Juni 2008 eingerichteten Seite. Es soll aus der Truppe für die Truppe berichten, »offen und zur Not auch unbequem«. Die kritische Berichterstattung über das Verteidigungsministerium und seinen obersten Dienstherren wird ergänzt durch den Autor im Oktober 2009 ins Leben gerufene *Zu Guttenberg-Watchblog*, in dem sowohl die Arbeit des deutschen Verteidigungsministers als er auch das mediale Echo auf dieselbe beobachtet wird.

Ein sicherheitspolitischer Gemischtwarenladen

Ganz im Unterschied zu den Kommentarseiten der großen Tages- und Wochenzeitungen halten sich die Leser der sicherheitspolitischen Blogosphäre an sachliche Kritik und die Netiquette – den Benimm-Codex im Internet. So werden die Foristen, also die Kommentatoren, selbst zu eigenen kleinen Bloggern, die jeder einen Denkanstoß als Puzzleteil zur Vervoll-

ständigung des Bildes beitragen; erst der Forist komplettiert das Blog. Diese Tatsache wird auch durch gegenseitige Kommentare auf den Seiten der Blogger-Kollegen deutlich, wenn der Blogger zum Foristen wird und nicht nur die Beiträge des Anderen liest. In ihrer Sicht auf die eigene Community sind sich die Blogbetreiber darüber einig, dass die Blogosphäre noch Entwicklungspotenzial hat. Die Wahrnehmung ihrer Seiten steigt zwar zurzeit, wird aber von den Bloggern selbst als zu gering bezeichnet. Die Sachlichkeit und Authentizität der Blogs – niemand versteckt sich hinter einem Pseudonym – sollten jedoch bei wachsender Bekanntheit auf keinen Fall verloren gehen.

Sachlichkeit und Authentizität dürfen nicht verloren gehen

Als journalistisches Instrument ist der Blogger in Deutschland kein Entscheidungsträger; er ist Verantwortlicher seines Portals zur Meinungsbildung. Die Blogger sollten weiterhin an einem Strang ziehen, um die sicherheitspolitische Debatte bündeln zu können. Dabei bietet der »Gemischtwarenladen« Blogosphäre durch die unterschiedlichen Perspektiven, Voraussetzungen und Stärken der Blogger alle Möglichkeiten für eine strukturierte Debatte. Solange er noch recht übersichtlich ist, schadet der dezentrale Charakter der Diskussion wohl kaum, sondern fördert vielleicht sogar ein leichtes Konkurrenzverhalten. Als Anfang Mai dieses

Jahres *GeoPowers* als *GeoPowers Journal* von Michael Duschka wiederbelebt wurde, machte die frohe Botschaft sofort die Runde, in Form von Glückwünschen, aber auch als Ankündigung neuer Konkurrenz. Und die belebt ja bekanntlich das Geschäft.

Egal aus welcher persönlichen Motivation jeder Blogger dieser Gemeinschaft schreibt, sei es um sich zu profilieren, aus Ehrgeiz oder um der Diskussion willen: Sie alle tragen einen kleinen, aber nicht unbedeutenden Anteil an der sicherheitspolitischen Debatte und damit auch Verantwortung. Ob diese Debatte nun auf den etablierten Blogs oder den sich langsam profilierenden neuen Seiten durchgeführt wird, alle diese Angebote können der sachlichen Diskussion nur zum Vorteil gereichen. Eine Erkenntnis, der sich auch der Macher des eingestellten *Augen geradeaus!* angeschlossen hat. Thomas Wiegold setzt seine Arbeit mittels einer *Facebook*-Präsenz fort. ◀◀

Lesen Sie auf den folgenden Seiten Interviews des *ADLAS* mit den SiPol-Bloggern Boris Barschow, Peter Lausmann und Sascha Stoltenow. ▶▶

Quellen und Links:

[Afghanistan-Blog](#) von Boris Barschow

[Augen geradeaus!](#) von Thomas Wiegold

[Bendler Blog](#) von Sascha Stoltenow

[GeoPowers Journal](#) von Michael Duschka

[Rang und Namen](#) von Peter Lausmann

[Soldatenglück](#) von Dirk Hamel

[Weblog Sicherheitspolitik](#)

[Zu Guttenberg-Watchblog](#) von Stefan Stahlberg

[Zur Sicherheit](#) von Stephan Löwenstein



»Jeder Bürger hat sich für Sicherheitspolitik zu interessieren«

Afghanistan-Blog



Sicherheitspolitik, Nachrichten, Meinungen und andere Blickwinkel...

[Home](#) [Bloggedanken](#) [Der Autor](#) [Rückblick 2008/09](#) [Schulhilfe Kabul](#) [Melmapalena](#) [TV-Tipps](#) [Impressum](#)

ADLAS: Herr Barschow, verraten Sie uns Ihre Motivation, ein sicherheitspolitisches Blog zu betreiben.

Boris Barschow: Das war das Versprechen an einen afghanischen Schuldirektor, ihm und seiner Schule nach dem Einsatz zu helfen. Als ich mein Buch »Kabul, ich komme wieder« schrieb, erhielt ich die zweite Einsatzanfrage und konnte so mein Versprechen einlösen. Die resultierende Spendenaktion hatte ich durch ein Blog begleitet. Nach insgesamt drei Einsätzen als Reservist habe ich so meine Erfahrungen in Afghanistan gesammelt: Wenn es mit dem eigenen Leben zweimal knapp hätte zu Ende sein können, dann verändert man sich. Und ich leide genauso unter der gesellschaftspolitischen Ignoranz wie viele Soldaten, die täglich ihr Leben riskieren – als Staatsbürger in Uniform. Der bin ich auch. Ich bin also betroffen. Und ich möchte die guten Geschichten Afghanistans erzählen, die wir in unseren Medien nicht entdecken können. Als Soldat kann ich ja mein Journalisten-Hirn nicht abstellen: Ich bin konditioniert, immer beide Seiten einer Medaille aufzeigen. Und mich nervt die mediale Ignoranz der letzten Jahre. Mit dem Blog möchte ich die Menschen interessieren. Jeder, der alle vier Jahre ein Kreuzchen setzt,

wählt auch Sicherheitspolitik mit. Das ist nur vielen nicht bewusst. Alle Bürger dieser Gesellschaft haben sich zu interessieren – auch für Sicherheitspolitik – das ist die Verantwortung eines jeden. Wir leben in einer Demokratie, und in der darf sich jeder einmischen. Bloggen ist auch gelebte Demokratie. Ich hasse das gesellschaftliche Scheuklappendenken. Ja, weil ich selber betroffen bin, deshalb blogge ich.

Wie sieht die »typische« Arbeit eines Bloggers aus?

Das beginnt mit dem Gutenmorgenkaffee. Dann Newslage checken, erste Posts hochladen. Wenn's geht, eigene Erfahrungen aus dem Einsatz den Berichten aus den Medien gegenüberstellen. Als Journalist habe ich mittlerweile ein sehr dichtes »Netzwerk Afghanistan«, so dass mir viele Geschichten auch zugetragen werden. Abends dann nach der *Tagesschau* und dem *heute journal* beantworte ich die ganzen Posts der Leser. Dann beginnen das Kerngeschäft des Blogs und die intensivste Zeit.

Wünschen Sie sich mehr Diskussionen und Kommentare innerhalb der sicherheitspolitischen Blogosphäre?

Ja. Wir sind immer noch zu wenig SiPol-Blogger, gemeinsam wären wir stärker. Wir werden immer mehr wahrgenommen, aber es langt (noch) nicht zu bewegen.

Wie sehen Sie die Entwicklung der deutschen sicherheitspolitischen Blogosphäre?

Sie steckt noch in den Kinderschuhen. Medienunternehmen trauen sich langsam, selber zu bloggen, aber auch diese Blogs bewegen noch zu wenig. Anders in den USA, dort sind Blogs wirksame Instrumente. Ein Traum wäre, hauptberuflich als Journalist zu bloggen – von den Hotspots dieser Welt, weil es authentisch ist. Blogs werden in hoffentlich naher Zukunft immer wichtiger. Zum Thema SiPol sind wir (noch) erfolgreiche Pioniere – ist ja auch nicht schwer, weil es zurzeit immer noch zu wenig sicherheitspolitische Quellen und Leitmedien gibt.



»Mit dem Blog genieße ich größere Freiheit«

Rang und Namen

Peter Lausmann

Sicherheitspolitik in einer verunsicherten Welt

Startseite

Autoren & Themen

RSS Feeds

Impressum

RZ-Online

rZblog

ADLAS: Herr Lausmann, warum führen Sie ein sicherheitspolitisches Weblog?

Peter Lausmann: Die Sicherheitspolitik hat durch den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan in der Öffentlichkeit mittlerweile eine viel höhere Bedeutung als noch vor einigen Jahren. Insofern lohnt es sich auch als Nachrichtenredakteur einer Regionalzeitung, sich in die Thematik einzuarbeiten. Schnell kommt man allerdings an den Punkt, an dem man die Fülle an Informationen gar nicht mehr in der gedruckten Zeitung unterbringen kann. Was nur logisch ist, da wir das Leben aller Menschen in der Region abbilden wollen und nicht nur für den militärisch interessierten Teil schreiben. Zugleich ist dieser allerdings gerade im Raum Koblenz/Bonn sehr hoch und vor allem sehr kompetent. Durch die enge Begrenzung im gedruckten Blatt würden viele Informationen ungenutzt bleiben. Mit den zahlreichen wichtigen Dienststellen im direkten Umkreis wäre es pure Verschwendung, würde man nicht nach einem alternativen – platzunabhängigen – Weg suchen, um diese Hintergründe journalistisch zu verwerten. Die Blog-Plattform der Rhein-Zeitung bietet die Möglichkeit, Themen aus anderen Perspektiven und per-

sönlicher zu betrachten, als man es in einer Tageszeitung erwarten würde. Die Ergänzung übt einen großen Reiz aus, zumal das Blog von den sonstigen logistischen Zwängen des gedruckten Produktes unabhängig ist. Kurzum: Mit dem Blog genieße ich größere Freiheit.

Wie sieht die »typische« Arbeit eines Bloggers aus? Wie gehen Sie vor?

Ich würde mich nicht als typischen Blogger bezeichnen – auch aus Respekt vor den »wirklichen« Bloggern. In erster Linie bin ich Nachrichtenredakteur einer Tageszeitung. Insofern: »Print first!« Darüber hinaus ist das Blog ein Bonus, den ich mir dann erlauben kann, wenn genug Zeit übrigbleibt. Also meist abends am heimischen Schreibtisch. Mir geht es eher darum, Themen tiefer zu reflektieren und dabei vor allem die persönlichen Erfahrungen bei Reisen und Terminen sowie die vielen Hinweise aus zahlreichen Gesprächen zu nutzen. Porträts und Hintergründe lesen sich – vorausgesetzt, sie sind gut geschrieben – für den Interessierten meist spannender als die reine Nachricht. Ich versuche also, meinen realen Standort Koblenz virtuell auszuspielen.

Wünschen Sie sich mehr Diskussionen und Kommentare innerhalb der sicherheitspolitischen Blogosphäre?

Die meisten Diskussionen wollen nahezu in Echtzeit geführt werden, was zeitlich nicht immer zu machen ist. Insofern sehe ich in der sicherheitspolitischen Blogosphäre einen Gemischtwarenladen, der von der Solidarität und den unterschiedlichen Stärken der Betreiber lebt. Nur in der Vernetzung ist man dem Web 2.0 gewachsen.

Wie sehen Sie die Entwicklung der deutschen sicherheitspolitischen Blogosphäre?

Der momentane Rückgang ist nur eine zeitweilige Erscheinung. Das kann sich binnen weniger Monate schon wieder ändern. Allerdings ist klar, dass die inhaltliche Kompetenz eines Blogs wie Geopowers nicht einfach ersetzt werden kann.

Was muss ein SiPol-Blog leisten?

Einordnung, Sachlichkeit und eine persönliche Note, die ihn von anderen Angeboten unterscheidet, wie der Zugang zu exklusiven Quellen.



»Was die bisherigen Blogs machen, ist sehr bescheiden«

Bendler-Blog

Anmerkungen zur sicherheitspolitischen Kommunikation

ADLAS: Herr Stoltenow, was motiviert Sie, ein sicherheitspolitisches Weblog zu betreiben?

Sascha Stoltenow: Aus Interesse, Eitelkeit, Lust an der Debatte – und weil ich glaube, als Hybrid aus ehemaligem Kampftruppenoffizier, OplInfo-Redakteur und Kommunikationsberater eine originale Perspektive auf das Thema Sicherheitspolitik anbieten zu können.

Welche Resonanz haben Sie auf Ihre Blogtätigkeit?

Gegenfrage: Woran soll ich sie messen? Wenn man bei Google nach »Bundeswehr« und »Kommunikation« sucht: Auf der ersten Seite der Trefferliste zu stehen, schmeichelt schon der Eitelkeit. Selbst wenn vermutlich die Hälfte meiner unique visits Robots sind, finde ich die Anzahl meiner Leser schon sehr erstaunlich. Das sollte man aber nicht mit Relevanz verwechseln, denn die Wahrheit ist, dass ich nicht Teil eines In-Circles bin, der Entscheidungen beeinflussen kann. Ich bin Beobachter, und das ist eine komfortable Position. Die für mich wertvollste Resonanz ist, dass Menschen, die sich für das Thema interessieren, vermehrt das Gespräch mit mir suchen, und mir teilweise sagen,

dass die Vorschläge, die ich zur Diskussion stelle, hilfreich seien.

Wie sehen Sie die Entwicklung der deutschen sicherheitspolitischen Blogsphäre?

Das Gute ist: Es gibt sie. Allerdings hat sie kaum Relevanz. Nicht innerhalb der Blogosphäre, und schon gar nicht dort, wo die Entscheidungen fallen. Blogger – mich eingeschlossen – erinnern mich immer ein bisschen an Gerhard Schröder, der am Zaun des Kanzleramtes steht und ruft. »Ich will hier rein.« Dürfen wir aber nicht, beziehungsweise nur ein bisschen. Das hängt auch damit zusammen, dass sich auch die Medien dessen nicht wirklich annehmen. So hat der *Focus* das Blog von Thomas Wiegold nicht weiter geführt, und Stephan Löwenstein bei der *FAZ* ist auch eher Gelegenheitsblogger. Die Verbandsmedien wiederum sind online nur sehr verhalten unterwegs, ebenso die sicherheitspolitischen Zeitschriften, wobei sich letztere ja ohnehin nicht durch kritischen Journalismus auszeichnen, sondern eher Abspielstationen für die Werbung und Marketingtexte der Rüstungsindustrie sind. Diese Lücke nutzt ganz geschickt die FDP mit ihrem Blog *Außen- & Sicherheitspolitik*, das

aber halt auch Partei-PR und Austragungsort letzter Gefechte von ehemaligen Generalen ist. Auch die Think Tanks sind nicht wirklich aktiv in der Blogosphäre, obwohl sie einige Substanz einbringen könnten. Technisch und inhaltlich ein Totalausfall sind die Institute der Bundeswehr, also die Führungsakademie, die Akademie für Information und Kommunikation, das Sozialwissenschaftliche Institut et cetera.

Was muss ein SiPol-Blog leisten?

Das, was die bisherigen Blogs machen, ist sehr bescheiden, vor allem aber eindimensional, sprich ausschließlich aus Perspektive der jeweiligen Macher. Dabei ist auch nicht immer die Agenda klar, weil nicht jeder Blogger transparent macht, was ihn treibt, oder wer ihn stützt. Ein wirklich relevantes Blog müsste den Anspruch haben, die sicherheitspolitische Debatte zu bündeln und zu strukturieren. Vielleicht wäre es eine Idee, wenn sich die sicherheitspolitischen Redakteure in Deutschland und die führenden Institute mal zu einem Gemeinschaftsprojekt zusammen fänden. Das wäre ein deutliches Signal. Allerdings stehen da vermutlich wieder die Partikularinteressen entgegen. ◀◀

Da war doch was

von Michael Seibold

Foto: Eric Schockmel/Wikimedia Commons/lizenziert gemäß
Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0

Das Medienecho war enorm: »Robbe bemängelt Ausrüstung der Truppe« oder »Harsche Kritik an Ausbildung und Ausrüstung« titelten die deutschen Zeitungen und bezogen sich auf den Jahresbericht 2009 des Wehrbeauftragten. Leider aber griffen die Medien den Bericht erst mit dreiwöchiger Verspätung so massiv auf, als am Karfreitag drei deutsche Soldaten in Afghanistan gefallen waren. Vorher war der Bericht, der viele Mängel anspricht, nur unter »ferner liefen« zu finden.

►► Am 16. März dieses Jahres stellte Reinhold Robbe, vormaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages seinen fünften und letzten Jahresbericht vor. Weit über 5.000 Eingaben hatten er und seine Amtsmitarbeiter im Jahr 2009 bearbeitet sowie 42 Truppenbesuche von Bad Reichenhall bis Washington durchgeführt.

Im Zentrum der Betrachtungen stehen die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Kritik äußert er dabei an den bestehenden Führungs- und Entscheidungsstrukturen der Bundeswehr: Der Alltag in den Streitkräften sei geprägt durch unübersichtliche Führungsverantwortung, Bürokratie, Reibungsverluste und veraltete Personal-

und Materialplanung. Den Ansprüchen einer modernen Einsatzarmee werde die Bundeswehr damit nicht gerecht, so Robbe. Aber auch auf andere Probleme ging der Bericht ein: den immer noch fehlenden Rückhalt in der Bevölkerung – das oft zitierte »freundliche Desinteresse« –, die sich dramatisch verschlechternde Personallage im Sanitätswesen oder die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate.

Auf eben solches freundliches Desinteresse stieß auch der Jahresbericht selber: Eher pflichtschuldig denn wirklich interessiert an den Kritikpunkten wirkten viele der kurz gehaltenen Nachrichtenbeiträge. Lediglich der angesprochene Ärztemangel wurde wenigstens teilweise etwas ausführlicher behandelt. Kritikpunkte, die schon in den Vorjahren immer wieder angesprochen worden waren – und dazu zählten Ausrüstungsmängel – wurden meist nur nebenbei erwähnt. Sie boten offensichtlich zu wenig Neues, als dass sich detaillierte Berichterstattung gelohnt hätte. Stattdessen konzentrierte sich die Berichterstattung auf den Nachfolger Robbes, Hellmut Könighaus. Spekulationen über dessen Nominierung und Qualifikationen – er sei nur die dritte Wahl der FDP-Spitze für das Amt ge-

wesen – schienen die nüchterne Bestandsaufnahme des scheidenden Wehrbeauftragten zu verdrängen.

Mit den Gefechten vom Karfreitag, den 2. April, änderte sich die Berichterstattung aber schließlich doch noch. Entdeckt wurden Robbes Hinweise auf mangelnde Ausrüstung und Ausbildung der Einsatzkontingente. Das lebensrettende »Übe, wie Du kämpfst!« sei nur eingeschränkt möglich gewesen, nicht zuletzt, weil zu wenig geschützte Fahrzeuge zur Einsatzvorbereitung zur Verfügung standen. Erfahren hatte der Wehrbeauftragte von diesen Mängeln wohl auch durch einen Besuch der Fallschirmjägerbataillone 313 und 373 – jener Verbände also, denen die am Karfreitag gefallenen Soldaten angehörten.

Eintagsfliegen der medialen Aufmerksamkeit

Die Warnungen Robbes fanden nun plötzlichen, starken Widerhall: Verteidigungspolitiker der verschiedenen Parteien, hochrangige, ehemalige Soldaten, Vertreter des Bundeswehrverbandes drängten nun mit Forderungen nach besserer

Ausrüstung und dem Einsatz schwererer Kampfmittel an die Öffentlichkeit. Auch Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erklärte, den Bedarf der deutschen Kräfte in Afghanistan erneut zu prüfen zu wollen – und kündigte drei Wochen später an, dass zwei Panzerhaubitzen und TOW-Lenkflugkörper nach Kunduz verlegt würden.

Bemerkenswert an diesem Stimmungswandel war die Art, mit der einige Journale den Politikern vorwarfen, das Problem lange missachtet zu haben und ihr Fähnchen nach dem Wind zu drehen: Erst aufgrund der allgemeinen Bestürzung nach dem Tode der drei Soldaten hätten sie das Thema öffentlich angesprochen, obwohl ihnen entsprechende Dokumente, die auf die Mängel hinwiesen, schon lange bekannt gewesen seien. Dabei vergaßen die Journalisten aber, dass auch ihnen solche Dokumente – allen voran der Jahresbericht des Wehrbeauftragten – vorgelegen hatten. Hätten nicht auch sie in ihrer Berichterstattung früher und intensiver auf die Kritik Robbes eingehen können? ◀◀

Quellen und Links:

[Bericht des Wehrbeauftragten 2009](#)

[Meldung der Tagesschau vom 16. März 2010](#)

[Bericht von SpiegelOnline vom 6. April 2010](#)



Foto: Alterfoto/istock

Zuviel Bürokratie

Einsatzfähigkeit und Dienstbetrieb der Bundeswehr leiden unter zunehmender Bürokratie. In der Heimat führen Fehler bei der Personalbearbeitung und bei der Beförderung zu Frustrationen, im Einsatz verzögert sich die Anschaffung wichtiger Ausrüstungsgegenstände. Ein Beispiel ist die Anschaffung von Schutzbrillen: So erfolgte die Freigabe von Haushaltsmitteln erst vier Monate, nachdem die Einsatznotwendigkeit solcher Brillen festgestellt worden war.



Foto: ISAF

Zuwenig geschützte Fahrzeuge

Um dieses Problem kreisten die Medienberichte nach den Gefechten bei Kunduz besonders stark. Problematisch ist dabei nicht nur das Problem, dass bisweilen im Einsatz nur auf nicht-geschützte Fahrzeuge zurückgegriffen werden kann, sondern auch, dass für die Ausbildung an den moderneren Gefährten keine oder nur wenige Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Viele Soldaten beklagten daher gegenüber dem Wehrbeauftragten, dass sie vor dem Einsatz nur eine rudimentäre Einweisung an gepanzerten Fahrzeugen erhalten hätten. Drillmäßiges Üben, das Handlungsfähigkeit auch in Extremsituationen gewährleisten soll, sei so nicht möglich. ▶▶



Foto: Bundeswehr

Anerkennung und Solidarität gefordert

Der Wehrbeauftragte erwähnt in seinem ausdrücklich das von Bundespräsident Horst Köhler beklagte Desinteresse der deutschen Öffentlichkeit für das deutsche Militär. Viele Soldaten klagten über mangelnden Rückhalt und fehlende »moralische Unterstützung«. Diese Anerkennung der Leistungen der Soldaten soll aber nicht automatisch gleichgesetzt werden mit politischer Akzeptanz der Einsätze. Die Anteilnahme, »ehrliches menschliches Interesse«, das in vielen Ländern selbstverständlich sei, fehle in Deutschland noch. Wie die große Resonanz zum Beispiel auf den Fernsehfilm »Willkommen zu Hause« zeige, welcher sich mit posttraumatischen Belastungsstörungen auseinandersetzt, gebe es aber immer wieder Beispiele für Solidaritätsbekundungen.



Foto: Bundeswehr

Schlagzeilen über den Sanitätsdienst

»Der Bundeswehr gehen jetzt die Ärzte aus.« Diese deutliche Aussage war eines der Kernthemen während der Vorstellung des Berichts. Im Vorfeld des Gefechts vom Karfreitag konzentrierte sich die Berichterstattung vor allem auf diesen Punkt. Und so ist es auch: Der Mehrbedarf an Ärzten – bedingt unter anderem durch die Auslandseinsätze – kann nicht mehr gedeckt werden. Grund dafür sind viele vorzeitige Kündigungen von Ärzten, die an privaten Kliniken weit bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. Zudem hat sich die Bewerberlage stark verschlechtert: Zwischen 2006 und 2009 fiel die Zahl der Sanitätsoffizierbewerber beispielsweise um die Hälfte. Besonders sticht hier hervor die sehr scharfe Kritik Robbes am Inspekteur des Sanitätsdienstes Generaloberstabsarzt Kurt-Bernhard Nakath. So sei es »der Sanitätsführung aus nicht nachvollziehbaren Gründen nicht gelungen, den negativen Trend beim Personal aufzuhalten.«



Foto: Stahlkocher/Wikimedia Commons/ lizenziert gemäß Creative Commons Attribution ShareAlike 3.0

Noch mehr Ausrüstungsmängel

Neben geschützten Fahrzeugen ist die Ausrüstung der Soldaten auch in anderen Bereichen mangelhaft oder in nicht ausreichender Zahl beschafft worden. So gibt es zum Beispiel in Afghanistan noch keinen Tauschvorrat für die Nachtsichtbrille LUCIE. Sobald eine Brille beschädigt sei, müssten Soldaten bis zu drei Wochen auf die Reparatur warten. Waffenstationen für Maschinengewehre oder automatische Granatwerfer in Afghanistan werden erst im dritten Quartal dieses Jahres auf den Patrouillenfahrzeugen installiert. Sie sind angesichts der erhöhten Bedrohungslage notwendig, um den Soldaten mehr Feuerkraft zu verleihen. Und im Inland leiden Truppenteile unter Ersatzteilmangel, da die Einheiten in Afghanistan mit Vorrang beliefert werden. Ein Hubschrauberregiment verbringe nur noch zehn Prozent der Dienstzeit mit dem eigentlichen fliegerischen Dienst. Mit der Reduktion der Flugstunden häufe sich die Anzahl fliegerischer Zwischenfälle in diesem Verband.



Wachablösung für Sisyphos

von Marcus Mohr

Die aufgerissene Straße in Berlin vor dem Sitz des Ombudsmannes der Bundeswehr scheint ein Symbol für die Arbeit des Amtsinhabers zu sein: Hellmut Königshaus übernimmt eine Dauerbaustelle.

►► »Kämpferisch«, möchte man sagen, wirkt Hellmut Königshaus in den letzten Tagen vor seiner Amtsübernahme als elfter Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Besucher empfängt er ärmelaufkrempehend in seinem Bundestagsbüro – das Zeichen des Politikers, der »die Dinge anpacken« will. Und viel Arbeit liegt vor dem Liberalen, auf die sein Vorgänger, der Sozialdemokrat Reinhold Robbe, im letzten Bericht des Wehrbeauftragten hingewiesen hat. Der benannte deutlich Missstände im Ausbildungswesen und machte sogar den Inspekteur des Sanitätsdienstes Generaloberstabsarzt Kurt-Bernhard Nakath persönlich verantwortlich für den beklagenswerten Zustand in dessen Zuständigkeitsbereich. Der Jurist Königshaus nimmt sich vor, noch mehr ins Detail zu gehen. Ihn erwartet eine Sisyphos-Aufgabe, aber es scheint ihn nicht anzufechten.

Den Vorgeschmack auf sein zukünftiges Arbeitsklima hatte er bereits Wochen vor Amtsantritt erlebt: Für seinen Einwurf in die Diskussion um die Ausstattung der Bundeswehr-Mission in Afghanistan, man könne auch Kampfpanzer dorthin verlegen, wurde er von vielen Medien abgestraft und von der Kanzlerin gerügt. Doch Königshaus bleibt bei dem Prinzip, denn seiner

Foto: Marcus Mohr

Ansicht nach wird über »schwere Waffen anders geredet werden müssen«. Die Erfahrung mit dem Rauschen im Blätterwald sitzt aber. »Das ist das Dilemma der Politik«, meint Königshaus. »Wie kann sie Notwendigkeiten vermitteln? Wie soll sie mit dem Druck der Öffentlichkeit umgehen?« Die mediale Kurzlebigkeit von Nachrichten und Themen sei da kaum hilfreich. Unfaire, oberflächliche Berichterstattung und »Suchen nach dem Negativen« wirft der ehemalige Zeitsoldat einigen deutschen Zeitschriften vor. Die Folge laut Königshaus: »Anlässlich der jüngsten Ereignisse in Afghanistan erlebe ich mehr Zynismus.« Auf der anderen Seite stellt er aber auch mehr Empathie für die Lage der Soldaten fest. Und in der Tat haben einige regionale Tageszeitungen auf Königshaus' Leopard-Vorschlag recht differenziert geurteilt, anstatt ihn pauschal abzulehnen.

Ein Jahr hat Königshaus nun Zeit, um dem Amt seinen persönlichen Stempel aufzudrücken, dann muss er seinen ersten Bericht dem Parlament vorlegen. Was auf ihn zukommt, weiß er: »Die Bundeswehr muss den Mangel verwalten.« Dabei sind nach Königshaus die tatsächlichen einsatzbedingten Kosten im Wehretat noch gar nicht adäquat berücksichtigt, während Anschaffungen von Großgeräten, wie zum Beispiel das Flugabwehrsystem MEADS, »weit in der Zukunft liegen«. Welchen Einfluss der Wehrbeauftragte, der für das Amt sein Parlamentsmandat niederlegen muss, aber noch auf den Verteidigungshaushalt hat, wird Königshaus neu ausloten müssen. ◀◀

Gewagte Worte oder alter Hut?

Völlig überraschend trat Bundespräsident Horst Köhler am 31. Mai dieses Jahres zurück. Seine Begründung: Der heftigen Kritik an seinen Interview-Äußerungen über deutsche Interessen und militärische Mittel auf dem Rückweg von einem Truppenbesuch in Afghanistan fehle es am Respekt vor dem Amt des Staatsoberhauptes. Neben vielen anderen empörten Stimmen verglich der Grüne Jürgen Trittin Köhlers Aussagen sogar mit einer »Kanonenbootpolitik«. Für das eigene politische Lager bezeichnete Christdemokrat Ruprecht Polenz die Worte des Präsidenten als »missverständlich«. Eine Gegenüberstellung des Wortlauts mit dem Weißbuch der Bundesrepublik aus dem Jahr 2006.

Aus dem Interview mit Horst Köhler

»Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.«

Das vollständige Interview vom 22. Mai 2010 auf Deutschlandradio.de

Aus dem Weißbuch 2006

»Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom freien Austausch von Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.«

»Neben politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und anderen zivilen Mitteln tragen in diesem breiten Ansatz auch militärische Mittel wirksam zur Abwendung von Gefahren bei.«

»Darüber hinaus ist Deutschland aufgrund seines großen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen hohen Abhängigkeit von sicheren Transportwegen und -mitteln in globalem Maßstab verwundbar. Als rohstoffarmes Land ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr abhängig.«

»Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Unterbrechungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Wirtschaftsstrukturen, Wohlstand und sozialen Frieden im Lande und damit auf unsere Sicherheit.«

»Vorrangige Interessen deutscher Sicherheitspolitik bestehen darin, die europäische sowie transatlantische Sicherheit und Stabilität zu stärken, den Wohlstand des Landes durch einen freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen, Krisen und Konflikte, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen, vorbeugend einzudämmen und zu bewältigen, die Grundsätze der Demokratie, die internationale Geltung der Menschenrechte und die weltweite Respektierung des Völkerrechts zu befördern, sowie die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen zu überwinden.«

[Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006](#)

Foto: nebe/Wikimedia Commons/lizenziert gemäß [Creative Commons Attribution Share Alike 2.0 unported](#)

Auf der Spur von W9 minus 3

von Andreas Ahammer und Stephan Nachtigall

Seit der Entscheidung, den Grundwehrdienst auf sechs Monate zu Verkürzen wurde eine Menge spekuliert. Wie würde »W6« im Jahr 2011 aussehen? Bevor jedoch die richtigen Antworten gefunden werden konnten, erschütterten die jüngsten Ereignisse in Afghanistan die Bundesrepublik. Währenddessen denkt Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg bereits laut über ein Aussetzen der Wehrpflicht nach. In der Halbzeit zum neuen Grundwehrdienst soll nun der Fokus auf die bisherige Debatte gelegt werden.

▶▶ Der Sommer ist gekommen und viele Jugendliche sitzen rauchenden Kopfes in den Berufsschulen und Gymnasien. Recht so, möchte man in Anbetracht der anstehenden Abschlussprüfungen meinen. Der Jahrgang 2010 wird bald in das, für die meisten noch abstrakte, Erwerbs-

leben entlassen. Für die jungen Männer unter ihnen steht allerdings noch der Wehr- oder Wehrersatzdienst bevor. Ob man dieser Tage in deren Haut stecken möchte, wird man als ehemaliger Wehrdienstleistender vieler Orten gefragt. Erinnert man sich doch noch allzu gut an die Musterung im eher befremdlich wirkenden Kreiswehersatzamt und an die Gedanken über die weitere Lebensplanung, die sich unmittelbar an Grundwehr- und Zivildienst orientiert haben. Der Einstieg in das Berufsleben oder die Wahl des Studiums bis hin zur persönlichen Partnerschaften wurden von dieser Entscheidung wesentlich beeinflusst. Hat man doch ohnehin schon mehrere Etappen auf dem Weg zum Grundwehrdienst oder zum Zivildienst nehmen müssen, so steht die wehrpflichtige Generation 2010 durch den ungewissen sechsmonatigen Grundwehrdienst »W6« zwischen mehr als zwei

Stühlen. Nein, in aller Regel möchte man wirklich nicht mit ihnen tauschen.

Politiker und Journalisten, so einmal Altbundeskanzler Helmut Schmidt, teilen sich das Schicksal, dass sie heute über Dinge reden, die sie morgen erst ganz verstehen. Dem wissenschaftlich ausgebildeten Begleiter der Wehrpflicht wird es momentan nicht anders gehen. Ihm bleibt lediglich die Recherche in der Tagespresse und in den wenigen Fachzeitschriften, um annähernd nachzuvollziehen, was sich seit den Koalitionsverhandlungen zum Thema Wehrpflicht getan hat. Unter dem Eindruck der Geschehnisse in Kunduz ist es verständlich, dass die Berichterstattung Nachrichten von einer Wehrpflicht-Kommission vermissen ließe. Erst im März diesen Jahres sollte die Wehrpflicht wieder ein Thema sein: Zwar ohne ein Wort über eine Kommission zu verlieren, aber mit der

Nachricht, dass der Grundwehrdienst bereits ab dem 1. Oktober verkürzt werden würde. Für den geneigten Begleiter der Wehrpflicht keine Überraschung, wurde doch nach Auskunft ministerieller Kreise bis dato jede Verkürzung des Grundwehrdienstes für die zu diesem Zeitpunkt bereits Einberufenen vorgenommen.

Ebenfalls konnte man der Tagespresse und Agenturberichten entnehmen, dass es seitens des Verteidigungsministeriums ein Konzept für die Verkürzung gebe, dass nun im parlamentarischen Raume diskutiert werden wolle. Die Verkürzung der Allgemeinen Grundausbildung mit Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse der Teilstreitkräfte, die künftige Einberufung von mehr Grundwehrdienstleistenden und der Widerstand des Koalitionspartners FDP sowie der Opposition waren die einzigen Informationen, die diese Berichterstattung begleiteten. Stimmen wurden laut, die nach der konkreten, aber vor allem sinnvollen Ausgestaltung des Grundwehrdienstes W6 fragten. Auch die Ministerpräsidenten der Länder meldeten sich vereinzelt zu Wort. Schließlich sind sie es, die im Bundesrat über die Angelegenheiten betreffend der Wehrpflicht mit zu entscheiden haben.

Wie zu erwarten entzündete sich – trotz der sieben innerhalb von 14 Tagen in Afghanistan gefallenen Bundeswehrsoldaten – nun auch eine erneute Diskussion um den dem Grundwehrdienst nachrangigen Zivildienst sowie um die Einführung einer Berufsarmee. Themen, die in Anbetracht der eindeutigen Aussage des Koali-

tionsvertrages als geklärt erscheinen sollten. Vor diesem Hintergrund mag es nur verständlich sein, dass der irritierte zukünftige Wehrpflichtige des Abschlussjahres 2010 den Eindruck gewinnen musste, dass die Debatte mehr an dem Thema vorbei als am Thema selbst geführt wird. An dieser Stelle nicht zu vergessen ist die Generation der Väter und Brüder: Fast neun Millionen männliche Bundesbürger haben als Wehrpflichtige, also nicht als Zeit- oder Berufssoldat, Wehrdienst geleistet. Mangels Kommunikation scheinen diese ihre unterschiedlichen Eindrücke und Erfahrungen auf einen Grundwehrdienst W6 nicht mehr »anwenden« zu können.

» Die wehrpflichtige Generation 2010 steht zwischen mehr als zwei Stühlen.«

Betrachtet man die vergangenen sechs Monate, so steht am vorläufigen Ende eine Strukturkommission, die unter dem Eindruck einer erneuten Ausrüstungsdebatte einer geänderten Afghanistanstrategie ihre Arbeit aufnimmt, aber Fragen der Wehrpflicht bitteschön unangetastet lässt. Ein weiteres Randgebiet, die Diskussion um die »Ossifizierung« der Bundeswehr, schien die gesellschaftliche Debatte von jedem Pfad der

Sachlichkeit abzubringen. Was mit dem neuen Wehrdienst W6 aus ministerieller Sicht auf die Bundeswehr und auf den Abschlussjahrgang 2010 zukommt, kann nur anhand von miteinander korrespondierenden Meldungen konstruiert werden.

Als eine der ersten haben die *Griephan Briefe* konkrete Informationen zur Ausgestaltung des Grundwehrdienstes W6 gemeldet. Diese vermitteln, unter Einbeziehung weiterer Zeitungsartikel im Betrachtungszeitraum, erste Konturen des neuen Grundwehrdienstes. Bisweilen wurden diese aus dem parlamentarischen und ministeriellen Raum bestätigt.

Soweit sich ein Bild des neuen Grundwehrdienstes zeichnen lässt, wird man aller Wahrscheinlichkeit nach am »Wehrpflichtigen in der Truppe« festhalten, obgleich das Heer geplant haben soll, Grundwehrdienstleistende nicht mehr in Truppenteilen zu verwenden, die an Auslandseinsätzen teilnehmen.

Die Wehrpflicht soll, so zeichnet es sich ab, weiterhin einen wichtigen Platz in der Nachwuchsgewinnung der Streitkräfte einnehmen. Dazu sollen die Grundwehrdienstleistenden nach ihrer Grundausbildung auf »in der Truppe« eingesetzt werden. Damit würde den potentiell länger Dienenden dem Arbeitgeber Bundeswehr näher gebracht. Jedoch ist an dieser Stelle fraglich, ob man damit den jahrelangen Beschwerden des »Gammeldienstes« begegnen kann? Erscheint die kürzere Dienstzeit auf einem Dienstposten nicht gerade als »Ver-

schlimmbesserung« des jahrelangen Problems? Ferner werden damit auch nicht die schon lange bekannten Fragen nach der Bedienung immer komplexer werdender (Waffen-)Systeme beantwortet. Kurzum: Ist das der »Stallgeruch« der Truppe, von dem im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung gesprochen wird?

Ferner wird angedacht, die Allgemeine Grundausbildung in allen Teilstreitkräften und militärischen Organisationsbereichen individuell auszugestalten. Die Verantwortung läge hier bei den jeweiligen Inspektoren. Eine dreimonatige Grundausbildung soll lediglich beim Heer weiter fortbestehen. Im Bereich der Luftwaffe, der Streitkräftebasis, des Zentralen Sanitätsdienstes und zum Teil auch in der Marine soll die Grundausbildung zu einer zweimonatigen Basis-Grundausbildung umgewandelt werden.

Langjährig mit der Grundausbildung betraute Offiziere und Unteroffiziere bemerken zu Recht, dass mit dem Aufbrechen der Teilstreitkräfte übergreifenden, dreimonatigen Grundausbildung zum »Wach- und Sicherungssoldaten Streitkräfte«, ein Modell aufgegeben wird, das bisher einen gemeinsamen Abholpunkt für alle Soldaten der Bundeswehr gebildet hat. Ferner stellt sich die Frage, welche Rolle Ausbildungsinhalte wie die politische Bildung oder der lebenskundliche Unterricht zukünftig einnehmen werden. Was wird aus attraktiven Angeboten wie dem Berufsförderungsdienst, die ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber dem Zivildienst darstellen? Die Verkürzung des Grund-

wehrdienstes auf die Dauer der Allgemeinen Grundausbildung »umzulegen« ist eine Maßnahme, die sich wohl auf alle zukünftigen Soldaten der Bundeswehr auswirken wird. Mit den individuellen Ausbildungszeiten geht auch eine Änderung in der Einberufungspraxis einher: Während das Heer und die Marine an der quartalsweisen Einberufung festhielten, würden die Luftwaffe, die Streitkräftebasis und der Zentrale Sanitätsdienst auf eine sechstalsweise Einberufung umstellen. Dies würde zur Folge haben, dass es fortan acht Einberufungstermine im Jahr gäbe.

Ohne jeden Zweifel eine Mammutaufgabe für die Wehrverwaltung, die auch Kosten produziert. Darüber hinaus könnte der Fall eintreten, dass beispielsweise ganze Abiturjahrgänge bestimmte Teilstreitkräfte gar nicht mehr kennen lernten. Würde der Zentrale Sanitätsdienst zu weit vor oder zu weit nach dem Abitur einberufen, dann wird man dem Mangel an Sanitätsoffizieren bei der Bundeswehr, zumindest aus der Truppe heraus, nicht begegnen können. Es erscheint vor dem Hintergrund einer Diskussion um Erwerbseintrittsalter auch nicht realistisch, das man einen Abiturienten monatelang warten ließe, um ihn dann in die vermeintlich »richtige« Teilstreitkraft einzuberufen. Kurzum: die »intelligente Armee« ist in Gefahr!

Die Wehr- oder auch Dienstgerechtigkeit wird durch die mittels der Verkürzung frei gewordenen und schneller neu besetzten Dienstposten ein Stück weit hergestellt. Fraglich bleibt

nur zu welchem Preis? Ob die dargelegten Eckpunkte Eingang in die Ausgestaltung des Grundwehrdienstes W6 finden werden bleibt sicherlich abzuwarten. Wer jedoch vermeintlich leichten Weg gehen will und statt W6 lieber W9 minus 3 macht, der wird die Fragen, Nöte und Herausforderungen nicht beantworten, lindern und bewältigen können, mit denen sich schon der Grundwehrdienst W9 konfrontiert sah.

»Die ›intelligente Armee‹ ist in Gefahr!«

Es bleibt aus der Sicht der Generation W6 zu hoffen, dass sich die zuständigen Fachpolitiker und verantwortlichen Beamten ihrer Wehrdienstzeit besinnen und die ein oder andere Gelegenheit nutzen, um auch den zukünftigen Wehrpflichtigen Möglichkeiten zu bieten, sich aktiv einzubringen und einen Mehrwert aus dem Dienst für ihr späteres Leben mitzunehmen. Die derzeitige Diskussion lässt jedoch einen intelligenten Ansatz nicht erkennen, sondern verkompliziert die Lage eher. Nein; tauschen möchte man heutzutage mit den künftigen Staatsdienern wirklich nicht! ◀◀

Wissenschaft & Sicherheit Band 7:

»Wehrpflicht – Legitimes Kind der Demokratie«

herausgegeben von **Andreas Ahammer** und **Stephan Nachtigall**



Die Allgemeine Wehrpflicht ist nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland sicherheits- wie gesellschaftspolitisch umstritten. Sie wurde von vielen europäischen und Nato-Bündnispartnern inzwischen abgeschafft und durch Berufsarmeen ersetzt. Anlässlich der jüngst im Koalitionsvertrag vereinbarten Reduzierung der Wehrdienstzeit von neun auf sechs Monate erscheint nun der siebte Band in der Reihe »Wissenschaft & Sicherheit«: Wehrpflicht – Legitimes Kind der Demokratie. Vor dem Hintergrund der zum 1. Januar 2011 anstehenden Verkürzung der Allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Sammelband mit 48 Beiträgen die Vielfalt der heutigen Debatte abgebildet.

Neben den verantwortlichen Bundesministern Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg und Kristina Schröder konnten die verteidigungs- und sicherheitspolitischen Sprecher aller im Bundestag vertretenden Fraktionen für diesen Band gewonnen werden. Namhafte Vertreter aus Politik, Wissenschaft,

Medien und Streitkräften sowie junge Autoren aus Forschung und Praxis leisten einen umfangreichen Beitrag für eine neue Wehrpflichtdebatte um die Ausgestaltung des Grundwehrdienstes »W6«. Die Autoren des Bandes setzen sich neben grundsätzlichen Fragen rund um die Wehrpflicht mit den Herausforderungen, Grenzen und Möglichkeiten des neuen Grundwehrdienstes in sechs Monaten auseinander. Dabei bieten sie interdisziplinäre Zugänge und verschiedene Perspektiven sowie Lösungen für eine sinnvolle Ausgestaltung der Allgemeinen Wehrpflicht in modernen Streitkräften.

Die Rolle der Bundeswehr im Rahmen der Landesverteidigung und in internationalen Einsätzen wird ebenso gewürdigt wie die Wehrpflichtmodelle europäischer Nachbarn und internationaler Verbündeter. Über die aktuelle Diskussion hinaus dient dieses Buch als umfassende Bestandsaufnahme zum Thema Allgemeine Wehrpflicht, indem es deren gesamte bisherige und gegenwärtige Entwicklung in Deutschland spiegelt.

Berlin (Berliner Wissenschaftsverlag) 2010, 455 Seiten, 38,00 Euro.

Wissenschaft & Sicherheit Online:

1. Halbjahr 2010

In der elektronischen Schriftenreihe des BSH erscheinen in unregelmäßigen Abständen Beiträge der Mitglieder des BSH sowie Beiträge, die im Rahmen von Veranstaltungen (Vortragsmanuskripte et cetera) entstanden sind. Außerdem veröffentlicht der BSH Texte seiner Partner und Förderer.

WiSi paper: »Central European Security after Nato and EU Enlargement. Achievements and further Challenges«

von **Steve Schlegel**

Wie steht es um die europäische Sicherheit nach den umfangreichen Erweiterungen von Nato und Europäischer Union? Was konnte speziell in (Ost-) Europa erreicht werden, was nicht? Steve Schlegel stellt in diesem englischsprachigen WiSi-Paper kritisch die tatsächlichen Leistungen und Defizite dieser zwei Institutionen im Bereich europäischer Sicherheit entsprechenden Meinungen aus Analysen der politologischen Fachliteratur gegenüber. Nachdem durch die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die beiden Organisationen das Machtvakuum nach Ende des Kalten Krieges ausgefüllt und die Demokratisierung Europas vorangetrieben werden konnte, so der Autor, stehe die europäische Sicherheit vor Herausforderungen, für deren Meisterung die vergrößerten Institutionen EU und Nato mehr denn je die richtigen Voraussetzungen bieten. ▶▶

WiSi paper: »Interessen und Emotionen. Der Territorialkonflikt um Dokdo/Takeshima zwischen Japan und Südkorea im Spiegel des Völkerrechts«
von Sebastian Hoffmeister

Im Jahre 1849 sichteten französische Walfänger zwei unbewohnte Felsen etwa auf halber Strecke zwischen dem koreanischen Festland und den japanischen Hauptinseln. Seitdem streiten sich Korea und Japan um das Territorium. In seinem Aufsatz stellt Sebastian Hoffmeister den Interessenkonflikt dar. Nach einer kurzen geschichtlichen wie geographischen Einführung in die Problematik beleuchtet er den Streit historisch sowie rechtlich und geht dabei insbesondere auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Im Anschluss daran stellt er unterschiedliche Lösungsansätze und Perspektiven vor, die unter anderem die Frage der Klärung vor einem Internationalen Tribunal umfassen.

WiSi paper: »Speech Acts. Approach, Features, Example, Efficiency. Wæver's Concept in the Context of (De-)Securitization«
von Ulrike Krause

Ulrike Krause beschreibt und analysiert in dieser englischsprachigen Arbeit die komplexe »Sprechakttheorie«, wie sie Ole Wæver in »Securitization and Desecuritization« von 1995 aufstellt. Sie zeigt auf, wie Politiker laut Wævers Thesen über bestimmte Phänomene sprechen und diesen damit sicherheitspolitische Relevanz verleihen. Diese neue Theorie der Internationalen Beziehungen, die

bisher vor allem abstrakt die »Versicherheitlichung« von bestimmten Problematiken, unter anderem die Konstruktion von Feindbildern zu beweisen versucht, prüft Krause an aktuellen Fallbeispielen in der politischen Realität ab.

WiSi paper: »Stalemate Meets Structural Reform. The Current State of the Nato-EU Strategic Partnership and the Impact of the Lisbon Treaty«
von Karsten Pötschke

Karsten Pötschke beschreibt und analysiert in dieser englischsprachigen Arbeit den aktuellen Status der strategischen Partnerschaft von transatlantischem Bündnis und Europäischer Union. Dabei geht er auf die Defizite der Zusammenarbeit sowie die Risiken für eine sinnvolle Weiterführung ein und überprüft mögliche Auswirkungen infolge der Bestimmungen des Lissabonner Vertrages auf die strategische Partnerschaft beider Institutionen. Besonders eindrücklich gestaltet sich in dieser WiSi Online-Ausgabe Pötschkes Analyse möglicher Einflüsse der Entwicklungen innerhalb der euroatlantischen Zusammenarbeit auf das Völkerrecht.

WiSi study: »Regulierung privater Militär- und Sicherheitsfirmen«
von Moritz Esken

Moritz Esken beschäftigt sich in dieser umfangreichen Analyse mit dem Einsatz privater Militär- und Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten. Besonderes Augenmerk gilt hierbei der Frage der Regulierung und dem Status solcher Unternehmen, auch in Anbetracht der Genfer Konventionen. Genaue Definitionen und Abgrenzungen sollen dem Leser dieses Phänomen moderner Kriege kritisch vor Augen führen und historische Hintergründe beleuchten. Der Autor weist nicht nur auf die Notwendigkeit von Kontrollinstanzen hin, sondern diskutiert umfassend Alternativen und Wirksamkeit möglicher Regulierungsansätze.

Die Beiträge von **Wissenschaft & Sicherheit Online** sind kostenlos [hier](#) vom BSH zu beziehen.

Die Redaktion von **Wissenschaft & Sicherheit Online** sucht jederzeit weitere engagierte wissenschaftliche Arbeiten: Kontakt unter wissenschaftundsicherheit@sicherheitspolitik.de.





Titelfoto: Alterfoto/stockx

ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) und ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen.

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber

Michael Seibold
 Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
 Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion

Wolfgang Alschner (wal) (V.i.S.d.P.),
 Marcus Mohr (mmo), Michael Seibold (mse)

Autoren

Andreas Ahammer, Robert Chatterjee, Joachim Globisch, Jens Heinrich, Dieter Imme, Frederik Just, Jesse Kalata, Johanna Lange, Stephan Nachtigall, Thilo Schroeter, Stefan Stahlberg, Juliane Ulbricht

Layout

Marcus Mohr

Dank

Jörg Samleben, LeSprenger

Copyright

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, sie geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**DER BUNDESVERBAND
 SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.

Weitere Informationen zum BSH und seinen Arbeitsgruppen gibt es unter www.sicherheitspolitik.de



SCHWERPUNKT

*Wirtschaft und Sicherheit
 Interessen ohne Alternativen?*



Foto: Royal Netherlands Navy

